

**MAURITS HEUMANN UND OLIVER NACHTWEY**  
**AUTORITARISMUS UND ZIVILGESELLSCHAFT**

Eine empirische Studie zum neuen Autoritarismus



**IFS**

**IFS WORKING PAPER #16 | DEZEMBER 2021**

herausgegeben vom Institut für Sozialforschung  
Frankfurt am Main

[www.ifs.uni-frankfurt.de](http://www.ifs.uni-frankfurt.de)

ISSN 2197-7070

## IFS WORKING PAPERS

In den IfS Working Papers erscheinen Aufsätze, Vorträge, Diskussionspapiere, Forschungsberichte und andere Beiträge aus dem Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

**Redaktion:** Sidonia Blättler | Kai Dröge | Annette Hilscher  
Hermann Kocyba | Stephan Voswinkel

**Copyright:** Das Copyright sowie die inhaltliche Verantwortung liegen bei den Autor\_innen.

**ISSN:** 2197–7070

**Zitiervorschlag:** [Autor\_in] [Jahr]: [Titel]. IfS Working Papers Nr. [Nr], Frankfurt am Main: Institut für Sozialforschung ([URL]).

**Bezug:** Alle Beiträge der IfS Working Papers sind kostenfrei online verfügbar unter: [www.ifs.uni-frankfurt.de/veroeffentlichungen/working-papers](http://www.ifs.uni-frankfurt.de/veroeffentlichungen/working-papers)

**IfS** Institut für Sozialforschung  
an der Johann Wolfgang Goethe-Universität  
Senckenberganlage 26, 60325 Frankfurt am Main

Maurits Heumann und Oliver Nachtwey

# **Autoritarismus und Zivilgesellschaft**

Eine empirische Studie zum neuen Autoritarismus

IfS Working Paper #16

## **Abstract**

In diesem Working Paper liefern wir einen explorativen, qualitativ-empirischen Beitrag zur aktuellen Autoritarismus- und Rechtspopulismusforschung und knüpfen theoretisch an klassische und neuere Autoritarismus- und Anomiekonzepte an. Das Working Paper stellt die bisher umfassendste Darstellung unserer Forschungen zu diesem Thema dar, kürzere Analysen haben wir bereits an anderer Stelle veröffentlicht (Nachtwey und Heumann 2019; Heumann und Nachtwey 2020 und 2021). Im Mittelpunkt steht die Analyse von 16 Interviews mit Personen, die Sympathien für die Alternative für Deutschland (AfD) zu erkennen geben und gleichzeitig in einer politisch eher linken und progressiven zivilgesellschaftlichen Organisation aktiv sind. Bei der Analyse und Auswertung des Datenmaterials zeigen sich Varianten eines neuen Autoritarismus, die sich gruppen- und situationsspezifisch ausprägen und als zivilgesellschaftliche Reaktionsformen auf gesteigerte Anomievulnerabilitäten gedeutet werden. Wir unterscheiden zwei typologische Ausprägungen dieses Autoritarismus unter den Befragten: die autoritären Innovatoren und die regressiven Rebellen. Mit unserer Studie tragen wir zu einem besseren Verständnis der heterogenen Praxisformen und normativen Orientierungen des neuen Autoritarismus bei.

## **Autoren**

Maurits Heumann

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Politikwissenschaftlichen Seminar, Universität Luzern

Oliver Nachtwey

Professor für Soziologie am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Universität Basel

## Inhalt

1	Einleitung .....	3
2	Autoritarismus und Zivilgesellschaft .....	8
3	Soziologie des neuen Autoritarismus .....	9
3.1	Gesamtideologie und Vorurteil .....	9
3.2	Anomievulnerabilität und individuelle Anpassung .....	11
4	Autoritarismus bei zivilgesellschaftlich Engagierten .....	14
4.1	Postdemokratische Entfremdung.....	14
4.2	Autoritarismus und Populismus .....	17
4.3	Migration, Kriminalität und »Staatsversagen«.....	19
4.4	Moralische Empörung, autoritäre Aggression und Destruktivität.....	22
4.5	Registerwechsel und Sozialkritik .....	24
4.6	Das Diskursgespenst des Kosmopolitismus .....	27
5	Zwei Sozialtypen des neuen Autoritarismus .....	29
5.1	Autoritäre Innovatoren .....	30
5.1.1	Soziale Flugbahn und sozialstrukturelle Dynamik.....	30
5.1.2	Politische Sozialisation.....	34
5.1.3	Politische Meinung und zivilgesellschaftliche Praxis .....	37
5.1.4	Funktion des Vorurteils .....	39
5.2	Regressive Rebellen .....	44
5.2.1	Soziale Flugbahn und sozialstrukturelle Dynamik.....	44
5.2.2	Politische Sozialisation und geläuterter Kosmopolitismus .....	50
5.2.3	Politische Meinung und subkulturelle Praxis.....	53
5.2.4	Funktion des Vorurteils .....	56
6	Fazit .....	61
7	Literatur .....	67

## 1 Einleitung

Der Rechtspopulismus hält die meisten westlichen Gesellschaften in Atem. Eine nervöse, gereizte Grundstimmung herrscht in Politik und Medien. Auch in Deutschland ist die lange politische Stabilität an ein vorläufiges Ende gekommen. Mit der Alternative für Deutschland (AfD) hat der Rechtspopulismus Einzug in die deutsche Politik gehalten. Mit 13 Prozent der Stimmen wurde sie die drittstärkste Kraft im 2017 gewählten Bundestag. Bei den Landtagswahlen im September 2019 erreichte sie in Sachsen 27,5 Prozent und in Brandenburg 23,5 Prozent der Stimmen und wurde jeweils zur zweitstärksten Kraft. Anders als in den 1990er Jahren wird der Aufstieg des Rechtspopulismus voraussichtlich kein temporäres Phänomen bleiben, sondern das politische System dauerhaft transformieren. Der Aufstieg der AfD hat eine breite sozialwissenschaftliche und öffentliche Debatte über die Ursachen und Bedingungsfaktoren des Rechtspopulismus ausgelöst, die vor allem über die heterogene soziale Struktur der Unterstützer\_innen von AfD und PEGIDA stattfindet.<sup>1</sup>

Im Jahr 2017 setzten wir in Zusammenarbeit mit der Nichtregierungsorganisation Campact e. V.<sup>2</sup> eine Studie über neue Formen des Autoritarismus in der Zivilgesellschaft um. Wir führten 16 biografisch-narrative Interviews mit Campact-Unterstützer\_innen, die in der Onlinekommunikation mit Campact eine Sympathie für die AfD zu erkennen gegeben hatten. Diesen scheinbaren Widerspruch zwischen der Unterstützung einer progressiven Bewegungsorganisation und der Parteinahme für AfD-Positionen nahmen wir zum Ausgangspunkt, um nach neoautoritären Formen politischer Partizipation zu fragen. Wie sich an aktuellen Entwicklungen zeigen lässt, ist unser Sample auch heute noch in vielerlei Hinsicht sehr interessant, um die politische Gegenwart der Bundesrepublik zu verstehen. Obwohl die Interviews vor der Coronapandemie erhoben wurden, zeigt sich hier schon die zum Teil äußerst paradox anmutende Mischung und Gleichzeitigkeit verschiedener ideologischer Strömungen, wie sie auch in der Querdenker\_innen-Bewegung zum Ausdruck kommt (Nachtwey, Schäfer und Frei 2021).

Aktuelle Trends und Analysen zum Thema werden dabei selten im Kontext der Langzeitentwicklungen untersucht, sondern beziehen sich häufig auf einmalige Erhebungen.<sup>3</sup> Das führt zu verkürzten Darstellungen der gesellschaftsgeschichtlichen

---

<sup>1</sup> Die Studie wurde durch die Demokratie-Stiftung Campact und die Rosa-Luxemburg-Stiftung finanziell unterstützt. Für ihre Mitarbeit bedanken wir uns bei Flurin Dummermuth, Farah Grütter und Moritz Dolinga.

<sup>2</sup> Campact ist eine vor allem im Internet tätige progressive Bewegungsorganisation, die insgesamt mehr als zwei Millionen Adressat\_innen in ihren E-Mail-Verteilern führt; <<https://www.campact.de/campact/>>.

<sup>3</sup> Auffällig ist auch das Defizit an qualitativen Forschungen. Ausnahmen bilden die wichtigen Studien von Dörre et al. (2018) und Sauer et al. (2018). Dörre et al. untersuchen rechtspopulistische Orientierungen im betrieblichen Kontext, während Sauer et al. vor allem Experteninterviews mit Gewerkschaftsmitgliedern in den Fokus rücken. Unsere Studie bezieht sich auf zivilgesellschaftliche Akteure und ihre politische Ideologie. Einen ähnlichen Ansatz wie wir verfolgen Mullis und Zschocke in ihren Überlegungen anhand empirischer Eindrücke aus Frankfurt am Main und Leipzig (Mullis und Zschocke 2020). Auch sie

Grundproblematik des Autoritarismus. Die vorhandenen Langzeitstudien (2002 bis heute) verdeutlichen, dass autoritäre und menschenfeindliche Einstellungen in der Bundesrepublik (immer schon) latent vorhanden sind und Konjunkturverläufen unterliegen. Ferner lässt sich zeigen, dass diese sich syndromatisch ausprägen und in ihrer sozialstrukturellen und ideologischen Zusammensetzung wandelbar sind. Die antidemokratischen Potentiale stehen im Kontrast zu einer konsensbildenden Zustimmung zur »Demokratie als Idee« und müssen vor diesem Hintergrund gedeutet werden (Decker, Schuler und Brähler 2018: 117 ff.). So halten auch Zick, Küpper und Berghan (2019) fest:

»Einerseits meinten die meisten Menschen, die Demokratie sei die beste aller Staatsformen und sie gingen davon aus, dass sie selbstverständlich gegeben sei, aber sie unterliefen selbst die Kriterien einer starken Demokratie, indem sie autoritären Führungen wie auch feindseligen Meinungen gegen gesellschaftliche Minderheiten zustimmten.« (ebd.: 18)

Es lässt sich zeigen, dass autoritäre Konjunktoren mit gesellschaftlichen Krisen zusammenhängen. Wilhelm Heitmeyer verweist im Hinblick auf die sozialstrukturelle Zusammensetzung darauf, dass in den für die Erfolgsvoraussetzungen von AfD und PEGIDA entscheidenden Jahren nach und während der Finanz- und Eurokrise autoritäre Einstellungen insbesondere bei krisenbetroffenen Personen, in allen Einkommensgruppen, vorkamen: »Bemerkenswert ist, dass ihre Beliebtheit gerade unter Personen mit hohem Einkommen nach dem Höhepunkt der Finanzkrise deutlich zunahm« (Heitmeyer 2018: 207). Auch Zick, Küpper und Berghan verweisen auf diesen Zusammenhang: »Schon nach der Wirtschafts- und Finanzkrise deutete sich eine ›Verrohung‹ an. Wir haben sie [...] empirisch schon zwischen 2009 und 2011 in einer erhöhten Gewaltbereitschaft und Gewaltbilligung unter Personen beobachtet [...]« (Zick, Küpper und Berghan 2019: 17). Es gibt starke Hinweise darauf, dass die Erfolge des Rechtspopulismus das Ergebnis dieser Entwicklungen sind und im Kontext neoliberalen Austeritätspolitikern gedeutet werden müssen (vgl. Hochschild 2017; Geiselberger 2017).

Insgesamt zeigen die Langzeitstudien allerdings, dass »geschlossene« rechtspopulistische und rechtsextreme Weltbilder tendenziell stagnieren, während bestimmte Teilaspekte, wie die Abwertung von Muslim\_innen und Asylsuchenden, in der Gesamtbevölkerung anschlussfähiger werden:<sup>4</sup> »Die Ausländerfeindlichkeit bleibt die am weitesten verbreitete antidemokratische Einstellung in der Bundesrepublik« (Decker, Schuler und Brähler 2018: 109). Der Eindruck, autoritäre Einstellungen würden in der Bundesrepublik angesichts von AfD und »Flüchtlingskrise« zunehmend zum Massenphänomen

---

kommen zu dem Schluss, dass »Abstiegsängste« und »Cultural Backlash« die falschen Gegensätze sind, und machen auf eine »Multidimensionalität« regressiver Phänomene aufmerksam.

<sup>4</sup> »Der Anteil an Befragten mit manifester, geschlossen rechtsextremer Einstellung ist im Jahr 2018 mit 6 % etwa auf dem Niveau der beiden vorangegangenen Wellen geblieben« (Decker, Schuler und Brähler 2018: 86). Trotzdem ist die Anzahl politisch motivierter Straf- und Gewalttaten von 2014 bis 2016 sprunghaft angestiegen. »Dass diese Zunahme auf der Handlungsebene nicht mit einem entsprechenden Zuwachs an rechtsextremen Personen einhergeht, begründeten wir in unserer vorherigen Erhebung mit der Radikalisierung in den autoritären politischen Milieus« (ebd.: 87).

heranreifen, muss aus Perspektive der Langzeitstudien differenzierter betrachtet werden. Eher als um ein Massenphänomen handelt es sich um politische Polarisierung der Bevölkerung (Haußner und Leininger 2018). Es wird deutlich, dass heterogene Teile der Bevölkerung sich mit und im Kontext der AfD radikalisiert haben und neue Formen des Autoritarismus entstehen konnten. Hier wird insbesondere auf die Zunahme von Gewaltbilligung und -bereitschaft unter AfD-Wähler\_innen, aber auch auf Verschwörungsmentalität (Decker, Schuler und Brähler 2018: 122), »neuen Antisemitismus« (Küpper und Zick 2018) oder die »Bereitschaft, an Protestveranstaltungen und Demonstrationen« teilzunehmen (Heitmeyer 2018: 211), verwiesen. In diesem Zusammenhang sprechen sowohl Heitmeyer als auch Decker, Schuler und Brähler von neuen »Autoritarismen« (ebd.: 86 ff.) bzw. »Typen des Autoritären«<sup>5</sup> (Decker, Schuler und Brähler 2018).

Mit den Wahlerfolgen der AfD und den erhobenen Daten aus der Wahl- und Meinungsforschung stellen sich die Fragen nach den sozialen Bedingungen und Ausprägungsformen von autoritären Einstellungen noch einmal neu. In der soziologischen Ursachenforschung werden in der Regel sozioökonomische und soziokulturelle Erklärungsansätze voneinander abgegrenzt und hinsichtlich ihrer Erklärungskraft untersucht.<sup>6</sup> Konkret wird im Rückgriff auf Daten der Wahl- und Meinungsforschung (sowie der Regionalanalyse) untersucht, ob sozialstrukturelle Merkmale wie Bildung, Einkommen und Erwerbsstatus eine AfD-Wahl wahrscheinlicher machen, oder bestimmte Einstellungsmerkmale wie die Ablehnung von Asylsuchenden und Politikverdrossenheit: Die Untersuchungen gehen somit der Frage nach, wie das Elektorat der AfD eingestellt ist und aus welchen Segmenten der Bevölkerung es sich zusammensetzt. Im Kontext dieser konkurrierenden Erklärungsansätze werden insbesondere die Modernisierungsverliererthese (vgl. hierzu kritisch: Lengfeld 2017) und die *Cultural-Backlash*-These (Inglehart und Norris 2016; Rippl und Seipel 2018) diskutiert.

Sozioökonomische Erklärungsansätze vertreten Positionen, die vor allem sozio- und politökonomische Modernisierungsprozesse betonen, die (relative) Deprivationserfahrungen, Prekarisierung sowie sozioökonomische Verunsicherungen produzieren und zum Aufstieg des Rechtspopulismus geführt haben. In diesem Zusammenhang wird vor allem die Modernisierungsverliererthese diskutiert. Demnach gibt es zahlreiche Hinweise darauf, dass es vor allem Schichten mit niedrigem Einkommen, geringer Bildung und vor allem Arbeiter\_innen, Arbeitslose und prekär angestellte Personen sind, die sich von den Wahlprogrammen der AfD angesprochen fühlen, und wir es mit einer »verdrängten Klassenproblematik« (Dörre et al. 2018) zu tun haben. Kritiker\_innen dieser These vertreten demgegenüber Positionen, die darauf hinweisen, dass

---

<sup>5</sup> Heitmeyer spricht von unterwürfigem, anomischem und selbstbewusstem Autoritarismus. Diese Typologie bleibt allerdings eine theoretische Konstruktion. Decker, Schuler und Brähler rekonstruieren in ihrem Kapitel »Das autoritäre Syndrom heute« demokratische, ambivalente und autoritäre Typen unter Berücksichtigung ihres Datensatzes. Beim autoritären Typ unterscheiden sie zwischen unterwürfigen Autoritären, neurechter Funktionselite, paranoiden Konformisten und verschlossenen Konventionellen (Decker, Schuler und Brähler 2018: 144 ff.).

<sup>6</sup> Unter anderem Kohlrausch und Höcker (2020); Pickel (2019); Lengfeld und Dilger (2018); Mullis und Zschocke (2020); Sachweh (2020).

auch einkommensstärkere Schichten der AfD ihre Stimme geben und wir vielmehr von »Abstiegsängsten der Mitte« ausgehen müssen (Sthamer 2018; Kohlrausch 2018). Diese Perspektiven werden breit und kontrovers diskutiert, wobei lediglich klar ist, dass die AfD-Wählerschaft insgesamt heterogen ist. Nur hinsichtlich Alter, Geschlecht und Region sind die Analysen recht eindeutig: Die AfD wird vermehrt, aber nicht ausschließlich von älteren Männern und häufiger in Ostdeutschland sowie in einigen Regionen Westdeutschlands gewählt.<sup>7</sup> Mit Hinblick auf die Bundestagswahl 2017 kommen Bergmann et al. (2018) auch zu dem Schluss, »dass AfD-Anhänger mit Blick auf ihre Einkommen nahezu einen Querschnitt der Gesellschaft abbilden, mit einem leicht stärkeren Abschneiden in der unteren Einkommensmitte« (ebd.: 1). Wie andere Autor\_innen auch, verweisen sie jedoch darauf, dass die AfD zunehmend Zustimmung in unteren Einkommensbereichen gewinnen konnte (Hambauer und Mays 2018; Brenke und Kritikos 2017), wobei weniger die Höhe des Einkommens als vielmehr Erwerbsstatus und Bildung eine relevante Größe sind (Köppl-Turyna und Grunewald 2017; Rippl und Seipel 2018). Diese sozialstrukturelle Zusammensetzung legt nahe, dass die soziale Lage allein nicht hinreicht, um eine AfD-Wahlbereitschaft zu begründen, und dass das politische Programm der AfD klassen- und schichtübergreifende Unterstützung erfährt.

Der Heterogenität sozialer Lagen steht eine vergleichsweise große Homogenität der Einstellungen und Meinungen unter AfD-Wähler\_innen gegenüber: Insbesondere in Asyl- und Migrationsfragen sind sie durchweg negativ eingestellt und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist mit Abstand der relevanteste Prädiktor für eine AfD-Wahl (Köppl-Turyna und Grunewald 2017). Auch herrscht unter ihnen eine größere Unzufriedenheit hinsichtlich politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen und sie schauen pessimistischer in die Zukunft als die Wähler\_innen anderer Parteien. Da diese Einstellungsmerkmale relativ unabhängig von der sozialen Lage vorkommen, greifen rein soziökonomische Erklärungsansätze zu kurz. Vielmehr müssen diskursive und sozialpsychologische Verarbeitungsformen in die Erklärung miteinbezogen werden, um den sozialstrukturellen und individuellen Unterschieden zwischen AfD-Wähler\_innen und Wähler\_innen anderer Parteien gerecht zu werden.

An dieser Stelle setzen soziokulturelle Erklärungsansätze an. Vertreter\_innen dieser Ansätze gehen davon aus, dass es vor allem soziokulturelle Bedrohungs- und Entwertungserfahrungen sind, die eine Empfänglichkeit für autoritäre Orientierungen wahrscheinlicher machen. Sie verweisen auf die Erosion von »traditionellen Identitätsbezügen und Wertesystemen« (Rippl und Seipel 2018: 4) und die soziopolitische Reaktion derjenigen Milieus, deren Lebensstil in diesem Modernisierungsprozess kulturelle Entwertung und Geltungsverluste erfahren hat (vgl. Koppetsch 2017; Reckwitz 2019). In diesem Kontext wird insbesondere die Cultural-Backlash-These diskutiert: »Support can be explained as a retro reaction against cultural changes that threaten the worldview of once predominant sectors of the population« (Inglehart und Pippa 2016). Prononcierte Vertreter\_innen der kulturalistischen Erklärung argumentieren gar, dass Statuspositionen und -konflikte sowie sozioökonomische Faktoren kaum Einfluss auf die Affinität zur

---

<sup>7</sup> Vgl. Lengfeld (2017 und 2018); Tutic und Hermann (2018); Rippl und Seipel (2018); Bergmann und Diermeier (2017).

AfD haben. Diese seien vor allem durch kulturelle Prädispositionen zu erklären.<sup>8</sup> Der Erfolg der AfD wurzelt demnach nicht in einer verdrängten Klassenproblematik, sondern vielmehr in einem neuen kulturellen Konflikt um die Zukunft westlicher Gesellschaften. Hier stehen sich Kosmopolit\_innen und Kommunitarist\_innen gegenüber. Studien, die beide Erklärungsansätze vergleichend prüfen, kommen in der Regel zu dem Schluss, dass soziokulturelle Erklärungsansätze eine AfD-Wahl besser erklären können als sozialstrukturelle Merkmale, weil rechte und rassistische Einstellungsmerkmale unter AfD-Wähler\_innen eindeutiger nachzuweisen sind als ökonomische Benachteiligungen (Pickel 2019; Lengfeld und Dilger 2018). Je nach Studie kann die sozialstrukturelle Zusammensetzung stark variieren und verweist auf die Heterogenität der betroffenen Gruppen und Milieus. Diese Abgrenzung führt zu einer teilweise verkürzten Perspektive auf die Problematik und blendet die sozioökonomische Spezifik rechter und rassistischer Einstellungen aus. Es wird häufig zu wenig berücksichtigt, dass die kulturellen Ablehnungen von Fremden selbst ein Effekt vergangener sozioökonomischer Deprivationen sein können.

Mit einer rein kulturellen Perspektive entsteht zudem ein Problem der Reichweite der Erklärung. Warum diese Menschen zuvor andere Parteien gewählt haben, wie sie zu ihrer Ablehnung von Migrant\_innen gekommen sind, welche soziale Flugbahn sie genommen haben, wie sich ihr Verhältnis zur Politik und Gesellschaft verändert hat, bleibt dabei im Dunkeln. Diesen Aspekten wollen wir in unserer qualitativen Studie nachgehen. Hier interessiert uns insbesondere eine Frage: Wie kommt es dazu, dass Menschen und Gruppen, die sich zivilgesellschaftlich (bei Campact) engagieren, sich sogar für progressive Politik interessieren, eine Affinität zur AfD entwickeln? In unserem Ansatz verfolgen wir die Perspektive von C. Wright Mills, in dem Geschichte, Biografie und Gesellschaft in ihrem Zusammenhang betrachtet werden (Mills 2016 [1959]). Mit unserer Untersuchung wollen wir einen qualitativen und explorativen Beitrag zur aktuellen Autoritarismus- und Rechtspopulismusforschung leisten, der theoretisch an Autoritarismus- und Anomiekonzepte anknüpft.

Dafür werden wir im folgenden Kapitel zunächst die Erhebungs- und Auswertungsverfahren der Studie beschreiben (Kap. 2). Anschließend werden wir die theoretischen Vorannahmen unserer Soziologie des neuen Autoritarismus vorstellen. Im Sinne einer verstehenden Soziologie haben wir sozialpsychologische und sozialstrukturelle Interpretationsansätze miteinander verbunden: Mit den Begriffen »Gesamtideologie« und »Vorurteil« beziehen wir uns auf zentrale Konzepte der frühen Autoritarismusforschung, wie sie von den Autor\_innen der *Authoritarian Personality* (1950) vorgelegt und im Kapitel über Typen und Syndrome von Theodor W. Adorno angewandt wurden (Kap. 3.1). Die Begriffe »Anomievulnerabilität« und »individuelle Anpassung« beziehen sich hingegen auf zentrale Überlegungen der Anomietheorie. Diese wurden unter Bezugnahme auf Robert K. Mertons Aufsatz *Sozialstruktur und Anomie* (1955a [1938]) von uns weiterentwickelt (Kap. 3.2). Im nächsten Kapitel stellen wir in Form von vergleichenden Betrachtungen einige empirische Befunde vor. Entlang einer

---

<sup>8</sup> Vgl. Lengfeld (2017); Lengfeld und Dilger (2018); Schröder (2018).

Auswahl von exemplarischen Beispielen und dichten Beschreibungen lassen sich geteilte Vorstellungen unter den 16 Befragten rekonstruieren (Kap. 4). Vor diesem Hintergrund kommen wir zur Typenbildung. Unsere Typen nennen wir die autoritären Innovatoren (Kap. 4.1) und die regressiven Rebellen (Kap. 4.2). Typologische Unterschiede lassen sich anhand der biografischen Erzählungen der Befragten herausarbeiten und in Korrespondenz mit ihren politischen Einstellungen und Engagementformen setzen. Beide bringen eine autoritäre Entfremdung mit der sozialen und politischen Ordnung zum Ausdruck. Während die autoritären Innovatoren eher konformistisch sind und sich im Umgang mit Autoritäten und Fremden institutionell-subversiv verhalten, sind die regressiven Rebellen nonkonformistischer und antiautoritäre Autoritäre. Abschließend werden wir noch ein vorläufiges Fazit ziehen und Bezüge zur aktuellen Autoritarismus- und Rechtspopulismusforschung sowie zu den Deutungen der klassischen Kritischen Theorie herstellen (Kap. 5).

## 2 Autoritarismus und Zivilgesellschaft

Die explorative Studie baut auf einem spontanen, das heißt selbstselektiven und theoriegeleiteten Sampling auf. Insgesamt erhoben wir über 30 Stunden Interviewmaterial und ergänzten dieses durch ethnografische Feldnotizen und einen standardisierten Fragebogen zur Sozialstruktur und zu den wahlpolitischen Präferenzen der Befragten. Unter Zuhilfenahme der Analysesoftware MAXQDA kodierten wir das Interviewmaterial unter Berücksichtigung deduktiver Kriterien nach der qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring 2015) und nach dem offenen Verfahren der »Grounded Theory« (Strauss und Corbin 1990; Strübing 2014). In den mehrstufigen fallvergleichenden und -kontrastierenden Kodier- und Analyseprozessen interessierten wir uns zunächst für die ideologischen und sozialstrukturellen Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Befragten und ferner für ihre biografische Erzählung. Das Ergebnis ist eine umfangreiche Indexierung des Materials in einer inhaltlichen, einer biografisch-praktischen und einer kognitiv-moralischen Dimension, die über 8 000 Kodierungen umfasst.

Auf dieser Grundlage konnten wir schließlich zwei Typen des neuen Autoritarismus rekonstruieren, in denen wir geteilte Vorstellungen, biografische Entwicklungen und sozialstrukturelle Merkmale in zwei »empirisch begründeten Typen« verdichteten (vgl. Kelle und Kluge 2010: 90). Mit Kelle und Kluge begreifen wir den »Prozess der Typenbildung« im Sinne einer verstehenden Soziologie »nicht als eine rein technische (Re)Konstruktion von Merkmalsräumen und Identifikation von Merkmalskombinationen«. Vielmehr geht es darum, »den Sinn und die Bedeutung dieser Merkmalskombinationen zu erfassen« (ebd.). Mit unserer Typenbildung liefern wir eine Rekonstruktion geteilter Vorstellungen und Reaktionsweisen im Verhältnis zur sozialen Flugbahn und politischen Sozialisation der Befragten und ferner eine sinnverstehende Interpretation

dieser Daten mit Blick auf die anomiebedingten Entfremdungserfahrungen und ihre gesamtideologischen Verarbeitungsformen. Es ist wichtig zu betonen, dass die Interviews im Kontext einer öffentlich-medialen Debatte um die bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und den Aufstieg der AfD stattfand und daher stark von dem beeinflusst ist, was die Autor\_innen der *Authoritarian Personality (AP)* als »kulturelles Klima« und »ideologischen Einfluß der Massenmedien auf die Bildung der öffentlichen Meinung« bezeichnen (Adorno 1995: 176).

### 3 Soziologie des neuen Autoritarismus

#### 3.1 Gesamtideologie und Vorurteil

Den analytischen und theoretischen Ausgangspunkt der Untersuchung bildet die kritische Theorie der *AP*. In der *AP* wird zwischen »zwei wesentlichen Konzeptionen« unterschieden, um das »Problem der politischen Typen« zu untersuchen: »die der Ideologie und die der ihr zugrundeliegenden menschlichen Bedürfnisse« (Adorno et al. 1995: 2).

In unserer Studie beziehen wir uns zunächst auf den Begriff der Ideologie: »Der Terminus Ideologie steht für ein System von Meinungen, Attitüden und Wertvorstellungen – für eine Denkweise über Mensch und Gesellschaft« (ebd.). Auf der Gruppenebene prägen sich diese Ideologien in Form von »geteilten Denkmustern« aus, die »bei jedem einzelnen Fall [...] eine Funktion bei der Anpassung des Individuums an die Gesellschaft erfüllen« (ebd.: 3). Mit »Gesamtideologie« meinen die Autor\_innen der *AP* einerseits die ideologische Empfänglichkeit der Befragten und andererseits ihre Verbalideologie und die Ideologie der Tat: »Daß ideologische Aufnahmebereitschaft, Verbalideologie und Ideologie in Aktion im wesentlichen gleicher Art sind, scheint kaum zu bezweifeln« (ebd.: 6).

Ferner beziehen wir uns auf das Konzept des autoritären Syndroms und seine Typen – in Abgrenzung zum konventionellen Syndrom – und insbesondere auf die Funktion der Vorurteile, wie sie Adorno im Kapitel »Typen und Syndrome« ausgearbeitet hat. Die Autor\_innen der *AP* arbeiten ein relativ stabiles syndromatisches Verhältnis zwischen Konventionalismus, autoritärer Unterwürfigkeit und autoritärer Aggression heraus und setzen es in Beziehung zu vorherrschenden Verhaltensnormen und Moralvorstellungen:

»Konventionalismus, autoritäre Unterwürfigkeit und autoritäre Aggression berühren alle das Moralproblem – die Verhaltensnormen, die Beziehungen zu den Mächten, die sie [die Verhaltensnormen] uns auferlegen und zu denen, die gegen sie verstoßen und daher Strafe verdienen.« (Sanford et al. 1995: 52)

Sie begreifen das autoritäre Syndrom im Rückgriff auf Erich Fromms Konzeption des sadomasochistischen Charakters. Im sozialpsychologischen Teil der *Studien über Autorität und Familie* (Fromm 2005) konzipiert Fromm diese Charakterstruktur als eine psychologische Konfiguration des Individuums, die sich unter bestimmten gesellschaftspolitischen Bedingungen herausbildet.<sup>9</sup> Sie zeichnet sich durch ein masochistisches Autoritätsverhältnis mit ambivalenter Gefühlsbasis aus. In der Familie (und darüber hinaus) übernimmt die Autorität für das Individuum überlebenswichtige sozialpsychologische Funktionen – Fromm spricht von »Prothesen-Sicherheit« (ebd.: 124), und »narzisstischer Ersatzbefriedigung« (ebd.: 125). Dort wird aber auch schon früh – und mitunter äußerst autoritär – Gehorsam und Anpassung eingefordert. Dieser Ohnmachts- und Frustrationserfahrung kann die autoritäre Persönlichkeit nur trotzen, wenn sie aufwendige Verdrängungsarbeit leistet. Vorurteil und Stereotypie sind für sie emotional besetzt und helfen bei der Verarbeitung biografischer Problemlagen:

»Stereotypie ist bei diesem Syndrom nicht nur Mittel zur sozialen Identifikation, sie hat auch eine echt »ökonomische« Funktion in der eigenen Psyche des Individuums: sie hilft seine libidinöse Energie den Forderungen des gestrengen Über-Ichs entsprechend zu kanalisieren. So wird schließlich die Stereotypie selbst stark libidinös besetzt und überwiegt im inneren Haushalt des Individuums.« (Adorno 1995: 323)

Die Autor\_innen der AP grenzen das autoritäre vom konventionellen Syndrom ab: »Dieses Syndrom verkörpert eine Stereotypie, die zwar von der Außenwelt geprägt ist, aber in der Charakterstruktur als wesentlicher Bestandteil einer allgemeinen Konformität integriert ist« (Adorno 1995: 319). Konventionelle Charaktere zeichnen sich durch eine generelle Zufriedenheit mit der eigenen Position aus. Sie tendieren dazu, das Vorurteil vorbehaltlos zu übernehmen, da es ihnen die Identifikation von Eigen- und Fremdgruppe erleichtert. »[I]nfolge [der] vorbehaltlose[n] Anerkennung der Werte der Zivilisation und des »Anstandes« fehlen gewalttätige Impulse« (ebd.: 320). Vorhandene Feindseligkeit wird »durch [eine] generelle Konformität und seine erklärte Achtung vor unserer Staatsform [gedämpft]« (ebd.: 321).

Für unsere Studie hat sich insbesondere der Typ des Rebellen als relevant erwiesen. Adorno konzeptualisiert diesen als eine spezifische Ausprägung des autoritären Syndroms. Je nach Charakterstruktur können sich, wie auch Fromm schon betonte, autoritäre Gruppen und Personen – statt unterwürfig und verehrend – auch auflehnend und rebellisch verhalten und/oder je nach Situation und Kontext zwischen diesen Formen wechseln:

»Statt sich mit der väterlichen Autorität zu identifizieren, kann das Individuum dagegen »rebellieren«. In bestimmten Fällen verschwinden dann die sadomaso-

---

<sup>9</sup> Hier sei auch auf die frühe Studie *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches* verwiesen, die Fromm zusammen mit Hilde Weiß durchführte, Fromm (1983).

chistischen Tendenzen. Doch ist auch eine Rebellion möglich, bei der die autoritäre Struktur im Wesentlichen unberührt bleibt.« (Ebd.: 328)

Autoritären Rebellen fällt es leicht, eine Autorität durch eine neue zu ersetzen. »Oder die masochistische Übertragung auf die Autorität wird im Unbewussten zurückgehalten, und die Opposition findet auf manifester Ebene statt.« (Ebd.) Wichtig ist jedoch, dass der Sadomasochismus weiterhin das Fühlen und Denken der Betroffenen bestimmt:

»Das kann zu irrationalem und blindem Hass gegen *jede* Autorität führen, vermischt mit starken destruktiven Akzenten, gepaart mit der geheimen Bereitschaft zu ›kapitulieren‹ und sich mit den ›verhassten‹ Stärkeren zu verbünden.« (ebd.)

### 3.2 Anomievulnerabilität und individuelle Anpassung

Aus unserer Perspektive ist der neue Autoritarismus auch eine Reaktion auf gesteigerte Anomievulnerabilitäten, die sich infolge von gesellschaftlichen Modernisierungsschüben und darin eingebundenen biografischen Verläufen ungleich auf bestimmte Bevölkerungsgruppen verteilen. Unter dem Begriff der Anomievulnerabilität subsumieren wir sozialstrukturelle Faktoren, kritische Lebensereignisse und Verlusterfahrungen der biografischen Erzählung, die auf ein erhöhtes Risiko schließen lassen, in Berufs- und Lebensverhältnisse mit defizitärer Sozialintegration zu geraten.<sup>10</sup> In modernen Marktgesellschaften folgt aus Anomie und Anomievulnerabilität häufig Politikverdrossenheit und Ressentiment, wie es Max Scheler schon früh erkannt hat. Die Ohnmachtserfahrung, die sich aus der Nichtverwirklichung von Gleichheits- und Partizipationsansprüchen unter der gesellschaftlichen Bedingung des Wettbewerbs ergibt, begründet das Ressentiment:

»Die äußerste Ladung von Ressentiment muß demnach eine solche Gesellschaft besitzen, in der, wie in der unsrigen, ungefähr gleiche politische und sonstige Rechte resp. öffentlich anerkannte, formale soziale Gleichberechtigung mit sehr großen Differenzen der faktischen Macht, des faktischen Besitzes und der faktischen Bildung Hand in Hand gehen: In der jeder das ›Recht‹ hat, sich mit jedem zu vergleichen, und sich doch faktisch nicht vergleichen kann.« (Scheler 2004: 9)

Im Zentrum unserer Analyse stehen typische (autoritäre) Anpassungsformen an derartige ökonomische und politische Anomieverhältnisse und ihre sozialstrukturelle und biografische Interpretation. In seinem Aufsatz *Sozialstruktur und Anomie* beschreibt Robert K. Merton fünf solcher individuellen Anpassungstypen: Konformität, Innovation, Ritualismus, Rückzug und Rebellion. Für unsere Typenbildung waren insbesondere Aspekte der Innovation und Rebellion instruktiv. Merton geht davon aus, dass, solange eine Gesellschaft stabil ist, »die Konformität sowohl mit den kulturellen

---

<sup>10</sup> Merton spricht von »Indikatoren der Anomie« und meint damit »die direkt beobachtbaren Variablen von Normlosigkeit und zerrütteten sozialen Beziehungen« (Merton 1995b: 158).

Zielen als auch mit den institutionellen Mitteln« (Merton 1995a: 137) am verbreitetsten ist. Anomie versteht er hingegen als »Zusammenbruch der kulturellen Struktur« (ebd.: 156). Dazu kommt es, »wenn zwischen den kulturellen Normen und Zielen und den sozial strukturierten Fähigkeiten der Gruppenmitglieder zu einem normenkonformen Handeln eine scharfe Trennung besteht« (ebd.). Infolgedessen versteht Merton die verschiedenen Anpassungstypen als Erscheinung gesamtgesellschaftlicher Erosionstendenzen. Dabei lässt sich beobachten, dass »Spannungen, die ihre Ursache in einem spezifischen Teilsystem haben, sich in ganz anderen Teilbereichen entladen [können]« (Bohle et al. 1997: 54). Für Individuen und Gruppen stellen sich derartige Entladungen als Reaktionen auf ein allgemeines soziostrukturelles Handlungsproblem dar. So geraten die Betroffenen je nach Typ in ein bestimmtes Spannungsverhältnis zwischen ihren Ansprüchen und Zielen auf der einen, ihren institutionellen Realisierungsmöglichkeiten auf der anderen Seite. Mehr noch als für die Autor\_innen der AP spielt die soziale Lage der Individuen für Merton eine entscheidende Rolle:

»Dem liegt die Prämisse zugrunde, dass unterschiedliche Klassen und Schichten nicht nur von der Anomie selbst, sondern auch von bestimmten Typen der Reaktion auf sie unterschiedlich betroffen sind.« (Merton 1995b: 157)

Bei Merton gehören neben Wohlstand und Aufstieg auch kulturell definierte Normen und Ziele zur Analyse. Zum Anpassungstyp der Innovation kommt es laut Merton, »wenn sich der Einzelne die kulturelle Betonung des Ziels zu eigen macht, ohne die institutionellen Normen, die die Mittel und Wege zur Erreichung dieses Ziels bestimmen, gleichermaßen zu verinnerlichen« (Merton 1995a: 137). Er denkt dabei insbesondere an kriminelles und delinquentes Verhalten, also die »Anwendung von institutionell verbotenen Mitteln zur Erreichung eines kulturell hoch bewerteten Ziels« (Merton 1995b: 173). Wir wollen mit dem Anpassungstyp der autoritären Innovation auch Verhaltensweisen im soziopolitischen Raum beschreiben, die in der Biografie der Befragten als unkonventionell und »delinquent« wahrgenommen werden, dabei aber nicht unbedingt mit Gesetzesbrüchen einhergehen und eher institutionell-subversiv sind.

In Abgrenzung zur Innovation ist der Anpassungstyp der Rebellion durch eine grundlegende Ablehnung des gesellschaftspolitischen Institutionengefüges gekennzeichnet und manifestiert sich in (subkulturellen) Organisationsformen und Gruppenkonstellationen. »Sie [Rebellion] setzt die Entfremdung von den herrschenden Zielen und Normen voraus« (Merton 1995a: 150). Erst wenn das Ressentiment einen kollektiven Ausdruck bekommt, kann es zur Rebellion führen:

»Wenn das Institutionensystem als die Barriere angesehen wird, an der die Befriedigung der legitimen Ansprüche scheitert, ist damit der Boden für die Rebellion als Anpassungstyp bereitet. Soll daraus ein organisiertes Handeln werden, muß nicht nur der herrschenden Gesellschaftsstruktur die Gefolgschaft verweigert, sondern diese auch auf neue Gruppen übertragen werden, die im Besitz eines neuen Mythos sind.« (ebd.: 151)

Merton betont den Unterschied zwischen Rebellion und Ressentiment, denn »obwohl beide ganz verschiedene Dinge sind, kann die organisierte Rebellion, sind die Institutionen erst richtig ins Wanken geraten, auf ein großes Potential aus Ressentiment und Unzufriedenheit zurückgreifen« (ebd.). Während sich das Ressentiment wie schon bei Scheler durch ein strukturelles Ohnmachtsgefühl auszeichnet, schreitet die Rebellion zur Tat, sie ist ein »Aktionsprogramm«. In Mertons Konzeption bringt die Rebellion Gruppen und Individuen »außerhalb der allgemeinen Sozialstruktur dazu, eine neue, das heißt stark veränderte Sozialstruktur zu entwerfen und zu begründen« (ebd.: 150). Die Rebellion der Regressiven verfügt – so viel kann vorweggenommen werden – über keinen spezifischen utopischen Gehalt: Vielmehr ist ihre Sprache und Praxis destruktiv und zielt auf die Zersetzung der alten Sozialstruktur. Statt von Vorstellungen einer neuen Sozialstruktur auszugehen, sind sie besessen vom Untergang der alten.

Wie hier deutlich wird, erfüllt die individuelle Anpassungsform für Merton – ähnlich wie das Konzept der Gesamtideologie bei den Autor\_innen der *AP* – die Funktion einer Anpassungsleistung des Individuums an sein soziales Umfeld. Der Typ der Rebellion wurzelt für beide Autoren in tiefgehenden Ohnmachtserfahrungen und wird mit Hilfe einer (ideologischen) Übertragung auf neue Autoritäten und Gruppen ermöglicht. Während sich die Autor\_innen der *AP* auf die Charakterstruktur eines Individuums beziehen, nimmt Merton seine Sozialstruktur in den Blick. In unserer Typologie setzen wir beide Dimensionen in ein konstruktives Verhältnis, wobei wir uns weniger auf die Charaktertypen, sondern vielmehr auf die gruppenspezifischen Ausprägungen in der Gesamtideologie der Befragten und die Funktionen des Vorurteils beziehen.

Gerade in den vergangenen Jahrzehnten hat Deutschland, so wie die meisten westlichen Gesellschaften, einen erheblichen sozialen Wandel erfahren: die soziale Stabilität ist erodiert und die politische Repräsentation ist in der Krise (Nachtwey 2016 und 2019). In dieser postdemokratischen Konfiguration haben die demokratischen Werte und Zielsetzungen sowie der Rechtsstaat für weite Teile der Gesellschaft normativ Bestand und dienen den Mitgliedern als Orientierungspunkte. Allerdings wurden die Normen und institutionellen Mechanismen der Demokratie und sozialen Marktwirtschaft ausgehöhlt.<sup>11</sup> Sie funktionieren nur noch für ausgewählte Bevölkerungsgruppen verlässlich. Der soziale und demokratische Nexus einer modernen »Gesellschaft der Gleichen« (Rosanvallon 2013) gerät unter Druck: Die soziale und politische Ordnung verliert ihre Legitimationsbasis und der liberaldemokratische Kodex seine integrative Kraft.

---

<sup>11</sup> So gehen die Unterklassen mittlerweile immer weniger zur Wahl (Schäfer 2015). Sie haben mit ihrer Stimme aber auch ohnehin weniger Einfluss auf die politischen Entscheidungen (Elsässer 2018).

## 4 Autoritarismus bei zivilgesellschaftlich Engagierten

Bei aller Heterogenität der 16 Fälle ist es auffällig, dass es bei den Vorstellungen über Demokratie und Sozialstaat sowie dem damit assoziierten Themenkomplex von Flucht und Migration große Übereinstimmungen unter den Befragten gibt, die sich, wie wir in den nächsten Kapiteln sehen werden, typenspezifisch ausprägen. Zwar weist unser Sample bestimmte Beschränkungen auf und unsere Analysen können deshalb nicht einfach auf Neoautoritäre bzw. AfD-Anhänger\_innen im Allgemeinen übertragen werden. Gleichwohl können wir, wie im Laufe unserer Analysen deutlich wurde, bestimmte Deutungsmuster, wie sie sowohl in der wissenschaftlichen als auch in der öffentlichen Diskussion zur Erklärung des Rechtspopulismus herangezogen werden, nicht bestätigt finden. Eine der populärsten Erklärungen, die in vielen Varianten existiert, ist die eines Konflikts zwischen Kosmopolit\_innen und Kommunitarist\_innen.<sup>12</sup> Zunächst werden wir in Form von dichten Beschreibungen zentrale Einstellungen und Merkmale der gemeinsamen Vorstellungswelt der Befragten sichtbar machen. Anschließend werden wir diese vor dem Hintergrund jenes populären Erklärungsnarrativs diskutieren.

### 4.1 Postdemokratische Entfremdung

Die meisten Befragten zeigen sich stark vom politischen System, seinen Organisationen und Institutionen entfremdet. Das zeigen die Auswertungen des Fragebogens, den alle Teilnehmer\_innen erhalten haben: Alle bis auf zwei Personen geben an, »wenig« bis »kein« Vertrauen in die Parlamente zu haben. Noch drastischer fällt das Misstrauen gegenüber den Parteien und insbesondere der Europäischen Union aus: Hier geben alle bis auf eine Person an, »wenig« bis »kein« Vertrauen zu haben. Im Laufe der Interviews verweisen die Befragten in diesem Zusammenhang häufig auf das undemokratische Verhältnis zwischen Politiker\_innen, Parteien, der Wirtschaft und anderen Interessengruppen auf der einen und den Interessen des Volkes auf der anderen Seite. Alle geben an, dass Banken und Großkonzerne »viel« bis »sehr viel« Macht haben, während die Bevölkerung »wenig« bis »keine« hat. Auch die Politik hat nach Einschätzung (fast) aller Befragten »viel« bis »sehr viel« Macht, nutzt diese jedoch nicht im Sinne der Bevölkerung. Ihre Kritik ist hier eher politisch als kulturell motiviert und bezieht sich auf das politische System der Bundesrepublik. So gibt uns ein Befragter in exemplarischer Weise zu verstehen:

»Das ist alles Einheitsbrei, ist alles einheitlich. Da gibt es keine Unterschiede mehr. Weil wir werden nicht von Politikern regiert, sondern von Lobbyisten, von

---

<sup>12</sup> Unter anderem Koppetsch (2017); Reckwitz (2019); Merkel (2017).

Lobby. Das ist nur Show, vor der Wahl ist das nur Show. Deswegen haben wir ja das Chaos.« (WR23)<sup>13</sup>

Mit dem Vorwurf »alles [ist] Einheitsbrei« bezieht sich WR23 auf die Parteien und Politiker\_innen der Bundesrepublik, die sich nach Meinung der Befragten kaum noch unterscheiden. Da alle Parteien gleich (schlecht) sind, gibt es keine Wahl mehr. Ein Gefühl politischer Ohnmacht ist bei vielen Befragten vorzufinden, ihre Kritik zielt darauf, vermeintlich nichts mehr grundsätzlich kritisieren zu dürfen.

In ähnlicher Weise wie WR23 die Politik als »Einheitsbrei« beschreibt, kritisieren andere Befragte denn auch das »bisschen Pseudoopposition« innerhalb der etablierten Parteien im Bundestag, die sich »in den großen Punkten [...] alle einig sind« (JA07), oder konsternieren, dass »der Bürger eigentlich teilweise nur als dummes Wahlvolk betrachtet wird« (SU34) oder dass Politiker\_innen »der Bezug zur Basis verloren gegangen« (WN05) sei. Insbesondere das Parteiensystem und jene Distanz zwischen den Wähler\_innen auf der einen und den Politiker\_innen auf der anderen Seite wird von den Befragten immer wieder kritisiert: »Was ich der Politik vorschmeiße, ist, sie reagiert das Volk nicht mehr von unten nach oben, sondern von oben nach unten« (ZV22). Statt von Politiker\_innen werden wir, wie WR23 im Zitat zum Ausdruck bringt, von »Lobbyisten, von Lobby« regiert. Die Vorstellung, dass politische Entscheidungen nicht mehr demokratisch legitimiert in Parlamenten getroffen werden und Politiker\_innen unter dem Einfluss von »Lobbyisten«, »Experten« (SK09) und anderen Interessengruppen stehen, ist unter den Befragten weit verbreitet: »Und man muss den Eindruck haben, dass da eben sehr viel das Öl eine Rolle spielt und Geld eine Rolle spielt und die Angst eine Rolle spielt und alles spielt eine Rolle, nur nicht die Logik eines Politikers« (SK09).

Politik verkommt, wie WR23 im Zitat deutlich macht, zu einer »Show«, die insbesondere vor der Wahl aufgeführt wird. Statt mit Politik werden die Bürger\_innen und Bürger in der Vorstellungswelt der Befragten mit einer medialen Politikinszenierung konfrontiert. Diese wird auch als »Politikerschauspiel« (ZV22) bezeichnet oder mit einem »Theaterstück« (AV12) verglichen. Die Befragten finden diese »Demokratiesimulation« (XC54) in der Regel »total unglaublich« (SU34). Sie sprechen von »Manipulation« (YX89) und argwöhnen, dass »man ja mit Lügen und Fehlinformationen versorgt [wird]« (XX17). Eine unabhängige Meinungs- und Willensbildung ist unter diesen Bedingungen kaum noch möglich und sowohl Politik als auch große Teile der Bevölkerung leiden in der Vorstellungswelt der Befragten unter einer Art Realitätsverlust. Wie im Zitat deutlich wird, führen diese Missstände in ein politisches »Chaos«.

Doch nicht nur die Demokratie ist in der Vorstellungswelt der Befragten im Verfall begriffen, sondern auch der Sozialstaat und seine Institutionen. So erklären uns Befragte, »wenn das so weitergeht, unsere Sozialsysteme brechen zusammen« (RN33), »das Soziale [ist] aus der Marktwirtschaft verschwunden« (WN05) oder »die Armut wird immer größer in Deutschland« (BR45). Sie sprechen von »Raubtierkapitalismus«

---

<sup>13</sup> Die Zitate aus den Interviews wurden von den Autoren sprachlich geglättet.

(XC54) und kritisieren »Neoliberalismus« und »marktkonforme Demokratie« (SH23). In diesem Kontext werden vor allem das marode Rentensystem, die Einkommensentwicklung und die ungerechte Vermögensverteilung problematisiert. Auch hier wird die Politik in die Pflicht genommen: »Die Politik [geht] an uns vorbei, nicht gemeinwohlorientiert, null gemeinwohlorientiert« (XC54).

In unterschiedlicher Intensität und Ausprägung spielen die Erfahrungen der Austerität und des Neoliberalismus der letzten 30 Jahre eine große Rolle. Sie werden insbesondere von den ehemaligen SPD-Sympathisant\_innen unter den Befragten und darüber hinaus im Kontext des Niedergangs der Sozialdemokratie in Deutschland artikuliert: »Was für mich ganz frappant ist: das Absacken der SPD. Das verstehe ich nicht. Weil die SPD ist eigentlich die Partei des kleinen Mannes, des Arbeiters« (XX17). Hier wird auch immer wieder auf die Agenda 2010 eingegangen, die von den Befragten zwar unterschiedlich bewertet wird, aber jeweils als wichtiges Ereignis im Niedergang der Sozialdemokratie genannt wird. So erklärt uns ein Befragter, »sogar die Agenda 2010 habe ich eingesehen, warum das passieren muss [...]« (RN33). Ein anderer übt grundsätzlicher Kritik an der »Agenda-Politik von Schröder«, denn »auch wenn die Zahlen immer toll geschrieben werden, wir haben ja Arbeitsplätze geschaffen«, behauptet er, »insgesamt ging es mit Deutschland und mit der Natur und all dem, was wir jetzt heute erleben und diskutieren ging es ja immer weiter runter, weil wir immer mehr Marktradikalität in unser Land bekommen haben« (SH23).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Befragten – wenn man diesen Themenbereich isoliert betrachten würde – eine alltagsweltliche Kritik von Demokratie und Marktwirtschaft formulieren, die in ihren Grundzügen der akademischen Diagnose der »Postdemokratie« von Colin Crouch (2008) entspricht. Ähnlich wie Crouch argumentieren die Befragten vor dem Hintergrund einer idealen sozialen Demokratie und Marktwirtschaft, die ihre zentralen Versprechen nicht mehr einhalten kann und deshalb in Frage steht. Diese politische Entfremdung und Enttäuschung bedeutet in den Einzelfällen nicht nur die Abwendung von einer Partei, sondern auch die Abwendung von Narrativen und Deutungsmustern, die diese Parteien verkörperten. Hier beziehen sich die Befragten je nach vorhergehenden Wahlpräferenzen vergleichsweise häufig auf SPD, die Grünen und seltener die Linke und CDU. Vielen von ihnen ging es fortan weniger um sozialen Fortschritt, Ausgleich oder Integration, um die Milderung vertikaler Disparitäten, sondern um ein neues Register horizontaler Verteilungskämpfe und Schließungen. Sie wollten keine Migrant\_innen als unproduktive Mitesser vom aus ihrer Sicht schrumpfenden Kuchen des Wohlstands. In anderen Fällen verweist die Wahlbiografie eher auf eine lebenslange politische Entfremdung und weniger auf einen Bruch mit einer bestimmten parteipolitischen Richtung. Hier lassen sich, wie wir noch sehen werden, zentrale typologische Unterschiede rekonstruieren.

## 4.2 Autoritarismus und Populismus

Diese Postdemokratie-Kritik an Politik und Sozialstaat verbinden viele der Befragten mit der normativen Vorstellung einer »volksnahen Politik« (XX17), die auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingeht und diese in ihre Entscheidungsfindung einbindet. In diesem Zusammenhang erklärt uns eine Befragte, hinsichtlich ihrer wechselhaften Wahlbiografie, die auch durch Episoden der Wahlverweigerung gekennzeichnet ist:

»Okay, ich wähle, aber das sind Volksvertreter, ich kann das Wort Regierung sowieso schon gar nicht mehr hören, also es sind Volksvertreter, die haben mich zu vertreten, in dem, was ich denke, in meiner Meinung, was mir guttut, was gut für mich ist. Wenn ich von mir rede, rede ich von allen. Gut, jeder hat eine andere Meinung, aber egal welches Ding sie abziehen, ich möcht' gefragt werden. Die leben von meinem Geld, von meinen Steuergeldern. Die werden von mir bezahlt, für das was sie tun.« (YX89)

»Okay, ich wähle, aber [...]«: Für YX89 ist die Wahl eine Pflichtübung, obwohl sie, wie im Zitat deutlich wird, mit den Regierungen, die dabei gebildet werden, in der Regel unzufrieden ist. Sie erläutert, dass sie das »Wort Regierung sowieso schon gar nicht mehr hören [kann]«. Eigentlich würde sie »Volksvertreter« wählen, die dem Worte nach dazu verpflichtet seien, sie »in dem was ich denke, in meiner Meinung, was mir guttut« zu vertreten. Zwar tritt sie für demokratische Wahlen ein, der repräsentativen Demokratie steht sie jedoch kritisch gegenüber. Sie betrachtet sich nicht nur als Teil des »Volkes«, sondern als seine Verkörperung: »Wenn ich von mir rede, rede ich von allen«. Sie erkennt zwar an, dass jeder eine »andere Meinung« hat, besteht aber darauf, dass sie, für »egal welches Ding sie [die Politiker\_innen] abziehen«, gefragt werden möchte. Die hier zum Ausdruck kommende Vorstellung einer unmittelbaren Volksvertretung und die nur implizit vorhandene Kritik an den gegenwärtigen Repräsentationsverhältnissen ist unter den Befragten weit verbreitet und wird von YX89 in der Vorstellung einer Volksverkörperung zugespitzt. Ähnlich deutlich wird eine andere Befragte, wenn sie sagt, »[Politiker\_innen] sind Volksvertreter und da muss das ganze Volk vertreten werden und nicht nur eine Elite« (WN05).

In ihrer Äußerung verbindet YX89 in exemplarischer Weise die Vorstellung eines fürsorgenden Sozialstaates, der für die Bedürfnisse der Bürger\_innen und Bürger verantwortlich gemacht wird, mit einer im weiteren Verlauf des Interviews noch deutlicher werdenden populistischen Vorstellung von Demokratie, in der korrupte und versagende Eliten einem unterdrückten Volk entgegengesetzt werden. Einige der Befragten fordern deshalb eine direkte und unmittelbare Repräsentation des Volkes (statt einer repräsentativen Demokratie), die in ihrer Vorstellung durch einzelne Politiker\_innen oder Parteien möglich ist. Häufiger erheben sie die Forderungen nach »Volksabstimmungen« (RN33), »Direktdemokratie« (XC54) oder, wie ein anderer Befragter es nennt, nach »plebiszitärer Demokratie nach Schweizer Vorbild« (SU34). In anderen Fällen äußern sie sich diesbezüglich auch kritisch. So erklärt AV12 uns auf die

Frage, wie in ihren Augen ein guter Umgang unter den Bürgern möglich sei: »Ich glaub', das ist gar nicht möglich«. Sie erklärt uns: »Weil jeder was anderes will. Das sehen Sie ja schon normal in einer Familie, sie kriegen nicht alles unter einen Hut. Wenn irgendwo eine, jedenfalls beim meisten, eine Abstimmung [gemacht] wird. [...]. Das klappt nicht« (AV12). Ein anderer ist unentschlossen: »Diese Bevölkerungsumfragen und Mitbestimmungsrechte der Bevölkerung, die sollen ja den großen Politikern wie dem Teufel das Weihwasser sein«, und gibt uns zu bedenken, »Ich denke auch, dass es dann sehr sehr schwierig wird irgendwas umzusetzen« (ZV22). Auch wenn direkt-demokratische Erneuerungen nicht in allen Fällen gefordert werden, betonen alle Befragten die Wichtigkeit von Protest und Widerstand.

Das zentrale gemeinsame Kennzeichen dieser Perspektiven auf die Demokratie ist die Zurückweisung oder die Beschränkung von Intermediatisierung, insbesondere der Verzicht oder die Einschränkung der parlamentarischen Repräsentation und Kontrolle. Hier schwanken die Befragten je nach Einzelfall und Aussage zwischen Autoritarismus und Populismus: Einerseits wünschen sie sich mehr autoritäre Politik, andererseits mehr direkte Volksbeteiligung und Protest. Dem Parlamentarismus stehen die Befragten in der Regel sehr kritisch gegenüber. Dadurch können Forderungen von direkter Demokratie und nach starken, durchgreifenden »Machern« (GK65) problemlos miteinander verbunden werden. So fragt ein Befragter, »haben die [Politiker\_innen] noch Interesse am Volk, haben die noch Interesse, diese Probleme zu lösen: Rente, Altenpflege, Infrastruktur, Integration [...]«, und schließt mit der Anrufung: »Wo ist denn der Mann für das kleine Volk[?]« (ZV22).

Das Volk ist für viele der Befragten das politische Subjekt par excellence, um das sich Demokratie und Sozialstaat idealerweise kümmern sollen. In der Realität wird es nach Meinung der Befragten jedoch häufig von den politischen und wirtschaftlichen Eliten vernachlässigt. Das bringt ein Befragter auf den Punkt: Nachdem er die Entwicklung von »Parallelgesellschaften« in Berlin problematisiert, in denen es »libanesischen Familien geben soll, [...] die ganze Straßenzüge kontrollieren«, erklärt er uns: »Wir sagen öfters unter uns ›Frau Merkel, Sie haben doch geschworen, Unheil oder Weh vom deutschen Volk abzuwenden, warum tun Sie es dann nicht?« (SU34). Wie in diesem Zitat deutlich wird, lässt sich das Volk in der Vorstellungswelt der Befragten nicht einfach mit der Bevölkerung oder den Wahlberechtigten gleichsetzen. Bestimmte Teile der Bevölkerung werden nicht als Teil des Volkes begriffen und ausgeschlossen. Für SU34 gehören kriminell gewordene Minderheiten nicht zur Gesellschaft und auch nicht zum Volk. Sie werden vielmehr als parallel zur Gesellschaft und unheilvoll für das Volk vorgestellt und sollen von Politik und Polizei kontrolliert werden. Aus welchen Teilen das Volk sich konkret zusammensetzt, bleibt in den Interviews häufig unklar und variiert je nach Fall stark. In allen Fällen ist es jedoch an Vorstellungen von Eigen- und Fremdgruppe zurückgebunden. So erklärt uns ein Befragter, »der Begriff des Volkes hat seine unscharfen Ränder, Sprache ist natürlich ein wichtiges Ding«, und fährt dann fort, dass es in jedem Volk »ich sage jetzt mal Bodensatz [gibt], ist jetzt sehr abwertend, aber so die sich [...] gerne in die sozialen Netze legen, die keinen Impetus haben [...]«. Er kommt zu dem Schluss: »Also mit den Eigenen müssen wir leben, mit den Fremden

nicht« (JA07). Die sozialchauvinistischen und fremdenfeindlichen Implikationen, die hier die Form einer doppelten Abwertung von Arbeitsverweigerern und Fremden annehmen, lassen sich über das Material hinweg nachweisen und typenspezifisch rekonstruieren.

### 4.3 Migration, Kriminalität und »Staatsversagen«

Themen rund um Flucht und Migration und insbesondere die »Flüchtlingskrise 2015« und ihre Folgen werden in der Vorstellungswelt der Befragten zum zentralen Bezugsrahmen, um die gesellschaftlichen Zustände in der Bundesrepublik zu kritisieren, die Identität von Eigen- und Fremdgruppe zu verhandeln und die eigene politische Position zu begründen. Ein exemplarisches Beispiel hierfür bietet uns ZV22. Auf unsere Einstiegsfrage nach seiner Einstellung zu AfD und Campact gibt er uns zu verstehen:

»Also meine Einstellung ist die: Ich kann, ich habe nichts gegen die die Aufnahme von diesen fremden Leuten, aber man sollte nicht vergessen die Ordnung zu behalten. Und diese sogenannten Gutmenschen und da zähle ich auch Campact dazu gehen für mich fahrlässig damit um, alles gut zu sehen und wir schaffen es, und es geht schon so in Ordnung. Es spielt sich dann auch in den Aufstieg der AfD, dass die mit dem Zeigefinger heben, es passiert was in unserem Land, das wir nicht mehr im Griff haben. Und da muss ich der AfD recht geben, ich kann auch nicht mit der AfD Eins in Eins gehen, ich bin kein AfDler, wo ich sag, die machen alles richtig. Diese aus der Vergangenheit Nazi-Zeit immer noch die Parolen und so weiter, das verachte ich, so kann man nicht umgehen und man soll das nie vergessen, aber was mir fehlt, ist man darf das Ruder nicht aus der Hand geben. Und in meinen Augen ist es passiert, indem man die Grenzen so weit aufgemacht hat.« (ZV22)

ZV22 beteuert, wie es unter den Befragten weit verbreitet ist, »nichts gegen die Aufnahme von diesen fremden Leuten« zu haben und meint damit, vor allem die nach 2015 angekommenen Flüchtlinge. Diese Aufnahmebereitschaft ist für ihn jedoch begrenzt und soll nur unter der Bedingung gelten, dass die »Ordnung« nicht vergessen wird. ZV22 erklärt die Bewahrung von Recht und Ordnung zur primären Staats- und Regierungsaufgabe und betont die normative Vorrangstellung nationaler Interessen in der Asyl- und Innenpolitik. Danach geht er auf die Konfliktlinie zwischen den »sogenannten Gutmenschen« und der AfD ein. Er teilt mit vielen der Befragten die Vorstellung, dass die Öffentlichkeit »fahrlässig« mit diesem Ordnungs- und Kontrollverlust umgeht. Im Zitat spielt er auf das beinahe ikonische »Wir schaffen das«-Statement von Angela Merkel und die sogenannte »Willkommenskultur« an, der er kritisch gegenübersteht. Hier deutet sich eine dritte Konfliktlinie an, die neben derjenigen zwischen Politik und Volk, zwischen Eigen- und Fremdgruppe, ebenfalls eine zentrale Bedeutung in der politischen Vorstellungswelt der Befragten zukommt: Der Konflikt zwischen Links und Rechts.

Das Hauptmotiv der Kritik liegt jedoch in der von allen Befragten wahrgenommenen Erosion der politischen, sozialen und kulturellen Ordnung. Hier pflichtet ZV22 der AfD bei, die seiner Meinung nach zu Recht darauf hinweist, dass »was in unserem Land [passiert], das wir nicht mehr im Griff haben«. Dieses unbestimmte etwas, das unkontrolliert in »unserem Land« passiert, wiederholt das vage Gefühl eines allmählichen und von vielen nicht bemerkten kulturellen Verfallsprozesses, der über die vermeintliche »Flüchtlingskrise« hinausgeht und viele der Befragten umtreibt. Hier spielt ZV22 nicht nur auf die Migrationsentwicklung, sondern auch, wie im weiteren Verlauf des Interviews deutlich wird, auf einen allgemeinen Werte- und Kulturverlust an, den er auch mit einer vermeintlichen Islamisierung in Verbindung bringt. Auf diese vermeintliche Entwicklung anspielend, fordert uns ein anderer Befragter auf, mit den »öffentlichen Verkehrsmitteln« in einen Teil seiner Heimatstadt zu fahren und beklagt: »Sie werden kein Deutsch hören. Oder sie gehen hier in die großen Läden, es wird nur noch geküsst, Allah akbar, Arabisch gesprochen, kein Deutsch, kein Deutsch« (XC54).

Grenzöffnungen und Kontrollverlust sind zentrale Topoi für viele der Befragten. Sie fallen, auch wenn einige der Befragten das Gegenteil behaupten, jedoch, wie die rekonstruktiven Analysen ihrer Lebensverläufe zeigten, nicht unmittelbar mit ihrer Radikalisierung zusammen: Historisch-biografisch bezogen diese sich auch auf Ereignisse und Erfahrungen, die vor der vermeintlichen Grenzöffnung von 2015 lagen, und stehen häufig im Kontext von Austerität und Neoliberalismus sowie persönlichen Verlust- und Marginalisierungserfahrungen.

Ausländer- und fremdenfeindliche Ressentiments sind im Interviewmaterial weit verbreitet und werden in allen Fällen geäußert. Wie im Zitat bereits deutlich wird, wird die Abwehr von Geflüchteten häufig im Kontext eines politischen und sozialstaatlichen Ordnungs- und eines gesellschaftlichen Werte- und Kulturverlusts vorgebracht und von den Befragten als angemessenes Mittel der Sozialkritik verstanden. In ihren Vorstellungen von arbeitslosen und kriminellen »Ausländern« sowie einer zu linksliberalen Flüchtlings- und Migrationspolitik verbinden sie diese Elemente in vielfacher Art und Weise: Hier wird der Verfall der politischen und sozialen Ordnung für die Befragten besonders erkennbar. Das bringt ein Befragter auf den Punkt:

»Die Gruppendynamik dieser Ausländer, sag ich mal Türken oder so. Das merkst du am Schulhof schon. Wo die eben immer zu dritt da, der Deutsche muss sein Handy hergeben. Das ist ja nicht nur in irgendeinem Kriminalfilm. Das ist ja Tatsache. [...] Die deutschen Frauen trauen sich nicht mehr an den Hauptbahnhof heutzutage, oder in die Stadt. Das geht nicht mehr. Lass die Merkel mal rein rennen, in die Stadt. In die [Stadtteil]. Möchte mal sehen, wie schnell die wieder raus ist. Aber die Politiker kriegen das ja gar nicht mehr mit, die schweben ja irgendwo anders. Ich mein in dem Viertel, wo die wohnen, gäbe es sowas nicht.« (SK09)

Zunächst nimmt SK09 auf »Ausländer« (andere Befragte sprechen auch von »Fremden«) Bezug, meint aber, wie es im Zitat deutlich wird, vor allem »Türken oder so«. Die

Abwertung von bestimmten ethnisch-nationalen Gruppen ist, neben der eng damit verbundenen Abwertung von Asylsuchenden, die mit Abstand am häufigsten artikuliert Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Hier werden vor allem muslimische Bevölkerungen genannt und auch Geflüchtete werden vor allem als Muslim\_innen wahrgenommen.<sup>14</sup> Überhaupt, antimuslimische Ressentiments sind das Merkmal, das alle Befragten miteinander verbindet. Im Zitat beschreibt SK09 eine ausländerspezifische »Gruppendynamik« und eine gesellschaftliche Entwicklung, die sich schon früh auf dem »Schulhof« beobachten lässt: In seiner Vorstellung treten ausländische und insbesondere türkische Gruppen »immer zu dritt« auf und bedrohen den vereinzelt »Deutschen«. Diesen Gruppen unterstellt SK09 kriminelle Energie und böse Absichten, die sich insbesondere gegen Deutsche richten: Sie bedrohen, machen nieder oder setzen unter Druck. Besonders gerne klauen sie. Er beteuert, dass das keine Fiktion aus einem »Kriminalfilm« sei, sondern eine »Tatsache«. Hier erscheint nicht mehr – wie in Fragen der Demokratie und Politik – die Realität als Fiktion, sondern umgekehrt die Fiktion als Realität. In seiner Vorstellung würden sich »deutsche Frauen« »heutzutage« nicht »mehr« an den »Hauptbahnhof, oder in die Stadt« trauen. Zum Schluss verweist SK09 noch auf »die Merkel« und »die Politiker«, die solche negativen Entwicklungen aufgrund ihrer privilegierten Wohnsituation gar nicht mitkriegen würden und betont noch einmal die Distanz zwischen etablierter Politik und davon betroffener Bevölkerung.

Wie hier deutlich wird, sind die Stadt und bestimmte »Problemstadtteile« (SH23) in der Vorstellungswelt von vielen der Befragten dystopische Orte: »Da haben die Menschen ganz andere Kulturen« (SH23). Ein anderer Befragter erzählt uns, dass es in Hamburg zwar »schöne Ecken« gäbe, es eigentlich aber eine »Chaos-Stadt« sei: »Alles marode und kaputt und Arbeitslose ohne Ende, in bestimmten Ecken darf man da nachts nicht auf die Straße« (WR23). In der Stadt sind Verfall, Sittenwidrigkeit, Verbrechen und Gesetzesbruch allgegenwärtig und werden insbesondere im Zusammenhang mit (muslimischen) Minderheiten und Flüchtlingen problematisiert: »Gehen Sie doch mal in die Stadt rein, gehen Sie doch mal nach Essen oder mal nach Köln. Köln ist doch schon ein Kalifat« (GK65). Ein anderer, der aus finanzieller Not seine städtische Eigentumswohnung verkaufen musste, klagt über einen Werteverlust und begründet diesen: »Überall wie ein Basar, weil erstmal die Osteuropäer ja da [sind], die Zigeuner, Sinti und Roma, weil die da hausen und alles voll Türken« (WR23). Die Befragten sprechen von »Ghettoisierung« (SK09; SU34) und »Parallelgesellschaften« (ZV22), von Bandenkriminalität und »No-Go-Areas« (RN33; GK65). Ferner beklagen sie sich über fremde Sprachen und Gebräuche. Der urbane Raum ist der Schmelztiegel von Migration und Kriminalität, von Unordnung und Verschmutzung. Das Verbrechen und vor allem das ungesühnte Verbrechen durch muslimische Minderheiten und »Flüchtlinge« sowie die allgemeine Sittenwidrigkeit dieser Gruppen verdeutlichen für die Befragten

---

<sup>14</sup> Muslim\_innen sind nicht die einzige »Fremdgruppe«, auf die sich die Befragten mit ihren Vorurteilen beziehen, sondern die am weitesten verbreitete. Je nach Fall nehmen sie zum Beispiel auch Bezug auf Osteuropäer\_innen und/oder Afrikaner\_innen. Gerade bei den regressiven Rebellen spielen zudem, wie wir noch sehen werden, antisemitische Vorurteile eine zentrale Rolle.

besonders evident das allgemeine Politik- und Staatsversagen. Die Stadt ist in dieser Vorstellungswelt derjenige Ort, an dem die soziale und politische Ordnung aufhört, weil Staat und Politik die Kontrolle verloren haben. In seiner Gegenüberstellung von Deutschen und »deutschen Frauen« auf der einen und jenen Fremdgruppen, die sich in der Vorstellung der Befragten in der Regel aus jungen Männern zusammensetzen, auf der anderen Seite deutet SK09 bereits die Geschlechterdifferenzierung an, die für den antimuslimischen Rassismus im Material typisch ist. Die Vorstellung, dass vor allem »junge Männer« aus der »arabischen Welt« nach Deutschland kommen und »ganz andere Vorstellungen« (SH23) haben, ist unter den Befragten weit verbreitet.

#### **4.4 Moralische Empörung, autoritäre Aggression und Destruktivität**

Die moralische Empörung über das abweichende Verhalten von der kulturellen und politischen Ordnungsnorm ist in der Vorstellungswelt der Befragten eine der größten Rechtfertigungen für die Abwertung von Fremdgruppen. Dabei beziehen sie sich, wie YX89 deutlich macht, nicht nur auf kriminelle Verhaltensweisen, sondern auch auf das Alltagsverhalten und die fremdgruppenspezifische Arbeits- und Sexualmoral. Ein Befragter erklärt uns:

»Aber herkommen und dann ja, in die sozialen Netzwerke fallen lassen. Oder landläufig gesagt, die Hand aufhalten und sich durchfüttern oder nach fünf Jahren sagen wie der eine [aus einer Fernsehdokumentation]: ›Ich wohne jetzt fünf Jahre hier im Container, geht mir zwar gut, ich verhungere nicht‹, aber zu seiner Betreuerin sagt er dann, zu seiner deutschen Betreuerin ›Jetzt besorg mir mal eine Frau.‹ Also das geht ja nicht, ne? Das sieht man selber, dass das nicht funktionieren kann.« (SU34)

Offensichtlich bezieht SU34 sich auf eine Dokumentation, die er im Fernsehen gesehen hat. Zunächst problematisiert er eine bestimmte Arbeitsmoral unter Asylsuchenden. Das wird insbesondere im Vergleich zu den Gastarbeitern deutlich, die seiner Meinung nach ihren »Job gemacht« haben und mit denen man »zusammengelebt« hat. Auffällig ist, dass er die Arbeitslosigkeit des Asylsuchenden und auch seine gesellschaftliche Marginalisierung »im Container« nicht als strukturelles, sondern als moralisches Problem begreift. Hier wird in zynischer Weise die stereotypische Vorstellung eines Asylsuchenden aufgegriffen, der sich »in die sozialen Netzwerke fallen lässt«, die Hand aufhält und sich »durchfüttern« lässt. Anschließend empört SU34 sich darüber, dass derselbe Asylsuchende, der seit fünf Jahren im Container wohnt und dem es laut eigener Aussage »zwar gut [geht]«, weil er nicht »verhungere«, es trotzdem wagt, seine »deutsche Betreuerin« dazu aufzufordern, ihm eine Frau zu besorgen, um eine Familie zu gründen. Wie für viele der Befragten ist es für SU34 selbstevident, dass ein solches Verhalten in Deutschland »nicht funktionieren kann«. Die moralische Empörung, die hier zur Geltung kommt, ist vielschichtig und der Ausschluss moralisch begründet: Zunächst kritisiert SU34 – wie viele der Befragten – das als parasitär und arbeitslos vorgestellte Leben der Asylsuchenden, die den Sozialstaat ausnutzen. So bezieht sich

ein anderer Befragter auf eine Gruppe Syrer, »da sind fünf junge Männer und der Vater«, und empört sich, »die sitzen den ganzen Tag in der Stadt. [...] Die gehen an die Tafel. Aber, die fahren mit einem dicken Mercedes, ein neuer Mercedes und kein kleiner. Ja, irgendwer hat den gesponsert, wahrscheinlich ich« (RN33). Zusätzlich empört SU34 sich darüber, dass diese Person, obwohl sie »lebt«, nicht verhungert und vom Staat versorgt wird, noch andere Ansprüche hegt. Die Empörung gipfelt, wie im weiteren Verlauf des Interviews noch deutlicher wird, in der Vorstellung, dass Asylsuchende eine bestimmte Vorstellung von Männern und Frauen hegen, die seinen und den antizipierten Vorstellungen der »deutschen Betreuerin« entgegenstehen.

Die Abwertungen, in denen eine falsche Arbeits-, Familien- und/oder Sexualmoral von Fremdgruppen behauptet wird, werden häufig im Kontext des maroden Sozialstaats problematisiert. Den »armen Asylanten« werden die »armen Rentner, die deutschen« (AV12) gegenübergestellt. Hier wird die alternde und schrumpfende Gesellschaft von jungen männlichen Flüchtlingen, Frauen, die Kinder bekommen, und muslimischen Großfamilien bedroht. Deshalb wird von vielen der Befragten auch das Recht auf Familiennachzug problematisiert.

Was in der Forschung als »Femonationalismus« (vgl. Farris 2011) diskutiert wird, konnten wir auch immer wieder in unserem Material finden. Der Gegenstand dieser Kritik ist in erster Linie der migrantische und insbesondere muslimische Mann. So problematisieren viele der Befragten die vermeintlich traditionellen Männlichkeitsvorstellungen und Familienstrukturen unter muslimischen Minderheiten. Sie beklagen sich, dass migrantische Frauen von ihren Männern aus religiösen Gründen und wegen traditioneller Vorstellungen von Männlichkeit nicht emanzipiert seien und deutsche Frauen potentiell bedroht wären. So erklärt uns SU34 im weiteren Verlauf des Interviews: »Wo der eine das Essen nach der Frau geworfen hat, weil sie eine Frau ist, von der nimmt er nichts an. Ja, so kann ich natürlich da nicht leben [...]. Dann muss man schon wissen, dass es Gleichberechtigung bei uns gibt« (SU34). Die migrantische und insbesondere muslimische Frau bleibt entweder unbekannt oder wird als Opfer von autoritären Familienstrukturen und in ihrer Rolle als Mutter porträtiert. Ein Teil fordert hier – vermeintlich – Gleichberechtigung und Solidarität: »Warum macht Campact nichts, um die Rechte der Muslime in Deutschland, der muslimischen Frauen zu stärken? Nichts passiert da, es geht immer nur in eine Richtung: Beschneidung von Mädchen und Jungen, das ist ein Eingriff in die Persönlichkeit von Kindern« (SH23). Viele der Befragten setzen dabei voraus, dass es in der Bundesrepublik und ferner in der Familie und unter »deutschen« Männern und Frauen keine Probleme mit Gleichberechtigung und sexualisierter Gewalt gibt. Die Abwertung und Ausgrenzung der Fremdgruppe kommt hier einer Verklärung der Eigengruppe gleich und legt den instrumentellen Charakter der Forderung von Gleichberechtigung offen.

In unterschiedlicher Intensität und Ausprägung fordern alle Befragten ein härteres staatliches Durchgreifen, mehr Polizei und eine autoritäre Politik und Gesetzgebung. Ferner wünschen sie sich eine Sozialpolitik exkludierender Solidarität, die sozialstaatliche Leistungen stark begrenzt und für die arbeitende und autochthone Bevölkerung reserviert. Insbesondere Asylsuchende sind von einer solchen Politik strukturell

betroffen und systematisch ausgeschlossen. Nachdem sie immer wieder auf die »Grenzkriminalität« in ihrer Heimatstadt zu sprechen kommt, problematisiert eine Befragte, dass die Polizei »einfach zu Tode gespart wurde« und erklärt hinsichtlich möglicher Lösungen: »Also jetzt mit meinen laienhaften Gedanken wäre es günstig die Grenze [nach Tschechien] zuzumachen« (WN05). Ein anderer Befragter erklärt uns, »da [bei kriminellen Asylsuchenden] muss schon der Staat, der Rechtsstaat und dafür haben wir ja einen Rechtsstaat, eine rechtsstaatliche Demokratie, da muss die voll präsent sein [...] da darf man keinen Schmusekurs machen, das geht nicht« und fordert ein »radikaleres Abschiebevorgehen« (SH23). Moralische Empörung rechtfertigen Ausgrenzung und autoritäre Aggression, die in einigen Fällen in Destruktivität umschlagen kann. Auf die Frage, welche Forderungen er an die Politik stellt, erklärt uns ein Befragter:

»Das ist der eine Punkt, und zwar nicht jahrelang durchfüttern noch, bis dann irgendwann mal ein Prozess kommt und die wegkommen. Die werden abgeschoben. Und nicht wie das jetzt hier läuft, dass hundert Polizisten einen Asylanten rausholen. Das muss anders gemacht werden. Da muss ein bisschen mehr Ordnung. Ich bin ja für die Einrichtung eines Arbeitslagers.« (GK65)

An autoritärer Aggression, Zynismus und Destruktivität kaum zu übertreffen, erklärt uns GK65, dass er von der Politik fordert, dass mit Asylsuchenden kurzer Prozess gemacht wird. Diese sollen nicht erst »jahrelang durchgefüttert« werden. Es ist unklar, ob GK65 hier offen für die Abschaffung rechtsstaatlicher Verfahren plädiert oder eine schnellere Abfertigung von Asylanträgen fordert. Eins ist jedoch klar: »Die werden abgeschoben«. Darüber hinaus fordert er eine ganz andere Politik, die nicht so wie bisher laufen soll, »dass hundert Polizisten einen Asylanten rausholen«. Er fordert »ein bisschen mehr Ordnung« und bekennt sich dazu, dass er für die »Einrichtung eines Arbeitslagers« ist. Die meisten der Befragten würden von solchen protofaschistischen und destruktiven Aussagen vermutlich Abstand nehmen und diese in der Regel ablehnen. Solche Aussagen beschreiben vielmehr den äußersten Rand eines Kontinuums von moralischer Empörung, autoritärer Aggression und Destruktivität, die sich je nach Fall sowohl auf etablierte Parteien und Politiker\_innen als auch auf bestimmte Minderheiten richten können. Entlang dieser Differenzierungen lassen sich, wie wir noch sehen werden, zentrale typologische Unterschiede zwischen den autoritären Innovatoren und regressiven Rebellen rekonstruieren.

#### **4.5 Registerwechsel und Sozialkritik**

Im Hinblick auf die gemeinsame Vorstellungswelt der 16 Befragten lässt sich festhalten, dass die Forderungen nach Migrationskontrolle, innerer Sicherheit und nationaler Interessenpolitik diejenigen nach sozialer Gerechtigkeit, Interessenausgleich und demokratischer Mitbestimmung zwar übertönen, in den Argumentationen der Interviewten jedoch eine Wahlverwandtschaft eingehen, die auf eine politische Praxis exkludierender Solidarität und autoritärer Gesetzgebung hinausläuft. Diese Positionen beziehen ihre Rechtfertigung aus der normativen Hierarchisierung von nationaler Zugehörigkeit,

individueller Leistung und wohlfahrtsstaatlicher Zuwendung gegenüber humanitären Verpflichtungen und Asylhilfe. Von einem Primat des National- und Sozialstaats ausgehend, kritisieren die Befragten die politische Klasse, ihre Politik und die vorherrschenden Repräsentationsverhältnisse. Zugespitzt gesagt, stellt sich die Krise der Repräsentation und des Sozialstaats für sie wie folgt dar: Repräsentant\_innen, Gesetze und Institutionen sind vor allem für Recht und Ordnung sowie Wohlstand der eigenen Bevölkerung und Volksvertretung verantwortlich. Da sie diese Zwecke systematisch untergraben und die institutionellen Normen und Wege zur sozialen und politischen Teilhabe nicht mehr verlässlich funktionieren, verlieren sie ihre Legitimationsbasis und bedürfen der Korrektur durch autoritäre Politik und Volksbegehren.

Häufig bewegen sich die Befragten zwischen zwei Registern: Versatzstücke einer linksliberalen Sozialkritik schlagen in Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und/oder in Schmähreden und Beleidigungen um. Dafür bietet eine Befragte ein exemplarisches Beispiel. Sie erzählt uns, dass sie ihre Praxis aufgeben musste, als das Krankenhaus, an das sie angrenzte, »privatisiert« und »geschlossen« wurde, weil »[man] gesagt hat, [Ort] würde rote Zahlen schreiben, es würde sich nicht mehr lohnen«. Dabei handelt es sich für sie um »eine Veruntreuung von Steuergeldern«. Sie bringt diese Erfahrungen in Verbindung mit der vermeintlichen Flüchtlingskrise: »Genau, 2015 die Grenzen haben aufgemacht und auf einmal stand unsere Bürgermeisterin da in dem Haus, die Flüchtlinge werden bei uns untergebracht und wir haben allesamt gedacht ›Um Gottes Willen«« (YX89). Erst wurde das Krankenhaus seiner alten Funktion und seiner Rolle als Ort der lokalen Gemeinschaft entkernt, nun fühlte sie sich von Flüchtlingen umzingelt: »[S]ie waren über mir, neben mir, unter mir.« Die anschließenden Begegnungen mit den Asylsuchenden sind von Vorurteilen und Stereotypen durchzogen und die Befragte erklärt uns: »Ich bin kein Rassist, absolut nicht, ich sage nur, andere Mentalität, andere Lebensweise. Es tut mir leid, das passt einfach nicht hierher.« Ihre Erfahrung schildert sie in drastischen Bildern:

»Es sind Nordafrikaner da, was weiß ich, alles Mögliche, natürlich alles wiederum Leute, die untereinander nicht miteinander klarkommen, dann kracht's, sie zoffen miteinander, sie sind laut, sie stehen unten im Garten unter meinem Balkon, sie grillen, man hört's, man riecht's [...]. [Sie] saßen auf dem Fensterbrett und haben telefoniert und überhaupt, und wenn ich dann raus bin und habe gesagt: ›He, liebe Leute ihr seid hier willkommen, aber bitte, wir müssen hier arbeiten« [...]. Ich wurde nicht mal angeschaut. Also wäre ich jetzt eine Ziege, die auf dem Balkon steht und meckert, dann hätte ich eher Aufmerksamkeit, denn die bringt ja noch Fleisch. Aber eine Frau guckt man nicht an.« (YX89)

Wie schon zuvor, nimmt auch YX89 auf muslimische Minderheiten Bezug und meint: »Nordafrikaner da, was weiß ich, alles Mögliche«. Sie beklagt, wie diese sich in jener Flüchtlingsunterkunft »unten im Garten unter meinem Balkon« verhalten. Anders als in vielen anderen Darstellungen wird die Fremdgruppe hier nicht als Einheit, sondern als in sich zerstritten vorgestellt, »dann kracht's, sie zoffen miteinander, sie sind laut«. Die Stimmen und Sprachen der Migrant\_innen sind für YX89 nur Störgeräusche, die sie

nicht versteht: »sie grillen, man hört's, man riecht's«. Die hier zum Ausdruck kommende Gereiztheit im Umgang mit Fremdgruppen ist unter den Befragten weit verbreitet und schlägt, wie im Zitat deutlich wird, häufig in Schmähungen und moralische Empörung um. YX89 fühlt sich von den Personen in ihrem Garten disrespektierlich behandelt: In ihrer Vorstellung wird sie als »Frau« noch schlechter behandelt als eine »Ziege, die auf dem Balkon steht und meckert«. Für die Migrant\_innen wird auch sie zum reizbaren Hintergrundgeräusch. Diese Fremdheitserfahrungen, die sich in einer gemeinsamen Sprachlosigkeit zum Ausdruck bringt, dient YX89 als Beweis für ihre Kritik an Politik und Migration. Anders als viele der männlichen Befragten fühlt sie sich gerade nicht von den Migrant\_innen angeschaut, sondern eher geschmäht: »Aber eine Frau guckt man nicht an«. Ihre Kritik an Privatisierung und Politikversagen schlagen in Vorurteil und Stereotypie um.

Die Kritik am Verfall der politischen, sozialen und moralischen Ordnung und die damit verknüpfte Fremdenfeindlichkeit sind die übergreifenden Merkmale und bilden den gemeinsamen Bezugsrahmen jener Demokratie- und Sozialkritik in unserem Sample. Ein weiteres Beispiel für diesen Registerwechsel bietet uns ein Befragter, der selbst SPD-Mitglied war und verschiedene Umweltorganisationen unterstützt. Für ihn verdichten sich die zunehmende »Überbevölkerung«, die Klimakrise und die damit verbundenen »Flüchtlingsströme« zu einer »globalen Katastrophe«. Sie stellen sogar das »Grundgesetz« in Frage. Nach seiner Überzeugung sind »die Väter und Mütter des Grundgesetzes [...] von ganz anderen Voraussetzungen ausgegangen«. Auf die Frage hin, in welchem Verhältnis »Neoliberalismus« und »Überbevölkerung« zueinanderstehen, erklärt er uns:

»Also, der Neoliberalismus als solches ist nicht der Motor für die Überbevölkerung, sondern die Überbevölkerung findet ja genau da statt, wo der Neoliberalismus gar nicht so ist, aber die Folgen des Neoliberalismus sich ausbreiten, nämlich Armut, Krieg und Not. Und diese Menschen diesem Irrglauben unterliegen, dass sie große Familien schaffen müssen, damit wenn sie alt sind, weil sie ja eben keine Rente und Altersansprüche haben wie wir in Europa, dass dann die vielen, vielen Kinder, die sie dann in die Welt gesetzt haben, die alten Menschen pflegen und versorgen und weil sie es als Geschenk Allahs von ihren heiligen vorgebetet kriegen, dass sie dann so viele Kinder in die Welt setzen.« (SH23)

Recht unverständlich erklärt uns SH23, dass der »Neoliberalismus als solches« nicht unmittelbar mit dem Problem der Überbevölkerung verknüpft ist. Der Neoliberalismus ist für SH23 nicht der Motor der Überbevölkerung, sondern die Überbevölkerung findet gerade da statt, »wo der Neoliberalismus gar nicht so ist« und seine Folgen »sich ausbreiten, nämlich Armut, Krieg und Not«. In seiner Vorstellung ist davon, wie im Verlauf des Interviews deutlich wird, vor allem der globale Süden betroffen. Plötzlich wechselt SH23 hier das Register und übt Kritik »am Irrglauben«, dem »diese Menschen [...] unterliegen«. Strukturelle Probleme werden unvermittelt in eine Glaubensfrage umgedeutet. Im Zentrum seiner Auseinandersetzung stehen »die großen Familien« und »die vielen, vielen Kinder«, die im globalen Süden zwar Sinn machen, »weil sie ja eben

keine Rente und Altersansprüche haben wie wir in Europa«, die das Problem der »Überbevölkerung« und »Flüchtlingsströme« aber verschlimmern und den Wohlstand des globalen Nordens in Frage stellen. Hier stoßen linke Gesellschaftskritik und das Festhalten an nationalen Privilegien an ihre Grenzen und schlagen in antimuslimische Ressentiments und Islamophobie um.

#### 4.6 Das Diskursgespenst des Kosmopolitismus

Einen dominanten Konflikt zwischen Kosmopolit\_innen und Kommunitarist\_innen, wie in populären und wissenschaftlichen Erklärungsnarrativen zum Teil behauptet,<sup>15</sup> konnten wir in unserem Sample nicht feststellen. Laut diesem Narrativ sind Kosmopolit\_innen vor allem höher qualifizierte, politisch linksliberale Personen aus der oberen Mittelschicht, die dominante Formen legitimen Geschmacks, Lebensstils und Wissens kennen. Umgekehrt verkennen sie die Sorgen und Nöte der eher ländlichen und einem einfachen Geschmack anhängenden Kommunitarist\_innen – von denen sie schließlich als linksliberales Feindbild konstruiert werden. Vor allem die Abwertung durch die Kosmopolit\_innen sei es, so das Narrativ, über die sich die Kommunitarist\_innen empören. Am Ende des Tages machten sich die linksliberalen Eliten mehr Sorgen um die Gleichberechtigung von Geflüchteten, Frauen und LGBT als um die materiellen Nöte der »kleinen Leute«. Freilich bedeutet das nicht, dass dieses Erklärungsnarrativ zur Gänze aus der Luft gegriffen ist, doch verkomplizieren unsere Befunde den Sachverhalt. Zwar gibt es durchaus Anschlussmöglichkeiten und Überschneidungen, doch ist die Kritik der 16 Befragten, wie wir gezeigt haben, eher staats- und sozialpolitisch als kulturpolitisch oder -essentialistisch motiviert und richtet sich in erster Linie auf etablierte Parteien und Politiker\_innen sowie bestimmte Minderheiten und weitaus weniger auf Lebensstile und genderpolitische Fragen.<sup>16</sup>

Einzelne aus der Gruppe der autoritären Innovatoren, die im nächsten Abschnitt analysiert wird, bedauern den Wegfall gemeinschaftlicher Orte:

»Die ganzen Gaststätten machen zu, machen vielleicht abends oder am Wochenende noch auf, beziehungsweise wenn man halt reserviert vorher, dass sie dann halt, für Hochzeiten oder was öffnen nochmal, aber sonst, ist alles dicht. Wir haben jetzt nur noch in [Ortsname] eine einzige Gaststätte wo nachmittags noch ein Mittagstisch und alles anbietet.« (IF12)

Die regressiven Rebellen sind, wie es im übernächsten Kapitel noch deutlich wird, in ihrer Lebenspraxis häufig zu individualistisch und zu wenig gemeinschaftsorientiert für eine kommunitarische Orientierung. Sie sind zwar mitunter anomisch entbettet aus gemeinschaftlichen Verhältnissen, aber dieser Mangel macht sie noch nicht zu Kommunitarist\_innen. Auch haben die Befragten nur wenige spezifische Vorstellungen einer

---

<sup>15</sup> Vgl. unter anderem Koppetsch (2017); Reckwitz (2019); Merkel (2017).

<sup>16</sup> Vgl. hierzu auch die instruktive Studie von Mau, Lux und Gülzau (2020).

essentiellen Kultur. Sie sind zwar der Meinung, dass bestimmte Ethnien grundsätzlich die Frauen nicht achten würden oder zu starke Parallelgesellschaften bilden. Aber ihre Forderung ist die der Anpassung und Assimilation von diesen Gruppen. Zudem folgten gerade die regressiven Rebellen in der Vergangenheit selbst häufig einem nonkonformistischen und letztlich kosmopolitischen Lebensstil.

Auf der gesamtideologischen Ebene lässt sich im Material kaum Kritik an Gendersternenchen, -toiletten oder Vegetarier\_innen finden. Zwei Befragte äußerten sich positiv zum Thema Gleichberechtigung, sprechen sich jedoch gegen verordnete Quoten aus (JA07; XC54). An den anderen wenigen Stellen im Material, wo auf Aspekte von Genderpolitik Bezug genommen wird, stellt es keine eigene Dimension dar, sondern wird nur in einer Reihe von Themen aufgelistet, die es abzuwehren gilt. In dieser Hierarchie steht Gender jeweils hinter der Frage Migration. Eine typische Aufzählung lautet: »Und diese ganze Flüchtlings-, Multi-Kulti-Geschichte, auch dieses ganze übertriebene Genderzeugs« (JA07). Fünf der 16 Befragten gebrauchen den pejorativen Begriff des »Gutmenschen«, doch selten wird er dafür genutzt, eine vermeintliche linksliberale Militanz gegenüber anders- bzw. rechtsdenkenden Personen zu problematisieren. In den meisten Fällen wird er im Sinne einer liberalen Naivität, die die Erfordernisse der Bewahrung der politischen Ordnung leugnet, gebraucht: »[D]iese sogenannten Gutmenschen [...] gehen für mich fahrlässig damit um, alles gut zu sehen und wir schaffen es« (ZV22). Zwar gibt es die Vorstellung, dass rechte Meinungen in Deutschland systematisch unterdrückt würden, doch wird der hier angedeutete Konflikt um kulturelle und politische Deutungshoheit von den Befragten eher im klassischen Links-Rechts-Schema kategorisiert und weniger als Konflikt zwischen Kosmopolit\_innen und Kommunitarist\_innen vorgestellt. Auch die Konfliktlinie zwischen Stadt und Land, die für gewöhnlich als ein Aspekt des Konflikts zwischen Kosmopolit\_innen und Kommunitarist\_innen gedeutet wird, stellt sich, wie wir gezeigt haben, anders dar. Die Stadt wird nur selten als Ort der Kosmopolit\_innen adressiert, die den Befragten mit ihrer linksliberalen Lebensweise ihr eigenes Abgehängtsein vor Augen führen. Der urbane Raum ist weniger »links-grün versifft« als vielmehr der Schmelztiegel von Migration und Kriminalität. Er wird als Hort der ausländischen Clans, muslimischer Communities, Ghettos, der Gewalt und der Verwahrlosung wahrgenommen – eben als Ort, in dem die soziale und politische Ordnung nicht mehr gilt. An dieser Stelle – und nicht an der Lebensführung der Kosmopolit\_innen und ihrem Einsatz etwa für LGBT-Rechte – setzt die Kritik der Befragten am Liberalismus und Linksliberalismus an: dass er in der Stadt nicht für Ordnung sorgt. Mit anderen Worten: Der Kosmopolitismus als Ursache und Feindbild spielt im Interviewmaterial eine untergeordnete Rolle. Was sie in der Tat vorweisen ist ein hoher Grad an Elitenkritik. Diese richtet sich aber eher gegen politische Eliten, von denen sie sich nicht vertreten fühlen, und viel seltener gegen bestimmte Lebensstile, es sei denn die bestimmter migrantischer Minderheiten.

Doch was hat die von uns befragten Personen dann überhaupt zu Anhänger\_innen oder Sympathisant\_innen der AfD werden lassen? Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Befragten auch schon vorher starke fremdenfeindliche Einstellungen hatten, nur dass

diese latent geblieben sind.<sup>17</sup> Das wäre eine naheliegende, aber gleichzeitig auch zu kurz greifende Erklärung. Schließlich hatten die Personen aus unserer Stichprobe häufig eine vergleichsweise »progressive« Agenda und zudem ist die Fremdenfeindlichkeit ja ein Faktor, den es selbst zu erklären gilt. Die Fremdenfeindlichkeit ist für uns ein Element in der gesamtideologischen Ausprägung der Befragten und übernimmt in der Form des Vorurteils unterschiedliche Funktionen in ihrer Argumentation. Aus unserer Perspektive ist es für die wissenschaftliche Untersuchung von Ideologie zentral, auch die soziale Position und biografische Erzählung der Befragten zu berücksichtigen. Wie wir im Folgenden zeigen werden, spielen die unterschiedliche Verteilung von Anomievulnerabilitäten und die Eingebundenheit in Institutionen eine zentrale Rolle, um die unterschiedlichen Ausprägungen autoritärer Meinungen und Praktiken hinreichend zu verstehen. Die Anomievulnerabilitäten können sich in der Arbeit wie auch im Privatleben zeigen und spielen als biografische Verunsicherungen eine wesentliche Rolle.

## 5 Zwei Sozialtypen des neuen Autoritarismus

Nachdem wir die geteilten Vorstellungen unter den 16 befragten Personen rekonstruiert und anhand exemplarischer Zitate dargestellt haben, kommen wir jetzt zu unserer Typenbildung. Wir nennen unsere Typen die autoritären Innovatoren und die regressiven Rebellen.<sup>18</sup> Zwar zeigen sich alle Befragten unzufrieden mit der bundesrepublikanischen Ordnung und kritisieren die gesellschaftspolitische Entwicklung, doch wurde schon früh in der Analyse ersichtlich, dass es deutliche Unterschiede in der Ausprägung dieser Positionen gibt. Während sich der eine Teil der Befragten betont gemäßigt gibt und die Ordnung über eine institutionell-subversive Praxis zu verändern sucht, tritt der andere Teil in eine Rebellion gegen dieselben Institutionen. Mit Hilfe der Heuristik des autoritären Syndroms konnten wir diese Einstellungs- und Verhaltensmuster zunächst auf der gesamtideologischen Ebene verdichten (siehe Kap. 4.1). Im Laufe der Untersuchung wurde zudem deutlich, dass diese Einstellungs- und Verhaltensunterschiede mit einigen Unterschieden innerhalb der berufs- und familienbiografischen Erzählungen der Befragten korrespondieren und sich vor allem in erhöhten Anomievulnerabilitäten bei den regressiven Rebellen zeigt (siehe Kap. 4.2). In unserer Typologie werden dementsprechend gesamtideologische Einstellungs- und Verhaltensmuster mit Aspekten der sozialen Flugbahn in Verbindung gesetzt und zu zwei »Sozialtypen« des neuen Autoritarismus verdichtet. Im Folgenden werden wir zunächst zwei Untergruppen der autoritären Innovatoren darstellen und anschließend von den regressiven Rebellen

---

<sup>17</sup> Dies lässt sich jedoch empirisch mit den uns vorliegenden Daten nicht feststellen.

<sup>18</sup> Unter 16 Interviewten waren 13 Männer und drei Frauen, eine bei den autoritären Innovatoren und zwei bei den regressiven Rebellen. Im Folgenden werden wir vor allem die männliche Form der autoritären Innovatoren und regressiven Rebellen verwenden. Das reflektiert einerseits die deutliche Überzahl männlicher Gesprächspartner im Sample, ist andererseits aber auch der besseren Lesbarkeit geschuldet.

abgrenzen. Wir fangen jeweils mit den Aspekten der berufs- und familienbiografischen Erzählungen an und kommen danach auf die gesamtideologischen Merkmale zu sprechen.

## 5.1 Autoritäre Innovatoren

### 5.1.1 Soziale Flugbahn und sozialstrukturelle Dynamik

Vergleichen wir die »soziale Flugbahn« (Pierre Bourdieu) sowie die sozialstrukturelle Dynamik der berufs- und familienbiografischen Erzählungen, lassen sich einige typenspezifische Unterschiede zwischen den autoritären Innovatoren und regressiven Rebellen rekonstruieren.<sup>19</sup> Anders als die regressiven Rebellen führen die autoritären Innovatoren (fünf von 16) zum Zeitpunkt des Interviews ein vergleichsweise »wohlsituiertes« Leben: Sie besitzen Eigentum, leben in geordneten Familienverhältnissen, schauen – drei sind bereits pensioniert – auf eine erfolgreiche Berufskarriere zurück oder befinden sich in vergleichsweise gesicherten Berufsverhältnissen. Ferner erzählen sie von Urlaubsreisen und Freizeitaktivitäten. Alle geben an, »viel« bis »sehr viel« Vertrauen in den eigenen Arbeitgeber zu haben. In ihrer Berufslaufbahn waren sie die meiste Zeit in Vollzeit erwerbstätig und unbefristet angestellt. In der Regel sind sie in Berufen tätig, die ein hohes Maß an betrieblicher Interaktion und sozialer Kooperation erfordern: Ingenieur, Lehrerin, Fabrikvorsteher, Arbeiter in einem Hightech-Unternehmen/Biobauer, Bankkaufmann, Pförtner/Kulturschaffender.<sup>20</sup> Alle Berufe verfügen zudem über einen relativ hohen Grad an Sozialprestige.

Bei der vergleichenden Analyse der sozialen Flugbahn und sozialstrukturellen Dynamik ihrer berufs- und familienbiografischen Erzählungen lassen sich darüber hinaus zwei Untergruppen der autoritären Innovatoren unterscheiden. In der ersten Gruppe, der älteren und pensionierten Personen (Jahrgänge: 1944, 1946, 1953), handelt die berufliche Erzählung von Aufstieg und Erfolg: Vom Bankkaufmann zum Betriebswirt, vom angestellten Papiermacher zum Betriebsleiter oder vom ersten und einzigen Studierenden in der Familie zum Ingenieurberuf in einer internationalen Firma: »Da war ich fünf Jahre und dann sollte ich ins Ausland, wollte ich aber nicht [...] und da habe ich mich für eine Firma, die aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ins Ausland geht, entschieden und das war auch gut so« (SU34). Die berufsbiografische Erzählung dieser Untergruppe verläuft entlang der zentralen Stationen einer »Normalbiographie« (Kohli 1988): Schule, Ausbildung, erfolgreiche Berufskarriere.

Ähnlich gradlinig wie ihre Berufskarriere verlief auch ihre Familienbiografie. Die Männer dieser Untergruppe heirateten schon früh und bekamen im Laufe ihrer Ehe mehrere Kinder. Berufseinstieg, Eheschließung und Familiengründung fielen in den

---

<sup>19</sup> Die hier erstmals veröffentlichten weiterführenden empirischen Befunde und Analysen sind im Kontext des Dissertationsprojekts von Maurits Heumann erarbeitet worden und werden im Working Paper vorab in Auszügen präsentiert.

<sup>20</sup> Diese Aufzählung weichen ganz leicht von der Darstellung in Nachtwey und Heumann (2019) ab. Nach erneuter Durchsicht und Analyse des empirischen Materials haben wir die Zuordnung angepasst.

gleichen Lebensabschnitt. Allem Anschein nach führten sie eine traditionelle Ehe entlang des männlichen Ernährermodells: Sie konnten Karriere machen, während sich ihre Ehefrauen um die Erziehung der Kinder und den Haushalt kümmerten. Zusammen mit ihren Ehefrauen wählten sie den Weg einer »Familienkarriere« (Peukert 1997). Die Institutionen der Ehe und Familie hielten, was sie versprochen. Auch hier entspricht ihre Erzählung den eigenen Aspirationsniveaus.

Wirtschaftlich geht es den Männern dieser Untergruppe heute besser als ihren Eltern. Beruflich und familiär konnten sie eigene Wege gehen und sozial aufsteigen. Nur vereinzelt treten auch hier abgeschwächte Anomievulnerabilitäten auf und die Befragten berichten von Überforderung und Überstunden, von arbeitsbedingtem Verzicht auf das gemeinsame Familienleben, von Krankheiten und persönlichen Verlusten. Arbeit und Familienleben haben ihnen einiges abverlangt, doch waren sie institutionell abgesichert und konnten an ihrem ursprünglichen Plan festhalten. Bildungssystem, Arbeitsmarkt und Eheschließung halfen ihnen dabei, sich aus der Herkunftsfamilie zu lösen und eine »abgesicherte« Individualisierung zu durchlaufen. Die Berufs- und Familienbiografie der Männer dieser Untergruppe entspricht den eigenen Aspirationsniveaus, zu deren Erreichung sie konventionelle Wege gingen. Ihre Generation hatte gute Start- und Bildungschancen, denen sie zielstrebig folgten: Sie wählten den Weg von harter Arbeit, Weiterbildung und Familienkarriere und verwirklichten sich so den Traum eines bürgerlichen Lebens.

Im Vergleich zur ersten Untergruppe haben die Befragten der zweiten Untergruppe ein mittleres Alter erreicht (Jahrgänge: 1956, 1963 und 1964) und sind entsprechend noch als Lehrkraft, Arbeiter/Biolandwirt und Kulturschaffender mit Gelegenheitsjob in einem Verein berufstätig. Sie sind mit ihrer Arbeit und ihrem Verdienst zufrieden und erzählen von kollegialen Beziehungen und Freundschaften am Arbeitsplatz und im Privatleben. So heißen sie uns in den eigenen vier Wänden willkommen, sind »immer erstaunt über [ihren] Kontostand, im positiven Sinne« (WN05) oder treffen uns, wie ein anderer Befragter, in ihrem »Stammlokal«, das zwei Kilometer von ihrer Wohnung entfernt ist und im »sogenannten Speckgürtel« (SH23) der Stadt liegt. Der dritte Befragte bezeichnet sein Unternehmen als »Familie« und erklärt uns: »Ich denke, ich bin in einer ganz komfortablen Situation, dass ich bei [Firmenname] zurzeit noch gut Geld verdiene, als gelernter Landwirt, ungelernter Industriearbeiter eigentlich« (ZV22).

Was die soziale Flugbahn und die sozialstrukturelle Dynamik der berufs- und familienbiografischen Erzählung angeht, ist die zweite Untergruppe heterogener als die erste. Anders als bei dieser ist die Berufsbiografie der Befragten der zweiten Gruppe weniger gradlinig und unterscheidet sich von den »Normalbiographien« der ersten Untergruppe.

Ein Befragter konnte nach dem Hauptschulabschluss zunächst eine Ausbildung machen und wurde danach selbständig: »Meine Handelsvertretung lief dann nicht mehr [...], weil es betriebsintern, also der Markt brach ein, weil es eben immer mehr diese Computertechnik gab« (SH23). Daraufhin hatte er »das Glück«, Anstellung in einem Verein zu finden und wurde über Umwege zum Kulturschaffenden in leitender Funktion. Gelegentlich jobbt er auch heute noch im Verein. Auch die zweite Person machte

zunächst den Hauptschulabschluss. Zum Zeitpunkt des Interviews leidet er unter seiner Doppelbelastung: Einerseits arbeitet er seit über 30 Jahren im selben Betrieb, andererseits bewirtschaftet er den eigenen Familienhof:

»Ich gehe acht Stunden zu dem blöden Laden, wo ich überhaupt nicht mehr hinwill. Ich möchte eigentlich leben und das Haus von Grund auf versorgen mit einfachem Leben, aber ich bin in einem Hamsterrad drin, die Familie braucht das Geld.« (ZV22)

Bessere Start- und Bildungschancen hatte die dritte befragte Person dieser Untergruppe. Sie ist in der DDR groß geworden, konnte dort ihr Abitur machen und später studieren: »Wir gehörten also zu den oberen 10 000 in der DDR, aus diesem Milieu komme ich. Mit vorgeschriebenem Lebensweg, mit vorgeschriebener politischer Richtung« (WN05). Sie rebellierte gegen die Eltern und studierte ein Fach ihrer Wahl. Sie heiratete das erste Mal und bekam Kinder. Nach der Wende und einigen Jahren Elternzeit konnte sie ihren Beruf nicht weiter ausführen: »[Dann] habe ich erstmal viele Jahre nichts gemacht, ich habe nochmal einen neuen Beruf gelernt, bin Immobilienmakler geworden, habe ein bisschen Geld verdient«. Später ließ sie sich als Lehrkraft fortbilden und schaut auf eine wechselhafte Karriere zurück.

Anders als die Männer der ersten Untergruppe berichten alle drei von aktuellen oder vergangenen beruflichen Sorgen, sind, weil sie zu viele Steuern zahlen mussten, »vom Einkommensniveau unter die Sozialhilfe gefallen« (WN05), haben Teile ihre Altersvorsorge in »Aktien und Fonds« verloren (SH23) oder beobachten die betriebswirtschaftlichen Entwicklungen ihres Arbeitgebers mit Sorge:

»Wir sind keine Familie mehr. Familienmitglied [Firmenname]. Wir sind keine AG-Mitglieder mehr. [...] Die bringen uns an die Börse, und irgendwann schlägt [Firmenname] oder irgendein anderer Interessent zu und verleiht sich die Sache ein. Wo wir als Mitarbeiter dann rauskommen, interessiert keinen!« (ZV22)

Die Befragten dieser Untergruppe erzählen häufiger von ungewollten Berufswechseln und Mehrfachbeschäftigung, von institutionellen Schwierigkeiten, gelegentlicher Selbständigkeit und allgemeinen Sorgen um die Zukunft. Diese beruflichen Verunsicherungen spiegeln sich auch in ihrem Misstrauen gegenüber den Gewerkschaften wider. Im Gegenteil zur ersten Untergruppe geben alle drei an, »kein« Vertrauen in diese zu haben. Gleichzeitig standen ihnen die institutionellen Mittel zur Verfügung, sich auch in schwierigen Zeiten zu bewähren. Durch Eigeninitiative, Fortbildungsmöglichkeiten und soziales Kapital konnten sie negative Entwicklungen abfedern und sich in vergleichsweise sicheren Arbeitsverhältnissen einrichten. Bildungssystem, soziale Marktwirtschaft und Sozialstaat hielten nicht immer, was sie versprachen, und sie musste sich in ihrer Berufslaufbahn umorientieren – was ihnen in der Regel gelang.

Diese institutionelle Entsicherung ihrer Berufsbiografie korrespondiert mit einigen Aspekten ihrer familienbiografischen Erzählung. Zum Zeitpunkt des Interviews sind alle drei verheiratet und leben mit Ehepartner\_innen oder Ehepartnern sowie den

Kindern unter einem Dach. Bei einer Befragten ist das letzte Kind vor kurzem zum Studieren ausgezogen. Im Vergleich zur ersten Untergruppe ist ihre Familiensituation allerdings weniger »bürgerlich«, sondern durchzogen von »Patchwork-Verhältnissen«. Ein Befragter lebt mit seiner Frau und den Stiefkindern zusammen. Er selbst bezeichnet sich als »bevölkerungspolitischen Blindgänger«: Schon in jungen Jahren wusste er: »Ich will keine Kinder haben, [...] ich kann es nicht verantworten selber Kinder in die Welt zu setzen« (SH23). Der zweite Befragte lebt zwar in einem »traditionellen« Familienhaushalt, problematisiert aber den großen Altersunterschied zu seiner Ehefrau, erzählt von einer abgewendeten Ehekrise und Auseinandersetzungen mit seinen Kindern (ZV22). Die dritte Befragte hat schon früh eigene Kinder bekommen und war mehrmals verheiratet. Ihren aktuellen Ehemann lernte sie vergleichsweise spät kennen (WN05).

Anders als bei der ersten Untergruppe sind ihre Ehepartner\_innen berufstätig, was die beiden Männer dieser Untergruppe – beide deuten an, von ihren Ehefrauen ökonomisch abhängig zu sein – in eine »bessere« Vergangenheit blicken lässt: Der eine wünscht sich die »60er Jahre wieder ins Haus, da hätten wir mit dem Verdienst gut leben können [als] Alleinverdiener« (ZV22), während der andere die eigene Kindheit verklärt: »Damals gab es das noch nicht so wie heute, da war es genau umgekehrt, der Normalzustand war, dass eine Mutter zu Hause war, die Kinder großgezogen haben, der Mann ging arbeiten. Aber das hat sich ja auch geändert« (SH23). Aus wohlhabenden Verhältnissen kommend, deutet die dritte Befragte an, schon früh entsprechend geheiratet zu haben. Sie erzählt uns, dass ihr »damaliger Mann« (WN05) eine Funktion innerhalb der FDP übernommen hatte. Unter diesen Voraussetzungen konnte sie Kinder kriegen und sich – nachdem sie ihren Job verloren hatte – auf dem Arbeitsmarkt umorientieren.

Berufseinstieg, Eheschließung und Familiengründung fallen bei dieser Untergruppe nicht in den gleichen Lebensabschnitt oder sind zeitlich begrenzt: Anders als bei der ersten Untergruppe sind Berufs- und Familienleben in gewisser Weise entkoppelt und entfalten sich unabhängig voneinander. Von einer »Familienkarriere« – wie bei den Männern der ersten Untergruppe – kann bei den Männern der zweiten Untergruppe jedenfalls nicht die Rede sein. Bei der dritten Person kommt es zur Scheidung.

Aller Verunsicherungen zum Trotz: Zum Zeitpunkt des Interviews lebt auch die zweite Untergruppe der autoritären Innovatoren in vergleichsweise stabilen Familienverhältnissen. Hier erfahren sie – genau wie die erste Untergruppe – sozialen Anschluss und Integration. Obwohl es ihnen wirtschaftlich nicht unbedingt besser als ihren Eltern geht, konnten auch sie beruflich und familiär eigenständige Wege einschlagen und sich individualisierte Aspirationsniveaus aneignen. Die Institutionen der Ehe und Familie ermöglichten ihnen zwar keine »Familienkarriere«, gaben ihnen aber Stabilität und ökonomische Sicherheit. Auch ihnen gelang die Herauslösung aus der Herkunftsfamilie. Anders als die Männer der ersten Untergruppe konnten sie eine »entsicherte« Individualisierung durchlaufen.

### 5.1.2 Politische Sozialisation

Neben den berufs- und familienbiografischen Erzählungen interessierte uns auch die (politische) Sozialisation der Befragten. Auch hier lassen sich einige Unterschiede zwischen den beiden Untergruppen der autoritären Innovatoren rekonstruieren. Danach gefragt, erzählen die Männer der ersten Untergruppe eher von Kontinuitäten als von Auflehnung und Brüchen. Alle drei berichten von einer familienbedingten Verbundenheit mit den Volksparteien. Zwei von ihnen kommen aus »Arbeiterfamilien«, der dritte vom Bauernhof. Er erzählt uns, »vom Umfeld her konservativ geprägt« worden zu sein: »Ich würde einfach sagen, man war unpolitischer. Auf eine Art man hat CDU gewählt und alles war gut« (XX17). Die beiden Personen aus Arbeiterfamilien erzählen uns zudem vom direkten Einfluss der väterlichen Berufsklasse auf seine politische Einstellung und ferner auf die des Sohnes: »Es ist die Prägung vom Vater: Der Vater war ein SPD-Mann und die Arbeiter im Dorf waren SPD-Leute und das prägt einen erstmal« (SK09). Die Mutter bleibt in den Ausführungen hinter dem Vater zurück. In zwei Fällen wird sie als Hausfrau und in einem Fall als Arbeiterin beschrieben:

»Nach dem Krieg musste er wieder klein anfangen und da war er ja, in einer Gärtnerei beschäftigt oder vorher als Schreiner und die Mutter ging in die Spinnerei, also als Arbeiter und waren entsprechend SPD-Wähler, beide jahrzehntelang.« (SU34)

Wie ihre Eltern haben auch sie die längste Zeit ihres Lebens die SPD gewählt. Heute wählen sie die AfD, um »der Politik Beine zu machen« (SU34). Die »konservativ geprägte« Person zeigt sich angesichts ihrer Wahlpräferenzen verschlossen: Er hat lange die CDU gewählt und gibt an, »wenn es [ihm] möglich wäre«, heute die CSU zu wählen (XX17). Wen er tatsächlich wählt, möchte er uns nicht mitteilen.

Die Männer dieser Untergruppe wählten aus (familiärer) Tradition, nicht aus Unzufriedenheit: Die langjährige Wahl der Volksparteien war auch eine Zustimmung zu Politik und Gesellschaft, die ihnen Aufstieg und Wohlstand ermöglichten. Dementsprechend verstehen sich die Männer dieser Untergruppe durchaus als begünstigt vom sozialen System der Bundesrepublik und zeigen sich rückblickend – aller politischen Unzufriedenheit zum Trotz – zufrieden mit den politischen Errungenschaften, die die Sozialdemokratie ursprünglich erreicht hatte: »Ich hatte den Vorteil [von] 45 Berufsjahre. Das hat die SPD zustande gebracht [...]« (XX17). Mit Blick auf den sozialen Aufstieg seiner Familie, erklärt uns ein anderer Befragter:

»Wenn man das alles so erlebt hat diesen ständigen Aufstieg und da war ja auch häufig die SPD dahinter gestanden von der Regierung her. Da fand man das gut und toll und jedem ging es besser, bis dann die Nachdenkphase kam.« (SU34)

Ihrer erfolgreichen Bildungs- und Berufskarriere entsprechend geben sie an, »viel« Vertrauen in die Schulen und Hochschulen sowie in die Gewerkschaften zu haben.<sup>21</sup> Alle berichten zudem davon, in Vereinen oder im Ehrenamt tätig zu sein.

Allem Aufstieg und Wohlstand zum Trotz überkommt die Männer dieser Untergruppe angesichts der Gegenwart und Zukunft ein diffuses Gefühl der Verunsicherung und Angst, das sich vor allem in asyl- und migrationspolitischen Fragen zum Ausdruck bringt. Nach relevanten Erfahrungen und Ereignissen in dieser Entwicklung gefragt, erklärt uns eine Person: »Ich war viele Jahre kein sehr Kritischer, habe eben aufgenommen, was den Medien so zu entnehmen war und so weiter«, und fährt recht unpräzise fort: »Vor etwa 10 oder 15 Jahren ist bei mir, sind mir die Dinge einfach spanisch vorgekommen, was einem immer so vorgekauft wird«. In diesem Zusammenhang kommt er vor allem auf die Berichterstattung zum »Jugoslawienkrieg« zu sprechen: »Da hat man so richtig gemerkt, dass das zensiert ist, was da kommt« (XX17). Ein anderer Befragter kommt hier einerseits auf die »Einwanderungspolitik« und die »Kölner Nacht [meint die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht 2015]« und andererseits auf die Mehrwertsteuererhöhung von 2007 zu sprechen: »Ich persönlich habe mich also belogen gefühlt, richtig belogen: Die eine Partei sagt ein Prozent Mehrwertsteuer mehr, die andere sagt zwei und am Schluss waren es drei« (SU34). Der dritte bringt seinen Gesinnungswandel mit dem Niedergang der SPD und dem Ende seines Arbeitslebens in Verbindung. Diese Erfahrungen und Ereignisse, die vor der »Flüchtlingskrise« lagen und auch im Kontext der Austeritäts- und Außenpolitik standen, waren für sie ein Signal der Widerruflichkeit der sozialen und politischen Stabilität, in der sie ihren Lebensverlauf gestalten konnten.

Im Vergleich dazu waren die Befragten der zweiten Untergruppe vergleichsweise früh politisch aktiv und wurden zum Teil auch so erzogen. In ihrer Biografie laufen sie der späten Politisierung der ersten Untergruppe entgegen, was sich auch in unterschiedlichen Wahlbiografien niederschlägt.

Ein Befragter erzählt uns, aus einem »konservativen« Haushalt zu kommen. Über Politik ist in seiner Kindheit »eigentlich nicht gesprochen worden«. Anders als die Befragten der ersten Untergruppe erzählt er uns aber auch, dass er schon »in jungen Jahren Führungsaufgaben übernehmen [wollte], kommunalpolitisch«. Er ging in Opposition zur konservativ geprägten Politik seiner »Gemeinde« und kandidierte für ein öffentliches Amt. Obwohl ihm das Programm der Grünen am nächsten steht und er im Kontext der Biolandwirtschaft ins »grüne Lager« gewechselt ist, wählt er heute die AfD. Die anderen beiden Personen kommen aus explizit linken Haushalten und sind entsprechend erzogen worden. Ein Befragter verweigerte den Kriegsdienst, weil »die Bundeswehr wirklich da sehr rechts unterwandert war, von echten Altnazis« (SH23) und trat schon in den 1970er Jahren auf einer Kanada-Reise Greenpeace bei. Er erzählt

---

<sup>21</sup> Die beiden SPD-nahen Personen waren zudem eine Zeitlang in Gewerkschaften aktiv. Nach seiner Rolle als gewerkschaftlicher »Vertrauensmann im Betrieb« gefragt, erklärt uns ein Befragter: »Mir war es immer wichtig, dass ich meinen Job richtigmache, das war oberste Priorität« (SU34).

uns, schon früh bei den »Jusos« und langjähriges SPD-Mitglied gewesen zu sein, gleichzeitig aber wegen des »ökologischen Ansatzes« lange Zeit die Grünen gewählt zu haben. »Vor lauter Wut über diese Agenda-Politik« trat er Anfang der 2000er aus der SPD aus. Die andere Befragte wuchs in der DDR auf und engagierte sich bis zum Mauerfall in der Reformbewegung. Im Laufe ihres Lebens war sie zudem immer wieder in ökologischen Kontexten politisch aktiv. Obwohl sie zum Teil ähnliche Positionen vertreten, geben beide an, nicht die AfD, sondern die »Tierschutzpartei« (SH23) oder die »Partei für das bedingungslose Grundeinkommen« (WN05) wählen zu wollen.

Anders als bei der ersten Untergruppe spielen politisches Engagement und der Wunsch nach Selbstverwirklichung bei der zweiten Untergruppe eine größere Rolle. Eine Person lebt »autark« und im Sinne einer »gewissen Konsumverweigerung«: »Wir brauchen viel Raum für uns, das ist unser Luxus. Ansonsten machen wir weitgehend alles selber, von den Möbeln angefangen, die wir aufarbeiten. Also wir brauchen keine Supermärkte« (WN05). Ein anderer berichtet davon, dass er für eine Zeit nach »Kanada gegangen [ist], weil er es in Deutschland nicht so gut [fand]« (SH23). Die dritte Person verwirklicht sich als leidenschaftlicher »Biolandwirt« selbst:

»Ich bin in Europa 40 000 Kilometer gefahren, um die Entscheidung zu treffen, mache ich jetzt Biolandwirtschaft oder nicht. Ich hab' einen Leidensweg hinter mir, mit meinem Biohof, aufgrund der kaputten Böden, die wir uns erwirtschaftet haben mit der konventionellen Landwirtschaft und das verbindet mich mit Campact am stärksten.« (ZV22)

Nicht Vereinsarbeit und Ehrenamt, sondern Nichtregierungsorganisationen, politische Initiativen und/oder Kirchen boten ihnen die Möglichkeit, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren. Während die Männer der ersten Untergruppe dem Typ eines christ- und sozialdemokratischen Konservatismus der 50er und 60er Jahre entsprechen, politisierten sich die Personen der zweiten Untergruppe im Kontext der politischen Kämpfe der 80er Jahre und waren hier schon früh aktiv. Ihre politische Entfremdung mit den Volksparteien fand entsprechend schon früher statt. Die dritte befragte Person kommt in diesem Zusammenhang vor allem auf den Systemwechsel nach der Wende zu sprechen:

»Nach der Wende habe ich erstmal gedacht: »es gibt Gerechtigkeit«, musste dann aber sehr schnell sehen [...], dass wir keine Gerechtigkeit bekamen, sondern einen Rechtsstaat. Und der Rechtsstaat nicht unbedingt die Interessen aller Bürger vertritt.« (WN05)

Auch von der Austeritätspolitik der 2000er Jahre und ihren Folgen sind die beiden Untergruppen in unterschiedlicher Art und Weise betroffen. Die erste Untergruppe profitierte noch vom Aufstieg der Sozialdemokratie, von harter Arbeit und der Familienkarriere und nahm den antizipierten Verfall aus gesicherten Verhältnissen wahr. Die zweite Untergruppe wurde zum unmittelbaren Zeugen jenes Verfalls, gewann aber auch neue Freiheiten dazu und verwirklichte sich selbst. Auffällig ist, dass den Personen der

zweiten Untergruppe sozioökologische Probleme und nachhaltige Lebensweise wichtiger sind und ihre politische Sozialisation maßgeblich beeinflusst haben.

### 5.1.3 Politische Meinung und zivilgesellschaftliche Praxis

Die soziale Flugbahn ihrer biografischen Erzählung spiegelt sich auch in der gesamtideologischen Entwicklung der autoritären Innovatoren wider. Wie bei allen Befragten der Studie zeigen auch sie ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber den bundesdeutschen Parteien und Parlamenten sowie der Europäischen Union. Im Fragebogen geben alle an, diesen Institutionen »wenig« bis »kein« Vertrauen entgegenzubringen. Anders als die regressiven Rebellen vertrauen sie allerdings dem Bundesverfassungsgericht und der kommunalen Verwaltung. Ungewählten Institutionen wie Gerichten und Kirchen trauen sie eher als gewählten. Ein eindeutiger Unterschied zwischen den beiden Untergruppen lässt sich nur hinsichtlich der Gewerkschaften zeigen: Ihrer berufsbiografischen Erzählung entsprechend gibt die erste Untergruppe an »viel« Vertrauen zu haben, während die zweite »wenig« hat. Insgesamt ist das Vertrauen bei den Männern der ersten Untergruppe etwas ausgeprägter als bei den Personen der zweiten, im Vergleich zu den Rebellen aber immer noch relativ hoch. Auch bei den autoritären Innovatoren ist das Vertrauen in die Institutionen der Demokratie gebrochen, bezieht sich aber vor allem auf die politischen Institutionen und stellt sich insgesamt differenzierter dar. Von einer grundsätzlichen Ablehnung des Institutionengefüges kann jedenfalls nicht die Rede sein.

Das zeigt sich auch in ihrem Vertrauen gegenüber den etablierten Medien: Zwar geben nur zwei Personen an, diesen »viel« Vertrauen entgegenzubringen, anders als die regressiven Rebell\_innen beziehen sich die autoritären Innovatoren jedoch weiterhin auf sie und nehmen am öffentlichen Diskurs teil. In einigen Fällen schauen sie täglich die »Tagesschau« (SK09; SU34) oder beziehen sich auf »Fernsehdokumentationen« (SU34; SH23), in anderen Fällen lehnen sie das Fernsehen zwar ab, hören aber »Deutschlandfunk« (WN05) oder lesen »etablierte« Zeitungen. In drei Fällen nehmen sie auch Bezug auf Online-Blogs und/oder YouTube-Videos, deren Inhalte sie in ihre Argumentationen einbauen. Anders als bei den regressiven Rebellen ersetzen diese jedoch nicht ihren »etablierten« Medienkonsum. Ihre Kritik ist ausgewogener und führt zu keiner grundlegenden Infragestellung medial vermittelter Realität.

Dieser typologische Unterschied tritt auch in der Sprache und Praxis der Befragten auf: Die autoritären Innovatoren sind konventionenorientierter als die regressiven Rebellen. In den Interviews sind sie stets darum bemüht, einen sachlichen Standpunkt zu beziehen und werden kaum ausfallend. Sie bewegen sich die meiste Zeit betont im Rahmen des (vermeintlich) »Sagbaren« und am rechten Rand der öffentlichen Meinung. Stellvertretend für viele der autoritären Innovatoren, erklärt uns ein Befragter, er wolle nicht als »Einzelkämpfer, mit seiner Meinung« (XX17) auftreten. Auch sie berichten verdrossen von Rassismus- und Nazismus-Vorwürfen sowie von politischen Auseinandersetzungen im Alltag, auf der Arbeit sowie im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis. Anders als die regressiven Rebellen nehmen sie solche Zurückweisungen jedoch als Missverständ-

nis wahr, halten sich bewusst mit ihren Meinungen zurück und passen sich an die jeweilige Gesprächssituation an. Konformitätsdruck und die Sorge um das eigene Ansehen bestimmen weiterhin ihre Sprache und Praxis. Ein Befragter berichtet von einem Gespräch mit einem befreundeten Ehepaar, in dem er sich zu seiner AfD-Nähe in der »Ausländerfrage« bekannte, dabei auf Widerspruch stieß und »das Thema halt gelassen [hat]«. Hier beruft er sich auf Meinungsfreiheit und Demokratie, »weil wir wussten, das ist eine andere Meinung, die akzeptieren wir als eigentlich doch gute Demokraten« (SU34).

Vereinfacht gesagt, begreifen sich die autoritären Innovatoren als Teil der existierenden sozialen und politischen Ordnung, zu deren Werten und Normen sie sich bekennen und in deren institutionellen Rahmen sie sich bewegen: Sie zahlen selbstverständlich Steuern und Gebühren, gehen pflichtbewusst zur Wahl, schreiben bei Meinungsverschiedenheiten E-Mails an Kommunal- und Landespolitiker\_innen oder besuchen politische Veranstaltungen. Sie sind in Sport- und Kirchenvereinen tätig, im Elternrat vertreten oder engagieren sich ehrenamtlich in der kommunalpolitischen oder gewerkschaftlichen Arbeit. Gleichzeitig kritisieren sie die tradierten Kanäle der politischen Interessenartikulation als nicht (mehr) responsiv für die Belange der Wahlbevölkerung: Um Politik und Gesellschaft zu beeinflussen, wählen sie auch neuartige und für sie unkonventionelle Wege der Mitbestimmung. Sie engagieren sich kommunalpolitisch (gegen ein lokales Flüchtlingsheim), innerhalb der Vereinsarbeit (gegen Kopftuchtragende) und bei der Arbeit (gegen eine AfD-kritische Petition). In zwei Fällen sind ihre Handlungen widersprüchlich. Die Befragten wollen zwar, dass Flüchtlinge nur sehr begrenzt einreisen dürfen, betreiben aber mit den bereits eingereisten eine aktive Caritas und Formen (exkludierender) Solidarität (Wagner 2019): Trotz ihrer Abwehrhaltung leisten sie Integrationsarbeit (ehrenamtliche Sprachkurse) oder unterstützen eine syrische Familie in Aleppo, »[w]eil ich möchte, dass sie dort bleiben« (WN05). Darüber hinaus halten viele der autoritären Innovatoren – auch ohne aktive Teilnahme – Demonstrationen und Protest für notwendig und fordern mehr Bürgerbeteiligung oder basisdemokratische Erneuerungen der gesellschaftspolitischen Ordnung. Hier zeigen sie sich als auch im Internet aktiv, unterstützen Campact und unterschreiben Petitionen. Alle außer einem Befragten geben zudem an, »viel« bis »sehr viel« Vertrauen in Bürgerinitiativen zu haben. Trotz seinem Misstrauen erklärt jedoch auch er uns:

»Also der Einzelne hat gar nichts, und ich sage jetzt mal, der Deutsche macht sowieso sehr wenig. Es geht ja keiner auf die Straße, da kann es noch so schlimm sein. Es ist eigentlich auch ein Negativum, wo ich jetzt sehe, dass keiner mehr auf die Straße geht. Und dann ist irgendwie jetzt Campact jemand, der eben auf die Straße geht.« (SK09)

Die politische und soziale Ordnung der Bundesrepublik wird von den autoritären Innovatoren nicht als solche in Frage gestellt, sondern soll sich institutionell reformieren und insbesondere in Flucht- und Migrationsfragen autoritärer werden. Dafür nehmen die Befragten auch neuartige, institutionelle subversive Mittel in Kauf. Vor dem Hintergrund ihrer (politischen) Biografie und – in vielen Fällen – langjährigen

sozial- und christdemokratischen Überzeugungen sind die beschriebenen Meinungen und Engagementformen durchaus als Innovation zu verstehen.

#### 5.1.4 Funktion des Vorurteils

Im Anschluss an die *AP* interessieren wir uns auch für den Inhalt und die Struktur der Vorurteile. Hier lassen sich die typologischen Unterschiede zwischen den autoritären Innovatoren und regressiven Rebellen weiter verdichten. Alle 16 Befragten griffen in verschiedener Intensität und Ausprägung in den Interviews auf Vorurteile und Stereotype zurück. Ihrer »tendenziellen Zufriedenheit mit der eigenen sozialen Lage entsprechend« weisen die autoritären Innovatoren – anders als die regressiven Rebellen – eine gewisse Ähnlichkeit mit dem auf, was Adorno das »konventionelle Syndrom« nennt: »Dieses Syndrom verkörpert eine Stereotypie, die zwar von der Außenwelt geprägt ist, aber in der Charakterstruktur als wesentlicher Bestandteil einer allgemeinen Konformität integriert ist« (Adorno 1995: 319). Er fährt fort: »[I]nfolge [der] vorbehaltlose[n] Anerkennung der Werte der Zivilisation und des ›Anstandes‹ fehlen gewalttätige Impulse« (ebd.: 320), und vorhandene Feindseligkeit wird »durch [eine] generelle Konformität und [...] erklärte Achtung vor ›unserer Staatsform‹ [gedämpft]« (ebd.: 321). Gleichzeitig überkommt sie – allem Aufstieg und aller Sicherheit zum Trotz – angesichts der Gegenwart und Zukunft ein diffuses Gefühl der Verunsicherung und Angst, das sich vor allem in asyl- und migrationspolitischen Fragen zum Ausdruck bringt. In unterschiedlicher Ausprägung und Intensität werden Vorurteile hier auch emotional besetzt und können irrationale Züge annehmen. Dabei dienen sie nicht (mehr) nur »als Mittel zur sozialen Identifikation«, sondern übernehmen – wie wir noch sehen werden – auch eine »ökonomische Funktion in der eigenen Psyche des Individuums« (ebd.: 323). Stärker noch als bei den Rebellen kommt es bei den Innovatoren zum Konflikt zwischen jener allgemeinen Konformität und ihren Vorurteilen.

Das bringt ein Befragter auf den Punkt. Im Laufe des Interviews beschreibt er seine Einstellung immer wieder als »wertkonservativ« und betont seinen »ideologiefreien« bzw. »neutralen« Standpunkt. Um seine Meinung zu rechtfertigen, nimmt er – was typisch für die autoritären Innovatoren ist – auf das Indefinitpronomen »man«, auf »Fakt[en]« und ferner auf Personen aus seinem Freundes- und Bekanntenkreis Bezug:

»Oder eben auch die Bedrohung, die es ja tatsächlich gibt, von den vielen Menschen, die hier ins Land gekommen sind, das kann man doch auch sagen, ohne dass man AfD-Wähler ist, das ist ja Fakt. [...]. Und ich kenne viele, viele Menschen, die die sogenannten bürgerlichen Parteien immer gewählt haben und die dahin tendieren, jetzt AfD zu wählen, weil sie es in ihrem Alltag tagtäglich erleben, dass durch diese vielen Menschen, die ins Land gekommen sind aus anderen Kulturkreisen, dass sie erhebliche Probleme damit haben [...]. Und das höre ich mir manchmal auch an aus dem Freundeskreis und sag dann ich mir, ›Ou, da stimmt was nicht mehr in unserem Land‹ [...].« (SH23)

Neben dieser allgemeinen Konformität, die bei den autoritären Innovatoren ausgeprägter ist als bei den regressiven Rebellen und ihre Sprache und Praxis beherrscht, lassen sich hier auch einige Unterschiede zwischen den Männern der ersten und den Männern der zweiten Untergruppe rekonstruieren, die in Korrespondenz mit ihrer sozialen Flugbahn und soziopolitischen Sozialisation stehen.<sup>22</sup>

Wie für die Männer der ersten Untergruppe typisch bringt ein Befragter seine Abwehraltung gegenüber Geflüchteten vor allem in Form von moralischer Empörung zum Ausdruck. Er erzählt uns, »schon am Anfang« im Verein die Frage gestellt zu haben: »Wieso fliehen eigentlich junge Männer? Und die Frauen und Kinder bleiben zurück und sind gefährdet?« (XX17).<sup>23</sup> Dieses weitverbreitete Vorurteil widerspricht seinen Familien- und Männlichkeitsvorstellungen: »Normalerweise ist es umgekehrt: Die Frauen und Kinder bringt man in Sicherheit und dann kämpft man für seine Sache. Hallo? So ist es.« Ihrer privilegierten Position entsprechend, halten die Männer dieser Untergruppe an klassischen Vorstellungen von Integration fest. In diesem Zusammenhang unterscheiden sie häufig zwischen etablierten »Fremdgruppen« und solchen, die aufgrund von abweichendem Verhalten marginalisiert und ausgegrenzt werden sollen. Integration wird einseitig als Sache der »Fremdgruppen« und vor allem als Aneignung institutionalisierter Werte und Normen vorgestellt. So ist es dem gleichen Befragten auch wichtig, zwischen der »Zuwanderung aus früheren Jahren« und den »Wirtschaftsflüchtlingen«, »die jetzt seit zwei, drei Jahren kommen«, zu unterscheiden. Anders als diese hätten sich jene angepasst und wären nicht mit falschen Anspruchshaltungen nach Deutschland gekommen. Wie für diese Untergruppe typisch, sind – neben der Sprache – Arbeit und Familie die entscheidenden Integrationskriterien: »Ich meine die einfach zum Arbeiten gekommen sind, Familie gegründet haben und so weiter. Die sind da und sind zu Recht da« (XX17). Obwohl sie es seltener explizit machen, geht es ihnen dabei vor allem um muslimische Minderheiten. Das wird deutlich, wenn der Befragte als Beispiel für »integrierte Ausländer« auf ehemalige Arbeitskolleg\_innen zu sprechen kommt, mit denen er, obwohl er nie danach fragte, »ob sie jetzt praktizierende Muslime sind oder was auch immer«, gut und gerne zusammenarbeitete: »Aber da würde ich sagen, das ist schon eher, Elite ist der falsche Begriff, aber eine Gruppe die weiter ist als andere« (XX17).

---

<sup>22</sup> Für die dritte befragte Person dieser Untergruppe spielen Vorurteile und Stereotype im Gesamtzusammenhang des Interviews eine untergeordnete Rolle. Sie selbst war »schon früh« in der kirchlichen Flüchtlingshilfe engagiert: »Es waren überwiegend Familien, die damals hierhergekommen sind. Keine einzelnen oder wenig einzeln reisende junge Männer« (WN05). Aufgrund negativer Erfahrungen in dieser Zeit gab sie dieses Engagement bald darauf wieder auf. Sie erzählt uns von einer Auseinandersetzung mit einer männlichen, in ihren Augen geflüchteten Person, die sie beim Versuch, ihr Fahrrad zu stehlen, erwischt und zur Rede stellt: »Ich sah es von oben, habe auf Englisch runtergerufen: ›Das ist meins, lass es stehen [...]. Ich hole die Polizei!« (WN05). Zu ihrer Empörung reagierte der Geflüchtete, in dem er sagte: »Du kannst die Polizei nicht holen, ich bin Gast von Angela Merkel« (WN05). Anders als bei den Männern ist das Vorurteil gegenüber Geflüchteten nicht in gleicher Weise emotional besetzt und mehr von der Außenwelt geprägt. Antimuslimische Ressentiments artikuliert diese Befragte kaum.

<sup>23</sup> Wie wir in den vergleichenden Betrachtungen bereits erwähnt haben, spielen Geschlechterdifferenzierungen gerade im antimuslimischen Vorurteil eine zentrale Rolle in der Vorstellungswelt der Befragten. Hier lassen sich auch typenspezifische Unterschiede herausarbeiten, die an dieser Stelle nur angedeutet werden können.

Solche Abwertungshierarchien sind für die Männer der ersten Untergruppe von besonderer Bedeutung. Hier können ihre Erfahrungen dem Vorurteil widersprechen, ohne dass sie ihre Abwehrhaltung gegenüber Geflüchteten aufgeben müssten. So unterscheidet ein anderer Befragter denn auch zwischen den eigenen Nachbarn, »die Frau trägt schonmal kein Kopftuch«, und den »sogenannten Gastarbeitern« auf der einen und »so ganz negative[n] Beispiele[n], wie muslimische[n] Einwanderer[n], die dann 21 Kinder haben und im Monat angeblich 30 000 Euro insgesamt einnehmen,« auf der anderen Seite. »Fremdgruppen« fallen ihm im Alltag immer wieder »unangenehm« auf: Sie stehen im Kaufhaus »im Weg rum«, »schmeißen auch Abfälle weg«, »kommen mit bestimmten Vorstellungen [...] und wenn sie das dann nicht kriegen, dann fangen sie [an], das Hasch, also Drogen [zu] dealen« oder driften in die »Prostitution« ab (SU34). Insbesondere die in Deutschland vermeintlich überholte, rückständige Geschlechterordnung unter muslimischen Minderheiten löst zudem moralische Empörung aus. Über die meisten Gastarbeiter, »Jugoslawen, Griechen und Spanier, Italiener« – auf Türk\_innen kommt er in diesem Zusammenhang nicht zu sprechen – weiß er hingegen nur Gutes zu berichten: »Das waren keine Fremden, man hat mit denen zusammengelebt, jeder hat seinen Job gemacht und man war dankbar drüber«. Wie für die Männer dieser Untergruppe typisch, geht es ihm dabei nicht nur um die Abwehr von (noch) nicht etablierten »Fremdgruppen«, sondern auch um den Erhalt einer sozialen Rangordnung, in der sich bestimmte Minderheiten ihren Platz in der Mehrheitsgesellschaft zwar verdienen konnten, sozialer Aufstieg und Wohlstand aber der einheimischen Bevölkerung vorbehalten blieb. So fügt dieser Befragte hinzu: »Weil damals mussten wir ja sagen, die Deutschen waren sich zu manchen Arbeiten zu fein« (SU34). In diesem Vorurteil spiegelt sich auch ihre Zustimmung zur »alten« Bundesrepublik wider, in der sie selbst einen sozialen Aufstieg erfahren konnten. Während die Gastarbeiter\_innen für die Männer dieser Untergruppe eine Erinnerung an die eigenen, selbst erarbeiteten Privilegien sind, verkünden die »neuen« Fremdgruppen ihre – nur abstrakt empfundene – Erosion.

Das wird besonders deutlich bei der dritten befragten Person dieser Untergruppe. Sie kam selbst als Migrant nach Deutschland und musste sich »alle Jahre zur Ausländerbehörde« schleppen: »Dann haben die Ungarn rechts gedrückt, die Türken in der Mitte und hinten waren die Griechen« (SK09). Auch heute noch ist sein Verhältnis zu »Fremdgruppen« von einer solchen Rivalität geprägt. Auch ihm geht es um den Erhalt jener sozialen Rangordnung: Für seinen ehemaligen Betrieb sieht er die Gefahr, dass (insbesondere türkische) Minderheiten aufsteigen und sich organisieren: »Wenn alle Türken in unserer Fabrik ihren Kandidaten wählen würden, hätten wir zwölf Mann, zwölf türkische Leute im Betriebsrat«. Auch türkische Vorgesetzte mag er sich kaum vorstellen: »Jetzt stell ich mir mal Deutsche vor, so eine Gruppe, mit einem türkischen Chef. Das wird noch lange dauern, bis das geht«. Häufiger als die anderen beiden Männer dieser Untergruppe kommt er auch auf kriminelle Verhaltensweisen von »Flüchtlingen« und muslimischen Minderheiten zu sprechen. Mehr noch als bei diesen kann die moralische Empörung bei ihm auch in autoritäre Aggression umschlagen:

»Und dann hört man immer [...]: ›Ja, dem droht Folter da drüben.« Ja, warum denn? Weil er brav war? [...] Und wenn ihm Folter droht, dann soll er doch hier brav sein. Der kann doch brav sein, dann ist es doch in Ordnung, dann darf er hierbleiben. Aber wenn er dann hier noch sich einiges zuschulden kommen lässt, und nachdem er mehrfach verurteilt wird, kann man ihn nicht abschieben, weil ihm da drüben Folter oder Todesstrafe droht. Habe ich kein Verständnis dafür. Er hätte brav sein können.«

Der antimuslimische Rassismus kann bei ihm – weniger subtil – auch passiv-aggressive Züge annehmen. So berichtet er uns von einer Begegnung mit »fünf Burkas«: »Die haben nichts zu tun. Die rennen im Stadtpark rum und überall, rennen sie rum. [...]. Und zeigen dir, dass sie das dürfen. Und dass du denen nichts machen kannst« (SK09). Wie für die Männer der ersten Untergruppe typisch, stehen Vorurteil und Stereotypie auch hier im Dienste rigider Ordnungsvorstellungen und werden zur Verteidigung der eigenen Etabliertenvorrechte ins Feld geführt. So geht es dem Befragten auch um den Verlust seines vermeintlichen Vorrechts, sich als Mann beim Spaziergehen wohlzufühlen und ferner um eine vergangene Ordnung, in der (muslimische) Minderheiten im Stadtpark nicht sichtbar waren. Integration ist für die Männer der ersten Untergruppe nur solange möglich, wie sie die etablierte Kultur und die ihr eingeschriebenen sozialen Hierarchien und Etabliertenvorrechte nicht aufs Spiel setzt.

Etwas anders sieht es bei den Männern der zweiten Untergruppe aus. Ethnozentrismus und Xenophobie drücken sich bei ihnen (noch) expliziter in Form von antimuslimischen Vorurteilen und Stereotypen aus und können – anders als bei der ersten Untergruppe – auch verschwörungstheoretische Züge annehmen. Auch bei den Männern der ersten Untergruppe lassen sich vereinzelt Stellen finden, die auf eine gewisse Verschwörungsmentalität hinweisen und/oder Bedrohungsszenarien entwerfen. Anders als bei den Männern der zweiten Untergruppe spielen diese im Gesamtzusammenhang der Interviews allerdings eine untergeordnete Rolle.

Ein Befragter steht – wie er uns erzählt – auf der Arbeit im alltäglichen Austausch mit Mitgliedern verschiedener »Fremdgruppen«: »Es kommen keine Deutschen mehr am Arbeitsplatz an. Es kommen Osteuropäer, wir haben einen aus Doğu [Region in der Türkei, Anm. d. Verf.] zum Beispiel« (ZV22). Statt als arbeitsmarktbedingte, versteht er diese Entwicklung als demografisches Problem: »Es zieht sich total zu, wir haben keine Nachkommen mehr, keine deutschen Kinder«. Mit seinen Arbeitskollegen pflegt er kollegiale Beziehungen, bewundert deren traditionelle Einstellungen und versichert uns, dass er gegen »keinen Fremden« etwas hat, »wenn er kommt mit einem Beruf, macht seine Arbeit und lebt mit uns und er akzeptiert unsere Anführungszeichen abendländischen Werte«. Bei ehelichen Ausflügen in die Einkaufsstraßen einer Großstadt, macht er die folgende Beobachtung: »Viele Kinder laufen in [Stadtname] nicht mehr rum. Wenn dann sind es ausländische Bürger, die mit drei, vier Kinder dann kommen. [...] Und der Spruch ist Gesetz. Der Kinderwagen wird Deutschland verändern«. Anders als die Männer der ersten Untergruppe stellen die der zweiten klassische Vorstellungen von Integration (noch) grundsätzlich in Frage. Als Beispiel für eine gelungene Integration

kommt er nicht – wie die erste Untergruppe – auf seine Arbeitskollegen, Nachbarn oder Gastarbeiter zu sprechen, sondern auf »die Integration nach dem zweiten Weltkrieg«, »die Leute haben die Sprache gesprochen, und die Leute wurden ins Volk verteilt«. Ein ähnliches Modell schlägt er auch für die gegenwärtige Situation vor.

»Und heute will man dies mit den Fremden, die keine Sprache sprechen, die aus einer ganz anderen Kultur kommen, die keine Bildung haben oft, die will man so schnell integrieren. Unmöglich. Unmöglich! Man müsste, und da wäre ich bereit, wieder in die kleinste Zelle des Staates bringen, in die Familie.« (ZV22)

Der andere Befragte hat aufgrund seiner gesellschaftlichen Lage kaum Kontakt zu »Fremdgruppen«. Er vergleicht seine eigene Nachbarschaft »im Speckgürtel der Stadt« mit dem »ärmeren Stadtteil«, in dem sein Büro gelegen ist und der »sehr islamisch geprägt ist«: »Dann ist das schon eine Parallelwelt, die da echt auch entstanden ist. Da haben die Menschen ganz andere Kulturen« (SH23). Seiner politischen Sozialisation bei Greenpeace und im Kontext der Umweltbewegung entsprechend beschäftigt er sich vor allem mit Tierschutz und dem »Problem der Überbevölkerung«. Hier kommt es – wie wir im Kontext der vergleichenden Betrachtungen schon dargelegt haben – zu Konflikten zwischen seinem demokratischen Selbstverständnis und antimuslimischen Ressentiments. Einerseits kritisiert er den »Neoliberalismus«, erkennt »Fluchtursachen« an, steht für Religionsfreiheit ein und fordert »Weltfrieden« und »Demokratie« für alle. Andererseits spricht er von »Parallelgesellschaften«, »Weltislam« und einem allgegenwärtigen »Kampf der Kulturen«. Anders als die Männer der ersten Untergruppe erklärt er uns, dass Integration »schlichtweg aussichtslos« sei, »weil wir meines Erachtens viel zu viel Menschen in unser Land auch unkontrolliert reinlassen«. Vor dem Hintergrund der globalen Flüchtlingsströme stellt er sogar die »Genfer Flüchtlingskonventionen« in Frage: »Als die das ins Grundgesetz geschrieben haben, sind die damals von ganz anderen Voraussetzungen ausgegangen«. Statt Asyl zu gewähren, möchte er vor Ort »aufklären«. Vor allem das Kinderkriegen – gegen das er selbst sich entschieden hat – ist für ihn emotional besetzt und löst moralische Empörung aus:

»Ich bin auch nicht gegen Kinder, aber wir müssen doch verdammt nochmal die Menschen aufklären und es darf auch Religion denen nicht erzählen: ›Du musst noch mehr Kinder in die Welt setzen«, damit schadest du doch nur deinen Kindern, du tust doch deinen Kindern keinen Gefallen. Und wenn ich heute Flüchtlingsfamilien, die meinetwegen aus Syrien kommen, die fünf, sechs Kinder haben und diese Kinder ja auch schon dann gezeugt [haben], als da schon der Krieg war. Dann frage ich mich, was sind das Eltern, die diesen Kindern noch Leben schenken und den Kindern gar keine Perspektive geben können?« (SH23)

Anders als bei den Männern der ersten Untergruppe werden asyl- und integrationspolitische Fragen bei den Männern der zweiten Untergruppe auch in identitätspolitischen und sozioökologischen Kontexten thematisiert und nicht (nur) in sozioökonomischen und strafrechtlichen. Auch sie wollen Neuankömmlinge abwehren. Mehr noch als um den

Erhalt einer sozialen Rangordnung geht es ihnen aber um die Bedrohung einer vermeintlich christlich geprägten (und vor allem nicht muslimischen) Wohlstandsgesellschaft: »Weil wir ja hier immer noch irgendwie in einer sehr sozialen, friedlichen Welt leben, in einer Komfortzone der Welt eigentlich« (SH23). Weniger die Unterscheidung zwischen »neuen Fremdgruppen und etablierten Fremdgruppen« als die zwischen der »einheimischen« Bevölkerung auf der einen und muslimischen Minderheiten auf der anderen Seite ist für sie von Bedeutung. Trotz solcher inhaltlichen Unterschiede sind auch die Männer dieser Untergruppe – wie wir weiter oben schon angedeutet haben – an eine allgemeine Konformität gebunden. Der hohe Grad an beruflicher und familiärer Integration scheint auch bei ihnen eine weiterführende Radikalisierung zu verhindern.

## 5.2 Regressive Rebellen

### 5.2.1 Soziale Flugbahn und sozialstrukturelle Dynamik

Auch die regressiven Rebellen weisen in ihrer sozialen Flugbahn und der sozialstrukturellen Dynamik ihrer berufs- und familienbiografischen Erzählungen einige Charakteristika auf, die sie von den autoritären Innovatoren unterscheiden. Zum Zeitpunkt des Interviews sind die Rebellen im Vergleich zu den Innovatoren in der Regel sozioökonomisch und subjektiv deprivierter. Nur ein kleiner Teil lebt in Eigentumsverhältnissen und konnte sich bescheidenen Wohlstand erarbeiten. Ein größerer Teil wirkt »abgehängt« und lebt in vergleichsweise »prekären« Verhältnissen. Auch Versuche, sich selbst zu verwirklichen, scheiterten oder waren nur zeitlich begrenzt möglich. In ihrer Lebensführung müssen sie sich (zunehmend) einschränken und schauen pessimistisch in die eigene Zukunft. Statt von Aufstieg und Erfolg berichten die regressiven Rebellen häufiger von Abstieg und Stagnation. Eine Person lebt in Altersarmut, andere fühlen sich davon bedroht. Auch die Bessergestellten unter ihnen berichten häufiger von biografischen Verunsicherungen und alltäglichen Sorgen.

Anders als die autoritären Innovatoren waren die regressiven Rebellen die längste Zeit ihres Berufslebens im Dienstleistungssektor und in Berufen mit wenig organisationaler Interaktion und Kooperation mit Kolleg\_innen tätig: Sie sind oder waren unter anderem heilpraktischer Lebensberater, Physiotherapeut/Immobilienverwalter, Fitnesstrainer, Kraftwagenfahrer, Spediteur, Masseurin, Angestellte im öffentlichen Dienst oder Händler. Nur ein Befragter, der jetzt berufsinvalide ist, war ein klassischer Fabrikarbeiter. Die beruflichen Interaktionsbeziehungen der regressiven Rebellen sind in erster Linie auf die Kundschaft beschränkt. Sie erfahren, kurz gesagt, in ihrer beruflichen Praxis wenig Kooperation mit Kolleg\_innen (und damit auch wenig die Möglichkeit von Solidarität), vielmehr Herrschaft durch Vorgesetzte, Kund\_innen und den Markt. Von kollegialen Beziehungen und Freundschaften am Arbeitsplatz erzählen sie entsprechend nur in Ausnahmefällen, berichten aber häufiger von Konflikten mit Kund\_innen und dem Vorgesetzten. Zum Zeitpunkt des Interviews sind und waren viele von ihnen kaum beruflich eingebunden, sondern »anomisch entbettet«. Anders als die

Innovatoren geben nur drei von neun Befragten an – darunter eine invalide und eine selbständige Person –, Vertrauen in ihren Arbeitgeber zu haben.

Ein Teil der Rebellen ist aufgrund von Pensionierung und Invalidität nicht (mehr) erwerbstätig. Jener Generationenunterschied, der sich in den berufs- und familienbiografischen Erzählungen der autoritären Innovatoren zum Ausdruck bringt, kommt bei den regressiven Rebellen nicht in gleicher Weise zum Vorschein. Anders als bei den Männern der ersten Untergruppe der Innovatoren ist und war der Übergang ins Rentenalter für die regressiven Rebellen durch verstärkte Anomievulnerabilitäten gekennzeichnet.

Das bringt ein Befragter folgendermaßen auf den Punkt. Nachdem der Markt für sein Unternehmen eingebrochen war, musste er Insolvenz anmelden und kurz vor seiner Pensionierung noch einmal auf den Arbeitsmarkt zurückkehren: »Dann habe ich so diverse Sachen gemacht, also Sicherheitsdienst und ich habe mich durchgekämpft bis zur Rente«. Auf diese unsicheren Jahre zurückblickend erklärt er uns: »Jetzt bin ich Gott sei Dank Rentner, hab eine wunderbare Frau gefunden, mit der ich die nächsten sieben, acht Jährchen noch machen werde« (GK65). Ein anderer lebt zum Zeitpunkt des Interviews in Altersarmut: »Zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben« (BR45). Die Pensionierung kam für ihn wie ein Schock und bedeutete nicht den erwünschten Ruhestand, sondern eine Konfrontation mit den eigenen Versäumnissen und das plötzliche Abrutschen in die Altersarmut.

»Wo hast du wann gearbeitet, wie viel Geld, wie viel Anspruch bekommst du jetzt. Du musst alles zusammengrapschen, um zu belegen, was du dann bekommst. Und das war wie so eine Bilanz, die ich machen musste eigentlich mit 65. Ich war gar nicht vorbereitet. Ich habe auch nie in meinem Leben auf dieses Alter hin investiert oder mich dahin orientiert. Ich habe gelebt im Jetzt. Und nicht, damit ich mal eine Rente bekomme.« (BR45)

In zwei anderen Fällen mussten sich die Befragten aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig vom Arbeitsmarkt zurückziehen und leben seit einigen Jahren von der Renten- und Invalidenversicherung. Gerade die letzten Berufsjahre verliefen für sie problematisch. Eine befragte Person erzählt uns von »Mobbing« durch den Vorgesetzten: »Da ich doch ziemlich viel krank war, wollten die mich dann loswerden und da haben die ganz schön dran getan« (AV12), die andere von einer schweren Depression und großen Schwierigkeiten, sich mit der eigenen Arbeitsunfähigkeit abzufinden: »Ich bin immer weiterarbeiten gegangen, das war so schlimm. Die haben mich nach Hause geschickt. Ich wollte aber nicht klein begeben. Dann ist das alles entstanden« (WS12). Beide haben sich im Kontext dieser Erfahrungen zunehmend zurückgezogen. Die erste Person verlässt, wie sie uns erzählt, »kaum noch das Haus« und bestellt »Gott sei Dank alles, Lebensmittel, die Arzneimittel, die Klamotten alles« (AV12), die zweite ist in ihrer Dorfgemeinschaft zunehmend in Isolation geraten und findet kaum noch Anschluss.

Ein weiterer Befragter ist zum Zeitpunkt des Interviews arbeitslos. Er erzählt uns von einem Arbeitsunfall, nach dem er »das ganze Jahr zu Hause« bleiben musste. Für solche Fälle nicht versichert, lebte er »von der Substanz«. Obwohl er eigentlich nicht mehr möchte, sieht er sich – kurz vor der Pensionierung stehend – dazu genötigt, noch einmal auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren: »Ich muss noch bis zum [Datum] arbeiten und dann reicht die Rente auch noch nicht« (WR23). Wie für die bereits pensionierten Personen ist der Übergang ins Rentenalter auch für ihn mit großen Verunsicherungen verbunden und er sieht sich von Altersarmut bedroht. Rückblickend hätte er einiges anders gemacht:

»Wenn ich heute nochmal irgendwie die Wahl hätte, es geht ja auch nach dem jetzigen Bildungsstand, oder nach dem Wissen, oder nach den Lebenserfahrungen. Da würde ich auch natürlich studieren, oder irgendwas lernen eine Banklehre oder irgendwie so, in diese Richtung.« (WR23)

Von den vier berufstätigen Personen ist zum Zeitpunkt des Interviews nur ein Befragter unbefristet angestellt. Er erzählt uns von einem gescheiterten Studium, Unterforderung und allgemeinen Entfremdungserfahrungen am Arbeitsplatz. Nicht seine sozioökonomische Lage bereitet ihm Unlust, sondern die alltägliche Routine: »Wie soll ich sagen, es wird alles immer fester gezurrt. Man ist immer abhängiger. [...] Und ich mag wohl meinen Job, aber freiwillig würde ich da vielleicht die Hälfte der Arbeitszeit hingehen, die ich jetzt tatsächlich hingeh« (JA07). Darüber hinaus erzählt er uns von Auseinandersetzungen mit Kund\_innen und Kunden und von der Sorge darum, mit der Geschäftsführung in Konflikt zu geraten. »Von [seiner] persönlichen Lebensweise ein bisschen zu einzelgängerisch« eingestellt, hatte er es schon während des Studiums schwer, Anschluss zu finden. Auch heute fragt er sich manchmal, ob es nicht »vielleicht sogar ein bisschen zu wenig im privaten Bereich« sei: »Es gibt andere, die dann mit dem dauernd gleichen Freundeskreis zusammen sind [...] und das ist bei mir weniger« (JA07).

Drei weitere Personen sind zum Zeitpunkt des Interviews selbständig. Der Übergang ins Rentenalter scheint auch für sie mit Problemen verbunden zu sein und sie berichten von Sorgen um die eigene Rente: »Und meine Generation, die in die Rente kommt, die wird das bitter bezahlen müssen mit Altersarmut, mit all den Dingen, die wir jetzt noch gar nicht abschätzen können [...]« (RN33). Zwar musste er im Zuge seiner Selbständigkeit privat vorsorgen, konnte sich aber auch ein eigenes Haus bauen. Vor allem die »hunderttausend Auflagen« und »Steuern und dies und das« machen ihm zu schaffen. Überlastung und Entfremdung sind seine ständigen Begleiter:

»Ich bin auch schon 56, mit Kürzertreten ist nicht, ich muss eigentlich immer schneller rennen, wenn ich mir das angucke. Ich habe zum Glück mein Haus, das ist bezahlt, ansonsten wäre ich am Arsch. Wenn ich jetzt noch acht-, neunhundert Euro Miete zahlen sollte, wie soll das gehen?« (RN33).

Als alleinerziehende Mutter ist und war eine weitere Person besonders anfällig für Anomievulnerabilitäten. Gesundheitliche Probleme verschlechterten ihre Situation noch:

»Mir wurde irgendwann einmal gesagt, ich glaube das war kurz nach ihrer Geburt, so von wegen ich könnte meinen Beruf an den Nagel hängen. Ich bin berufsunfähig, aber das, wie gesagt, das sind gesundheitliche Gründe. Und damals habe ich mir gedacht, na ja, gut, wenn ich das nicht mehr kann, meine Klappe, die funktioniert noch ganz gut, und hab mich dann beworben bei einem Sicherheitsdienst, im Werkschutz an der Pforte. [...] Und das hat gepasst, das war gut. Aber, ja, das war dann halt auch, ja, das wurde dann verkauft und dann hat ich einen anderen Vorgesetzten und das hat dann halt nicht mehr gepasst so.« (YX89)

Um ihre Lage zu verbessern, macht sie sich im Gebäude eines ehemaligen kommunalen Krankenhauses selbständig: »Das wurde privatisiert und dann haben sie es halt geschlossen, weil es geheißen hat das [Ortsangabe] Krankenhaus würde rote Zahlen schreiben und alle anderen Schwarze« (YX89). Als im selben Gebäude auch noch eine Flüchtlingsunterkunft eingerichtet wird, verliert sie weitere Kundschaft: »Auf mein Geschäft hatte es Auswirkungen. Ich hätte zumachen können. Ich habe damals auch dem Landratsamt geschrieben: ›Leute, ich kann die Miete nicht mehr zahlen‹. Mir bleiben die Leute weg«. Heute kommt sie gradeso über die Runden:

»Dadurch, dass ich alleine arbeite und auch nicht übermäßig arbeiten kann, da ich mich aus gesundheitlichen Gründen selbständig gemacht hab. Ja, ich verdiene so viel, dass ich uns über Wasser halten kann, aber keine goldene Nase.« (YX89)

Auch die dritte selbständige Person hatte zuvor eine instabile Berufslaufbahn und erzählt uns von unerfüllten Lebensplänen. Nachdem der Familienbetrieb »den Bach runterging« (XC54), machte er eine Ausbildung in der Gesundheitsbranche und wollte mit seiner damaligen Partnerin eine Praxis gründen. Die Beziehung scheiterte und er verlor die Lust an seinem Beruf. Vor allem die Bildungskarriere verlief für ihn problematisch. Trotz Staatsexamen konnte er nicht fertig studieren, da er sich kurz vor dem Abschluss dazu gezwungen sah, seine Geschwister finanziell zu unterstützen. Beim späteren Versuch, an das Studium anzuknüpfen, wurde er dann vom Rest der Familie im Stich gelassen. Heute verwaltet er Immobilien und arbeitet »seit unendlichen Zeiten« in der gleichen Branche: »Das musste ich dann immer parallel machen, bloß dann halt stärker, wo mein Vater gar nichts mehr machen konnte« (XC54).

Insgesamt wird deutlich, dass die regressiven Rebellen viel stärker von Anomievulnerabilitäten betroffen sind als die autoritären Innovatoren. Sie bilden den deprivierten Teil der Bildungs- und Arbeitsgesellschaft der 1960er- und 1980er-Jahre [Jahrgänge: 1945, 1944, 1950, 1954, 1956, 1961 und dreimal 1962]. Zwar hatten auch sie vergleichsweise gute Start- und Bildungschancen [dreimal Abitur, Fachhochschulreife, dreimal mittlere Reife und zweimal Hauptschulabschluss], doch konnten sie diese Chancen nicht in Erfolgsbiografien umsetzen. In vielen Fällen verloren sie das einmal erreichte wieder, in

anderen waren ihnen Aufstieg und Erfolg gänzlich verwehrt. Anders als die Innovatoren erzählen sie häufiger von (unfreiwilligen) Berufswechseln, von unfall- und krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit, gelegentlicher Arbeitslosigkeit, von Gelegenheitsjobs sowie Über- und Unterforderung am Arbeitsplatz. Drei Personen erzählen zudem von gescheiterten Versuchen, ein Studium abzuschließen. Nur ein kleiner Teil arbeitete über längere Zeit in seinem Ausbildungsberuf, fast alle mussten sich (mehrmals) umorientieren oder schieden – wie in zwei Fällen – frühzeitig aus. Neben gesundheitlichen Problemen, Unfällen, Arbeitsmarkt- und politischen Entwicklungen sowie allgemeinen Entfremdungserfahrungen fallen hier vor allem die Episoden und Versuche der Selbständigkeit ins Auge. Sieben von neun Personen (drei von den pensionierten) berichten von dergleichen Erfahrungen. Insbesondere der Übergang ins Rentenalter gestaltete sich für viele der Rebellen zudem problematisch.

Die Berufsverhältnisse der regressiven Rebellen stimmen nicht – oder immer nur zeitlich begrenzt – mit den eigenen Aspirationen überein und diese mussten im Laufe des Lebens immer wieder auf Kosten der eigenen Wünsche und Erwartungen angepasst werden. Die konventionellen Wege führten ins Abseits und sie mussten – wie die zweite Untergruppe der autoritären Innovatoren – den Weg einer »improvisierten« Berufsbiografie wählen. Gerade in schwierigen Zeiten fehlten ihnen – anders als diesen – jedoch die institutionellen Rahmenbedingungen, um Abstiegstendenzen abzufedern. Bildungssystem, Arbeitsmarkt, soziale Marktwirtschaft und/oder Sozialstaat hielten nicht, was sie versprochen und sie waren immer wieder auf sich allein gestellt. Viele mussten hart dafür arbeiten, ihre soziale Position zu erhalten, sind vom Abstieg bedroht und/oder haben sich bereits verbittert an den Rändern der Sozialstruktur eingerichtet. Anders als bei den Innovatoren ist ihre Berufskarriere von Desintegrationstendenzen gekennzeichnet und geht in vielen Fällen mit einer (zunehmenden) Vereinzelung einher.

Auch die eigenen Familienverhältnisse stimmen nicht – oder nur zeitlich begrenzt – mit den eigenen Aspirationsniveaus überein. Die regressiven Rebellen leben zum Zeitpunkt des Interviews mehrheitlich in Beziehungs- und Familienverhältnissen, die von engfassten »bürgerlichen« Normalitätskonventionen abweichen: Vier von ihnen sind dauerhaft ledig, drei sind verheiratet, die restlichen zwei leben in unehelicher – eine Person in gleichgeschlechtlicher – Partnerschaft. Viele erzählen von persönlichen Enttäuschungen, schweren Trennungen und Scheidungen. Eine »Familienkarriere«, wie sie die Männer der ersten Untergruppe der autoritären Innovatoren beschrieben haben, haben sie nicht erreicht und auch eine »improvisierte« Familienbiografie mit gutem Ausgang – wie bei der zweiten Untergruppe – blieb ihnen verwehrt. Anders als bei den Innovatoren destabilisierten sich Berufs- und Familienleben in vielen Fällen gegenseitig oder das eine musste auf Kosten des anderen aufgegeben werden. Ein gutes Beispiel dafür ist ein Befragter, der uns gleich von zwei gescheiterten Ehen erzählt:

»Meine Frau wollte, die hat den Laden geführt, die hatte keine Zeit für Kinder und meine zweite Frau wollte auch arbeiten, aber ich habe immer klar gesagt: ›Wenn wir Kinder haben, möchte ich, dass du die Kinder auch‹, ich war ja nicht da, ›dass

du die Kinder, das Kind erziehst.« Ja, und das wollten beide nicht und dann haben wir es gelassen.« (GK65)

Nur vier von neun haben eigene Kinder. Zwei Personen sind oder waren alleinerziehend, für eine Person bedeutete die Scheidung auch das Kontaktverbot: »Die habe ich dann eben nicht richtig aufwachsen sehen« (WR23). Eine andere Person kämpft zum Zeitpunkt des Interviews um die Aufenthaltsberechtigung seiner Stiefkinder. Die Personen ohne Kinder bereuen ihre Kinderlosigkeit häufig. Sie hätten gerne welche bekommen, fanden aber nicht die Partnerin, um diesen Wunsch zu verwirklichen. Auf unsere Frage, ob er Kinder habe, antwortet ein Befragter: »Nein, leider nicht, nur abgetriebene« (XC54), ein anderer antwortet auf die gleiche Frage: »Nie eine Familie, keine Partnerschaft, nichts« (BR45). Nur eine Befragte konnte mit ihrem Ehemann zusammen einen Sohn großziehen.

Im Vergleich zu den autoritären Innovatoren problematisieren die regressiven Rebellen relativ häufig ihre eigene Kindheit und Jugend. Danach befragt, kommen viele von ihnen auf zerrüttete Familienverhältnisse und langjährige Konflikte mit den Eltern und Geschwistern zu sprechen. Sieben von neun Personen erzählen von einer problematischen Vaterfigur. In einigen Fällen kommt es zum Bruch oder zu einigen Jahren der Funkstille. So erklärt uns eine Befragte: »Wenn man so eine Kindheit hat, ich habe Vieles ausgeblendet [...], [dann] wundert mich das gar nicht [...], dass ich so bin wie ich bin« (YX89). Ein anderer Befragter beschreibt seine strenge Erziehung und stellt dabei positive Bezüge zu seinem Vater her, der in der biografischen Erzählung schon früh äußerst autoritär in das Leben des Befragten eingegriffen hat. In seiner Rückblende spiegelt sich das traditionelle Erziehungsideal, Kinder durch Strenge auf die Zumutungen des Lebens vorzubereiten:

»Der [Vater] war sehr streng. Sehr streng. Das hat mir aber im späteren Leben geholfen. Ich habe nicht immer Zeiten gehabt, wo es mir gutging. Ich war auch mal ganz tief unten finanziell, beruflich, ne? Immer nur kurzfristig. Und ich habe mich immer wieder raus gekämpft, weil ich ein klares Ziel habe. Direkt, gerade raus und vor allen Dingen ehrlich, ja? Und ich bin immer bereit gewesen mich anzupassen und auch dafür zu sorgen, dass ich wieder auf die Beine komme. Das habe ich auch geschafft.« (GK65)

Diese Dynamik, bei der die frühe Rebellion gegen den Vater retrospektiv umgedeutet wird, erinnert stark an die klassische Konzeption des autoritären Charakters und taucht in mindestens drei Fällen unserer Studie auf. Darüber hinaus ist auffällig, dass die Vaterfigur in den Kindheits- und Jugenderinnerungen der meisten Befragten eine viel größere Rolle spielt als die Mutter. Diese bleibt im Vergleich zum Vater häufig unbenannt und passiv.

Anders als die autoritären Innovatoren sind die regressiven Rebellen in der Regel gegenüber ihren Eltern wirtschaftlich depriviert. Ein großer Teil von ihnen ist in kleinbürgerlichen und mittelständischen Familienverhältnissen aufgewachsen. Zwei

kommen vom Land, die anderen aus Handwerker- und Angestelltenfamilien. Keiner von ihnen stammt aus einer »Arbeiterfamilie«. Statt vom (familiären) Aufstieg erzählen sie von (persönlichem) Abstieg und Stagnation im Lebensstandard. Das bringt ein Befragter auf den Punkt: »[Die Eltern haben] vom Lebensabend noch ein bisschen [was] gehabt und so stelle ich mir das für mich eigentlich auch vor, aber das sieht nicht so aus« (WR23). Zwei Personen kommen aus vergleichsweise wohlhabenden Verhältnissen. Für sie verlief der Abstieg besonders steil und war mit tiefsitzenden Familienkonflikten verbunden.

Zwar konnten auch sie beruflich und familiär eigene Wege gehen – in einigen Fällen kurzfristig sogar aufsteigen – und sich aus der Herkunftsfamilie herauslösen, doch ist ihre berufs- und familienbiografische Erzählung von wiederkehrenden und »verdichteten« Anomievulnerabilitäten gekennzeichnet und beschreibt in vielen Fällen Isolation und Vereinzelung. Gerade in schwierigen Lebensphasen ließen sie Bildungssystem, Arbeitsmarkt, soziale Marktwirtschaft und Sozialstaat im Stich. Auch die Institutionen der Ehe und Familie hielten nicht, was sie versprachen, und verstärkten jene Desintegrationstendenzen zum Teil schon sehr früh. Die regressiven Rebellen sind in vielen Fällen in besonderem Maße von der Austeritätspolitik der 2000er Jahre betroffen und haben im Zuge dessen das Vertrauen in die politischen und sozialen Institutionen der Bundesrepublik verloren. Anders als die Männer der ersten Untergruppe der autoritären Innovatoren waren ihre Berufs- und Familienbiografien nicht institutionell abgesichert und auch eine Improvisation – wie im Falle der zweiten Untergruppe – führte nicht in zufriedenstellende Verhältnisse. In Abgrenzung dazu mussten die Rebellen eine regressive Individualisierung, von wenigen Sicherheiten gestützt, durchlaufen.

In dieser prekären Situation bewegen sich die regressiven Rebellen auf die Ränder der Sozialstruktur zu: Da ihnen die institutionellen Wege des gesellschaftlichen Aufstiegs und familiären Glücks nicht (mehr) zugänglich sind, suchen sie nach alternativen Wegen, diese Ziele zu erreichen. Ihr wiederholtes Scheitern führt jedoch dazu, dass sie die Institutionen und schließlich die gesamte soziopolitische Ordnung ablehnen. Auf diesem Weg geraten sie zunehmend in ein Spannungsverhältnis zum liberaldemokratischen Kodex der Gesellschaft.

### **5.2.2 Politische Sozialisation und geläuterter Kosmopolitismus**

Wie schon bei den autoritären Innovatoren interessierte uns neben der Berufs- und Familienbiografie auch *die politische Sozialisation* der regressiven Rebellen. Auf eine milieuspezifische Verbundenheit mit den Volksparteien, wie sie die Männer der ersten Untergruppe der Innovatoren beschrieben haben, kommt nur ein Befragter zu sprechen: »Bei uns, in [Region], da vom Land, da war eigentlich Schwarz, also CDU geprägt. [...] Meine Eltern auch, weil selbständig und Landwirtschaft und wahrscheinlich auch von der Grundüberzeugung« (WR23). Auch er wählte anfangs noch die CDU, entfremdete sich im Kontext seiner Berufserfahrungen allerdings schon früh vom politischen System der Bundesrepublik und hat über viele Jahre »das große Kreuz« gemacht: »20 Jahre bin

ich mit dem ganzen politischen System, und was die aus Deutschland gemacht haben, und wie das läuft, nicht mehr einverstanden« (WR23).

Ein Großteil der Befragten ist zum Zeitpunkt des Interviews schon viele Jahre Wechsel- und/oder Protestwähler\_in und fühlt sich keiner Partei über einen längeren Zeitraum verbunden. Nur in Ausnahmefällen berichten sie davon, politisch erzogen worden zu sein. In der Regel haben sie in ihrer Kindheit und Jugend kaum über Politik gesprochen und können oft nur erahnen, was ihre Eltern gewählt haben. Der Typus des christ- und sozialdemokratischen Konservatismus taucht bei den regressiven Rebellen nicht auf, und auch auf eine politische Sozialisation innerhalb der sozialen Bewegungen der 1980er Jahre kommt kaum eine Person zu sprechen.

Wie die zweite Untergruppe der Innovatoren wendeten sich die regressiven Rebellen schon früh kleineren Parteien zu, wählten je nach Fall die Grünen, die Linken und die FDP. Das bringt ein Befragter auf den Punkt: In seinem Selbstbild schon immer »oppositionell« eingestellt, erzählt er uns, neben FDP und CDU »sogar mal die Grünen gewählt [zu haben] [...], weil ich die Idee von denen damals gut fand« (GK65). Rückblickend ist für ihn – wie für viele der regressiven Rebellen – das Protestmotiv wichtiger als Parteiprogramme. Seine FDP-Wahl begründet er heute wie folgt: »Weil ich der Meinung war damals schon, wir brauchen eine Opposition und damals war die FDP die einzige Opposition« (GK65). Ein anderer wählte auch aus Protest gegen die Eltern zunächst »die Grünen«, dann vor allem die »freien Liberalen« (WS12). Zwei der regressiven Rebellen geben an, vor der AfD-Wahl die meiste Zeit ihres Lebens links eingestellt gewesen zu sein und vor allem SPD und Linkspartei gewählt zu haben:

»Aber ich bin der Meinung, also das bin ich heute auch noch, das hat sich über die Jahre nicht gewandelt in meinem ganzen Leben nicht, ich bin der Meinung, dass der Kapitalismus nicht der letztendlich für alle funktionierende Weg ist.« (RN33)

In drei Fällen erzählen uns die Befragten, in einer (frühen) Phase ihres Lebens auch Parteien am rechten Rand gewählt zu haben. Eine Befragte erinnert sich, zusammen mit ihrer Mutter, als diese Wahlhelferin war, die Republikaner gewählt zu haben: »Ich war damals schon so ein Protestwähler, also bin schon immer eine Revoluzzerin gewesen. Also ich habe mich nie untergeordnet, ich habe immer gesagt, was ich gedacht habe [...]« (YX89). Nach dieser frühen Protestwahl wählte sie lange Zeit gar nicht, »und dann sind halt die Linken aufgetaucht und damals dachte ich: ›He, ihr habt eigentlich gute Ansätze, die gefallen mir‹« (YX89). Vom Stiefvater beeinflusst, wählte eine andere Befragte bei ihrer ersten Wahl die NPD: »Der fand das also gut, was Hitler halt so auf die Beine gestellt hat« (AS12). Vom unmittelbaren Einfluss des Stiefvaters befreit, wählte sie vor allem CDU und SPD, »es war auch mal die FDP« (AS12). Die dritte Person erzählt uns, politisch erzogen worden zu sein, und erinnert sich an lebhaft politische Diskussionen im Familien- und Bekanntenkreis: »Eigentlich waren die meisten eher so auf SPD-Linie und dann ein paar CDUler« (JA07). Er selbst wählte einmal die Grünen, einmal die SPD, entfremdete sich im Laufe der Jahre aber zuneh-

mend von diesen Positionen und entschloss sich für eine kurze Zeit dazu, an Veranstaltungen der NPD teilzunehmen:

»Es gibt eine Geschichte, wo die mich auch wohl gut packen konnten und womit man mich im Dritten Reich früher auch gepackt hätte, so ein bisschen Männerkult, ein bisschen die martialische Tour und da bin ich schon ein bisschen drauf abgefahren.« (JA07)

Anders als die Innovatoren wählen die regressiven Rebellen heute alle die AfD und bekennen sich offen dazu. Viele waren schon auf Wahlveranstaltungen, fünf von ihnen denken über eine Mitgliedschaft nach. In der Regel beschreiben sie eine langjährige – in manchen Fällen auch eine lebenslange – politische Entfremdung als bestimmende politische Orientierung.

Unter den regressiven Rebellen konnten wir zudem einen Subtypus (fünf von neun Fällen) der – wie wir sie nennen – »geläuterten Kosmopolit\_innen« rekonstruieren. Der Weg von individueller Lebensgestaltung und Selbstverwirklichung, der für die zweite Untergruppe der Innovatoren individualisierte Aspirationsniveaus schuf, spielte auch für diesen Teil der regressiven Rebellen eine wichtige Rolle, führte aber häufiger zu soziokulturellen Verwerfungen. Die Befragten erzählten uns von einer kulturell offenen Biografie und Lebensführung sowie langjährigen kosmopolitischen Einstellungen – nur um sich später drastisch von diesen abzuwenden. Ihr Kosmopolitismus ist nicht überwunden, sondern regressiv verformt und negierend-destruktiv geworden.

Das bringt ein Befragter auf den Punkt. An seine Erziehung denkend, erklärt er uns: »Ich habe mich von klein auf immer als Weltbürger gefühlt, nie als Deutscher« (XC54). Zeit seines Lebens politisch aktiv, engagierte er sich vor allem in »linksgrünen« Kontexten: »[Als] die Grünen 1980 Gründungspartei war, bin ich dabei gewesen natürlich, weil ich ganz früh missioniert habe«. Wie sein Vater wählte er »alles, was links möglich war«, und trat aus taktischen Gründen der SPD bei. Heute kritisiert er den antiautoritären Erziehungsstil des Vaters, den er für eigenen Versäumnisse mitverantwortlich macht:

»Da muss ich sagen, Scheiße hat man mir da beigebracht, wirklich. Ich habe mal keine Rente, hab aber Dutzenden von Leutchen aus den verrücktesten Lebenslagen geholfen und da muss ich sagen: ›Scheiße, richtig scheiße«. [...] Erst ich, bei dir muss Kies und alles stimmen, Gesundheit und dann noch dein direktes Umfeld und dann irgendwann darfst sozial unterwegs sein. Und bei mir ist es, ich habe es anders gelernt: Sozial, sozial zu sein und wenn du das letzte Hemd hergibst und da muss ich sagen, großer Fehler, großer Erziehungsfehler«. (XC54)

Aufgrund von »Überfremdung« wählt der Befragte heute die AfD: »Aber glauben Sie mir, das war ein so schwerer Prozess für mich als Linker, weil eigentlich bin ich immer links gewesen« (XC54). Andere Personen erzählen von Rucksackreisen, »habe[n] Freunde in der ganzen Welt« (RN33) oder konvertierten in Thailand zum Buddhismus. Eine weitere Person berichtet von einer lebenslangen Sinnsuche, die ihn auch immer

wieder nach Indien verschlug. Zudem isst er seit vielen Jahren »kein Fleisch, keine Milch, kein Fisch« (BR45) und folgt einer strengen Meditationsroutine. Heute lehnen die geläuterten Kosmopolit\_innen – wie für die regressiven Rebellen typisch – das Fremde ab. Ihre Weltgewandtheit hat sich in eine Weltabschließung verkehrt, ohne dass sie ihre kosmopolitischen Überzeugungen gänzlich abgestreift hätten. Mehr noch als einen Kommunitarismus vertreten sie einen regressiv gewordenen Kosmopolitismus.<sup>24</sup>

### 5.2.3 Politische Meinung und subkulturelle Praxis

Ihrer »Entfremdung von den herrschenden Zielen und Normen« (Merton 1995a: 150) entsprechend, die Merton als Voraussetzung für den Anpasstyp der Rebellion begreift, hegen die regressiven Rebellen ein grundlegendes Misstrauen gegenüber den politischen *und* sozialen Institutionen der Bundesrepublik. Wie die autoritären Innovatoren geben auch sie an, »wenig« bis »gar kein« Vertrauen gegenüber Parlamenten, Parteien und der europäischen Union zu haben. Anders als diese misstrauen sie darüber hinaus noch den Gerichten, Kirchen, vereinten Nationen und – wie die zweite Untergruppe der Innovatoren – den Gewerkschaften. Je nach Fall begegnen auch die Innovatoren einigen dieser Institutionen mit Argwohn, doch gibt es unter ihnen keinen Fall, in dem sich dieses Misstrauen gegen fast alle Institutionen gleichermaßen wendet. Bei den regressiven Rebellen ist das die Regel. Nur nicht gewählte Institutionen wie das Bundesverfassungsgericht, Arbeitgeber, die kommunale Verwaltung, die Schulen und Hochschulen und die Banken genießen in wenigen Fällen noch Vertrauen. Bei zwei Personen ist das Misstrauen im Fragebogen ungebrochen, eine andere misstraut allen Institutionen außer den Bürgerinitiativen. Diesen vertrauen immerhin fünf von neun Befragten.

Dieser typologische Unterschied zeigt sich auch in der Sprache und Praxis der Befragten. Im Vergleich zu den autoritären Innovatoren fühlen sich die regressiven Rebellen weniger an sprachliche und institutionelle Konventionen gebunden und begreifen diese als ungerechtfertigte Einschränkung ihrer Meinungs- und Handlungsfreiheit. Sie sind nonkonformistischer als die autoritären Innovatoren und lassen sich daher als »antiautoritäre Autoritäre« beschreiben. Das Motiv der Selbstermächtigung ist zentral. Zwar bekennen auch sie sich zu Demokratie und Rechtsstaat, doch werden ihre Rationalisierungs- und Versachlichungsversuche in vielen Fällen von Schimpfworten und Schmähereden hintertrieben und können in manchen Fällen in Beschimpfungen und Gewaltfantasien gegenüber Autoritäten, Fremden und/oder Andersdenkenden ausarten. Jene allgemeine Konformität, die die Sprache und Praxis der Innovatoren beherrschte, wird bei den Rebellen (zunehmend) von destruktiven Tendenzen durchkreuzt, die sich – anders als bei den Innovatoren – gleichermaßen gegen Fremdgruppen *und* Autoritäten richten können.

Anders als bei den Innovatoren stehen die Tagesschau und etablierte Zeitungen bei den Rebellen unter Generalverdacht. Alle geben an, diesen »kein« Vertrauen entgegenzu-

---

<sup>24</sup> Für eine ausführlichere Darstellung siehe Heumann und Nachtwey (2021).

bringen und nehmen – anders als die autoritären Innovatoren – kaum noch am öffentlichen Diskurs teil. Die regressiven Rebellen informieren sich vermehrt im Internet, lesen aber auch Zeitungen und Bücher. Ein Teil schaut sich YouTube-Videos an und ist in den sozialen Medien aktiv. Sie nennen Buchtitel und vertrauliche Quellen, berufen sich auf einschlägige, häufig aus dem Milieu der Verschwörungstheoretiker\_innen stammende Autor\_innen und zitieren deren Wahrheiten. Einige archivieren Medieninhalte, übernehmen administrative Aufgaben in Onlineforen oder werden selbst zu Wissensproduzent\_innen und erstellen Kommentare, Dokumentationen und Videos. Regressive Rebellen sind Teil einer fragmentierten »Alternativöffentlichkeit«. Ohne die ideologischen Inhalte dieser Szene lässt sich die Rebellion der Regressiven nicht angemessen verstehen. Je tiefer sie sich in ihr verstricken und je weiter sie sich von den »etablierten« Medien entfernt haben, desto »radikaler« ist ihre Sprache und Praxis.

Im Zentrum ihrer gesellschaftspolitischen Praxis steht eine Medien- und Öffentlichkeitskritik. Die vermeintlich verzerrte Berichterstattung in den etablierten Medien (insbesondere bezüglich der AfD sowie in migrations- und innenpolitischen Fragen) wird infolgedessen zur individuellen Frontlinie ideologischer Auseinandersetzung. Die Krise der Repräsentation ist auch eine Krise des etablierten Wissens: Verschwörung und Verblendung sind daher beliebte Gesellschaftsdiagnosen der regressiven Rebellen. Anders als die autoritären Innovatoren neigen sie dazu, die »eigene Meinung« als verfemtes Wissen anzusehen, das sie gegen die vorherrschende Wirklichkeitsbeschreibung ins Feld führen. Ein Befragter, der sich mehrmals auf das Buch *Die verblödete Republik – Wie uns Medien, Wirtschaft und Politik für dumm verkaufen* (Wieczorek 2009) bezieht und zuweilen im Kopp Verlag bestellt, erklärt uns:

»Die ganzen Medien, das wird doch alles. Ich will Nachrichten hören [...] und dann kann ich mir eine eigene Meinung [bilden]. Ich brauche kein heute Journal oder keine Tagesthemen, [...] die sind ja vom Staat links ausgebildet, diese Journalisten. Die brauchen mir nicht ihre Meinung verkünden, sondern ich will die Nachrichten hören, ich will wissen was passiert ist, und dann kann ich mir eine eigene Meinung bilden.« (WR23)

Die institutionell und zivilgesellschaftlich vermittelte Handlungsebene wird bei den regressiven Rebellen – anders als bei den autoritären Innovatoren – zunehmend von (online) vermittelten, konspirativen Praktiken überlagert. Dabei geht die regressive Rebellion nicht allein, wie Merton annimmt, von dem Ziel einer ganz anderen Sozialstruktur, sondern vom Ausnahmezustand der derzeitigen aus: Nichtexistenz der Bundesrepublik, Weltverschwörung, Umvolkung und Bürgerkrieg. Das Verhängnis rechtfertigt die außerinstitutionellen Mittel der regressiven Rebellen. Zwar bringt sie diese Grundhaltung in Widerspruch zu Gesetzen, Behörden und Beamt\_innen oder führt zum Vorwurf des Verschwörungsdenkens, zu Unverständnis und Ausgrenzung, dennoch – oder gerade deswegen – verweigern einige der regressiven Rebellen die Zahlung von Rundfunkbeiträgen (YX89; JA07; BR45), sie geben ihre Personalausweise zurück (BR45), beantragen Staatsangehörigkeitspapiere, kaufen Alternativpapiere (YX89), legen Vorratslager an (RN33), dokumentieren Chemtrail-Bewegungen und

rufen Staaten aus (BR45). Sie sind – in einer verqueren Weise – dissident und autonomieorientiert. Gleichzeitig trägt ihre Lebensführung, wie wir gesehen haben, durchaus konventionelle Züge: Sie zahlen Steuern, gehen zur Arbeit, erziehen ihre Kinder und stehen in einem (mitunter geheimen) (Online-)Austausch mit anderen. Obwohl es ihnen widerstrebt, müssen sie sich je nach Gruppen- und Situationskontext verdeckt halten oder herausnehmen, was zu weiteren Frustrationserfahrungen führen kann. Online erfahren die Befragten hingegen – neben Widerspruch – auch Formen der Partizipation und Anerkennung.

Durch ihre Sprache und Praxis geraten die regressiven Rebellen zunehmend in Fundamentalopposition zur vorherrschenden sozialen und politischen Ordnung, die ihnen in vielen Fällen als etwas »völlig Willkürliches« (Merton 1995a: 150) vorschwebt: »Und was willkürlich ist, kann natürlich weder Treue beanspruchen, noch Legitimität besitzen, könnte es doch ebenso gut anders sein« (ebd.). Bei Rassismus-, Antisemitismus- und Nazismusvorwürfen sowie in diesbezüglichen Konfliktsituationen fühlen sie sich – anders als die autoritären Innovatoren – diskriminiert und in ihrer Praxis bestätigt. So erklärt uns ein Befragter auf die Frage, was er an der Campact-Kampagne kritisiert, dass »Campact« sich im »Mainstream« bewegen würde und deshalb von ihm kritisiert wurde: »Man muss gegen Donald Trump sein, das gehört zum guten Ton und man muss gegen die AfD sein [...]« (JA07). Er fährt fort:

»Und wer das nicht ist, der ist ein Spinner und ein Nazi und überhaupt ist die Nazikeule, das nervt mich auch bis dort hinaus. Das geht so weit, es führt eher dazu, dass ich denke, naja gut, wenn ich ein Nazi bin, dann bin ich eben einer. Also gut, andere werden sich vielleicht dann eher anpassen, aber mich hat das sehr gestört.« (JA07)

Viele der regressiven Rebellen neigen zur Provokation, sie sind fast beständig im mentalen Modus antiautoritärer Meuterei gegenüber den liberalen Normen. Je nach Situation und Gruppe können sie Ausländer\_innen zurechtweisen, gegenüber Autoritäten aufbegehren oder Andersdenkende für verblendet erklären. Erzählungen von gesperrten Kommentaren im Internet, Auseinandersetzungen und Zerwürfnissen im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis sowie im Umgang mit Behörden, (seltener) mit Kundschaft und Kolleg\_innen zeugen von dieser Grundhaltung: Das Zurücknehmen der eigenen Position gilt als Schwäche, und das Aufbegehren wird zur Tugend erklärt.

Als Angestellte und Selbständige müssen sich die Rebellen jedoch, statt aufzubegehren, an die Anforderungen des Arbeitgebers und der Kund\_innen anpassen. Gerade bei politischen Auseinandersetzungen fürchten einige von ihnen den Vorgesetzten oder das Zerwürfnis mit Kund\_innen. Trotzdem erzählen auch sie von solchen Begegnungen, bereuen diese jedoch oder gehen nur behutsam vor. Anders sieht es bei denjenigen aus, die sich vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben oder – aufgrund von relativer Unabhängigkeit – auf einzelne Kunden verzichten können. Diese Personen geben ihren rebellischen Impulsen nach und machen ihrem Ärger Luft, ohne Schlimmeres zu befürchten.

#### 5.2.4 Funktion des Vorurteils

Vergleicht man den Inhalt und die Struktur der Vorurteile, lassen sich die autoritären Innovatoren und regressiven Rebellen noch genauer typologisch voneinander abgrenzen. Wie bei Personen und Gruppen wahrscheinlicher, »deren realer Status von dem erstrebten abweicht« (Adorno 1995: 324), spielen Vorurteile eine zentrale Rolle in der gesamtideologischen Praxis der regressiven Rebellen. Nicht zuletzt wegen ihrer »prekären« Lage ist ihr Verhältnis zu »Fremdgruppen« angespannter als bei den autoritären Innovatoren. In der Flüchtlings- und Integrationshilfe ist niemand von ihnen aktiv und auch von kollegialen und nachbarschaftlichen Beziehungen zu »Fremden« weiß kaum eine\_r zu berichten. Häufiger werden »Fremdgruppen« als Konkurrent\_innen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und/oder als Rival\_innen um sozialstaatliche Leistungen wahrgenommen. Wie schon bei den Innovatoren lassen sich Vorurteile und Stereotypie jedoch nicht einfach aus den Erfahrungen der Befragten ableiten. Mehr als über die »Fremdgruppen«, auf die sie sich beziehen, sagen sie etwas über das Innenleben und die gesellschaftliche Lage der Befragten selbst aus. Wie bei den autoritären Innovatoren sind die Vorurteile emotional besetzt und übernehmen, wie wir noch sehen werden, wichtige Funktionen im psychologischen Haushalt der Befragten. Anders als bei den Innovatoren ist das projektive Element allerdings ausgeprägter und es kann in einigen Fällen auch destruktive Tendenzen annehmen.

Das bringt ein Befragter auf den Punkt. Schon die »Osterweiterung« bedeutete für ihn die Abwertung seiner Arbeit und Lohneinbußen: »Auslandsfahrten und so weiter, das ist nicht mehr, weil das alles zu teuer, zu schlecht bezahlt wird, weil die Osteuropäer das alles billiger machen. Das ist das Problem« (WR23). Wie den autoritären Innovatoren geht es auch ihm vor allem um die Abwertung muslimischer Minderheiten. Die Aussage, dass »Türken« Deutschland mit aufgebaut haben, lehnt er ab: »Die Türken kriegen am wenigsten. Also haben am wenigsten gearbeitet«. Deutlicher als bei vielen anderen trägt das Vorurteil bei ihm noch Züge der eigenen Abstiegs- und Entwertungserfahrungen. Vor dem Hintergrund seiner eigenen Arbeitslosigkeit dient seine rhetorische Frage, »wer will denn einen Türken sowieso einstellen, wenn der fünfmal am Tag am Beten ist« (WR23), auch zur Aufwertung der eigenen Arbeitsmoral. Anders als bei den anderen Rebellen sind Vorurteile und Stereotype bei ihm noch von einer allgemeinen Konformität geprägt und sind weniger destruktiv als bei den anderen.

So zum Beispiel bei einer Befragten: Sie erzählt uns von Zuwanderungsentwicklungen in ihrer Nachbarschaft, die sie mit großer Sorge beobachtet. Die Wohnung, in der sie seit über dreißig Jahren lebt, verlässt sie aufgrund der vielen Ausländer\_innen heute kaum noch. In ihren Erinnerungen an die verschiedenen »Fremdgruppen«, die im Laufe der Jahre in ihre Nachbarschaft zogen, zeigt sich auch ihre weitreichende Entfremdung von Politik und Gesellschaft. Schon die Zuwanderung der vergangenen Jahre bereitet ihr Unbehagen: »Nur mit denen [gemeint sind Pol\_innen, Rumän\_innen] sind wir jetzt die ganze Zeit, irgendwo hat man die akzeptiert, mehr schlecht wie recht« (AS12). Sie fährt fort: »Aber jetzt das noch [gemeint sind »Araber«], was denn noch? [...] Es fehlen nur noch die kleinen Männchen vom Mond, dann sind wir perfekt«. Wie hier deutlich

wird, lehnt sie insbesondere Muslim\_innen als »welche« ab, »die total anders sind«: »Wieso rennen die hier total verschleiert rum?«. Wie für viele der regressiven Rebellen typisch, dreht die Befragte das Verhältnis zwischen Mehrheitsgesellschaft und (muslimischen) Minderheiten um: »Die sollen sich doch nach uns richten und nicht andersrum«. Wie bei vielen der regressiven Rebellen ist die autoritäre Aggression bei ihr (noch) ausgeprägter und kann destruktive Züge annehmen. Auf die Frage hin, wie Politik sich aus ihrer Sicht verhalten sollte, gibt sie uns zu verstehen: »Ja, erst mal mehr für die Deutschen tun, für die Rentner tun, die nicht genug Rente bekommen [...]«. Recht unvermittelt fährt sie fort: »Die Asylanten raus, alle raus. Die haben alle ein Land und irgendwo ist das ja eigentlich [der] Sinn. Warum hat jeder ein Land?« (AS12)

Das antimuslimische Vorurteil kann – wie hier schon deutlich wurde – je nach Fall auch geradezu feindselige Züge annehmen. Als Selbständiger und Dienstleister erzählt uns ein Befragter: »Ich habe mit Italienern, mit Griechen, ich habe mit allen möglichen gearbeitet, Probleme gab es eigentlich immer nur mit Moslems, mit Arabern« (RN33). Besonders die Begegnungen mit »muslimischen« Minderheiten auf dem »Ausländeramt«, wo er um die Aufenthaltsberechtigung seiner Frau und Stiefkinder »kämpft«, erregen seinen Zorn. Für ihn sind sie (insbesondere »Syrer«) Rivalen um staatliche Zuwendungen. Muslim\_innen unterstellt er eine besondere Gewaltbereitschaft: »Die sind gewaltaffin, die haben nicht so diese Hemmschwelle. Ich würde jetzt keinem das Messer einfach mal so im Streit in den Bauch stecken« (RN33). Typisch für einen regressiven Rebellen, bringt auch er Gefühle relativer Deprivation zum Ausdruck: »Ich habe mir den Arsch aufgerissen für die Bude, die kriegen das Ding geschenkt«. Wie einem anderen Befragten auch geht es ihm darum, muslimische Minderheiten verächtlich zu machen. Beide werden nicht müde von »Messerangriffen« und »Vergewaltigungen« zu sprechen und verwenden eine Bandbreite an Schimpfworten: »Alle Ausländer, die wir haben, machen uns keinen Ärger. Kein Japaner, kein Portugiese, kein Spanier, kein Grieche, immer nur die scheiß Moslems« (GK65). Mehr noch als bei vielen anderen der regressiven Rebellen dient das antimuslimische Vorurteil bei ihnen auch dazu, offen zutage tretende Aggressionen zu rechtfertigen. So kommt die erste Person auf eine Konfrontation mit »zwei syrischen Flüchtlingen« zu sprechen: »Sage ich: ›Du bist ein feiges Schwein, du lässt deine Familie im Krieg und du sitzt hier in Deutschland und willst mir erzählen, wir müssen jetzt hier reinkommen?‹« (RN33). Bei der zweiten Person kommt es – wie bei einigen der regressiven Rebellen – auch zu Gewaltfantasien. Von seinen Aktivitäten im Internet erzählt er uns:

»Es gibt Beiträge, die sagen, dass die Gefahr besteht, dass Moslems uns die Wohnung wegnehmen wollen. Da habe ich geschrieben: ›Aber nur über meinen Baseballschläger, das ist aber sicher.« Also diese Wohnung gehört meiner Frau, ich bin auch nur Gast hier. Die Wohnung kriegt keiner, ohne dass ich ihn mitnehme.« (GK65)

Neben dem antimuslimischen Rassismus lassen sich – anders als bei den autoritären Innovatoren – bei den regressiven Rebellen auch verschiedene Formen des Antisemitismus finden. Gerade in dieser Verknüpfung liegt das Spezifische des rebellischen

Vorurteils. Auch antisemitische Äußerungen stehen häufig im Zusammenhang mit Frustrations- und Entfremdungserfahrungen. Im Antisemitismus artikulieren sich zudem die Ohnmachtserfahrungen der regressiven Rebellen.

Ein Beispiel dafür ist die Befragte, die ihre Praxis in einem ehemaligen Krankenhaus hatte. Als dieses »privatisiert« und »geschlossen« wurde, verlor sie, wie weiter oben bereits erwähnt, Teile ihrer Kundschaft. Für sie handelte es sich dabei um »eine Veruntreuung von Steuergeldern« (YX89). Mit der »Flüchtlingskrise« verschärfte sich ihre Lage noch einmal: »Genau, 2015 die Grenzen haben aufgemacht und auf einmal stand unsere Bürgermeisterin da in dem Haus, die Flüchtlinge werden bei uns untergebracht und wir haben allesamt gedacht: Um Gottes Willen«. Die anschließenden Begegnungen mit den Asylsuchenden sind – wie wir im Kontext der vergleichenden Betrachtungen schon dargelegt haben – von Konflikten und antimuslimischen Vorurteilen geprägt. Wie für die regressiven Rebellen typisch, wird die Unterscheidung zwischen etabliertem Wissen und Verschwörungstheorien – anders als bei den autoritären Innovatoren – verworfen. Danach gefragt, wie die Behörden mit der Situation hätten umgehen sollen, erklärt sie uns: »Das mag Verschwörungstheorie sein oder auch nicht, völlig Wurst. Ich habe manchmal echt das Gefühl, das wird alles gelenkt«. Recht unvermittelt kommt sie in diesem Zusammenhang auch auf die Verbrechen des Nationalsozialismus zu sprechen. Obwohl es kaum jemand so explizit macht wie diese Befragte, mobilisieren viele der regressiven Rebellen Formen eines sekundären Antisemitismus, der – in der ein oder anderen Form – sowohl die Geschichte des als auch die Erinnerung an den Holocaust in Frage stellt, relativiert oder verharmlost:

»Die Sache mit den Juden aus meiner Sicht, was Hitler angeht, da muss man glaube ich echt noch ein Stückchen weiter zurückgehen, wo der Jude auf uns rumgetreten ist. Und ich habe wirklich den Eindruck, als wenn der Deutsche plattgemacht werden soll.« (YX89)

Ein anderer Befragter bezieht sich – weitaus weniger radikal – auf die bundesdeutsche Erinnerungskultur: »Und das ist alles schön und gut, da gibt es auch Denkmäler und Gedenkstätten und Gedenktage, was weiß ich alles« (WR23). Gleichzeitig relativiert er diesbezügliche Schuldzuschreibungen aber mit Verweis auf Verbrechen anderer Nationen: »Ob das in Frankreich war, oder die Türken. Die haben alle viel, genug Dreck am Stecken. Noch mehr als Deutsche«. Wie häufig in diesem Zusammenhang geht es ihm nicht nur um Schuldabwehr, sondern (auch) um die nationale Aufwertung der »Deutschen«:

»Und die Deutschen, die sollten mal recht aufrecht gehen und mal wirklich wieder mal ein bisschen Rückgrat zeigen und von den Vergangenheiten und was das gewesen ist, nicht mehr so viel in die Gegenwart mit reintragen.« (WR23)

Ein Teil der regressiven Rebellen bringt in diesem Zusammenhang Züge zum Ausdruck, die in Adornos Typologie nicht den Rebellen, sondern vielmehr den Spinnern zugerechnet werden: »Für sie [die Spinner] ist das Vorurteil lebenswichtig [...]. Mit

seiner Hilfe konstruieren sie eine Pseudorealität, gegen die sie ihre Aggressivität richten können, ohne das ›Realitätsprinzip‹ *offen* zu verletzen« (Adorno 1995: 322). In unterschiedlicher Intensität und Ausprägung mobilisieren sie Verschwörungsnarrative.<sup>25</sup> Nicht (mehr) das politische System, tagespolitische Themen und persönliche Erfahrungen, sondern solche Erzählungen bilden den (zunehmend) einzigen Bezugsrahmen ihrer politischen Meinung, ohne dabei immer offen zutage zu treten. In einigen Fällen bleibt es bei Andeutungen und Versatzstücken, in anderen bestimmen diese Narrative große Teile des Interviews. Das trifft vor allem – aber nicht immer und nicht nur – auf diejenigen Fälle zu, die sich aufgrund der fortgeschrittenen beruflichen und/oder familiären Desintegrationstendenzen zum Zeitpunkt des Interviews an die Ränder der Sozialstruktur zurückgezogen haben.

Ob offen oder verdeckt, in der Regel sind derartige Verschwörungsnarrative antisemitisch kodiert und die Befragten nennen eine Reihe antisemitischer Chiffren wie »George Soros«, »Rockefeller«, »Rothschild«, »Federal Reserve« oder eine »Weltregierung«. Auf die Frage hin, was er an der Campact-Kampagne gegen die AfD kritisiere, erklärt uns ein Befragter denn auch: »Sie sollen aufpassen mit der Hetze gegen die AfD, sie werden missbraucht von Institutionen«. Recht unvermittelt fährt er fort: »Wo die sitzen, ich kann auch darüber was sagen, alles jüdischer Herkunft, Rockefeller [...] und Rothschilds, alles Mumpitz. Nein! ist kein Mumpitz. 100 % nicht!« (WS12). Neben jener Realitätsabwehr, von der Adorno spricht, scheint es den regressiven Rebellen dabei auch um eine (vermeintliche) Selbstermächtigung zu gehen. Mit Hilfe des antisemitischen Vorurteils können sie ihre Ohnmacht in eine Rebellion umdeuten, ohne sich auf reale Herrschaftsverhältnisse beziehen zu müssen. Das macht ein Befragter deutlich. Er erklärt uns: »Klar, ich bin aktiv, ich bin kein Schwätzer, ich mache was, aber es ist sinnlos. Es geht alles der Merkel am Arsch vorbei [...], die ganzen Demos bringen nichts« (GK65). In diesem Zusammenhang fragt er uns, ob uns »das Papier der UNO« das »Immigrationspapier« bekannt wäre. Hier greift er auf das weitverbreitete Verschwörungsnarrativ eines »großen Austauschs« zurück: »Da steht klar drin, dass in Westeuropa noch mindestens zehn Millionen Menschen importiert werden sollen. Und Menschen sind in dem Falle Merkelgäste«. An anderen Stellen äußert er sich (noch) eindeutiger antisemitisch:

»Entscheiden tut erstens mal die Lobby, darüber steht Soros, darüber steht die neue Weltordnung. Das sind jetzt keine Schlagwörter, das kann man nachprüfen. Es gibt einige große wichtige Kräfte, die das Volk überhaupt nicht kennt. Auf-

---

<sup>25</sup> Verschwörungsnarrative werden nicht nur in Texten, sondern auch in Grafiken, Bildern und Videos transportiert und sind unmittelbar mit dem Medienkonsum der regressiven Rebellen verbunden. Je nach Fall lassen sich Versatzstücke der Reichsbürgerideologie und/oder der QAnon-Bewegung finden. Ein Befragter erzählt uns: »Ich bin sicher, überzeugt davon und viele meiner Freunde auch, dass bei allen Wahlen Stimmen der AfD verschwinden« (GK65). Andere Befragte reden auch von »Chemtrails« oder – wie in zwei Fällen – von der »DDR 2.0«: »Ich meine, was die Merkel selber angeht, die Merkel kommt aus der DDR und wie sie regiert und was sie tut und macht und das zeichnet sich völlig ab« (YX89). Insbesondere das Narrativ eines »großen Austauschs« taucht bei (fast) allen der regressiven Rebellen in der ein oder anderen Form auf.

grund meiner vielen, vielen Informationen weiß ich so ein bisschen die Hintergründe.« (GK65)

In anderen Fällen halten die Befragten sich (etwas) verdeckter. Angesichts der »Flüchtlingskrise« erklärt uns einer von ihnen: »Wer genau dahintersteckt, kann ich Ihnen auch nicht sagen, vermutlich ist es der Ami, ich weiß es nicht, wir sind wahrscheinlich zu stark« (RN33). Statt Verschwörungsnarrative mobilisiert er »Verschwörungsgerüchte« und stellt »Fragen«: »Warum müssen die Afghanen in Afghanistan in ihrer Schule wissen, wie unser Asylrecht funktioniert? Da stelle ich mir doch Fragen« (RN33). Ein anderer Befragter erzählt uns von einer Reise in den Nahen Osten, auf der er mit einem Flüchtlingslager in Kontakt kam: »Wo ich da zurückkam, bin ich erstens kein Israelfreund mehr gewesen [...] und habe wirklich jede Sekunde versucht zu missionieren«. Hier vertritt er auch Positionen eines israelbezogenen Antisemitismus: »Liebe Leute, die werden da unten behandelt wie wir hier unsere Vorfahren die Juden hier behandelt haben. Für mich ist Gaza das größte KZ der Welt« (XC54). Obwohl er sich im Interview mit Verschwörungsnarrativen zurückhält, spricht auch er vom »US-Imperialismus«, von »US-amerikanischen Völkerwanderungen« und erklärt uns: »Wir sind ausgebeutet, geknechtet, wir sind mitten im Feudalismus. Mitten im Feudalismus«. Danach gefragt, wer die Profiteure des Systems sind, verweist er auf die »großen Aktiendepots« und fährt fort:

»Und deswegen gehört ein öffentliches Schuldenregister her, dass wir als Gesellschaft dann sagen können: ›Aha, das ist der Multimilliardär Soros, aha, okay. Der hat da dreißig Milliarden verpeilt, gut, die kappen wir heute von heute auf morgen. Bums, die sind getilgt, aus, vorbei.« Öffentliches Schuldenregister. Wo hat man uns zwangsversklavt? Das muss nachschaubar sein. Ist ja alles versteckt.« (XC54)

Neben der Ordnungs- und Hierarchisierungsfunktion übernehmen Vorurteil und Stereotypie weitere »ökonomische« Funktionen im psychologischen Haushalt der regressiven Rebellen. Anders als die autoritären Innovatoren greifen sie auch auf antisemitische Vorurteile und verstärkt auf Verschwörungsnarrative zurück. Der antimuslimische Rassismus, der auch bei den autoritären Innovatoren vorherrscht, wird bei den regressiven Rebellen entsprechend häufiger existentiell gewendet. Anders als bei den autoritären Innovatoren kommen bei den regressiven Rebellen verstärkt Gefühle relativer Deprivation zum Tragen: »Ich musste mich durcharbeiten, ich war, ich bin auch heute nichts in dieser Welt. Ich werde nicht gewürdigt. Und wenn ich sehe, [dass] dann andere Menschen, die irgendwo herkommen, gesponsert werden [...]« (BR45). Wenn eine andere Befragte von der Politik fordert, statt die »armen Asylanten«, »doch mal die armen Rentner, die deutschen« zu fragen, »was die für eine Angst haben, auf die Gasse zu gehen« (AS12), bringt sie darin auch ihre eigene Angst zum Ausdruck. Das Moment des Betrugs an der einheimischen Bevölkerung ist hier extrem ausgeprägt und macht das Vorurteil gegenüber muslimischen Minderheiten und Eliten noch destruktiver als bei den autoritären Innovatoren. In unterschiedlicher Intensität und

Ausprägung ermöglicht das Zusammenspiel von antimuslimischen und antisemitischen Vorurteilen und Verschwörungsnarrativen den regressiven Rebellen eine ganze Reihe von biografischen Problemlagen und negativen Emotionen zu verarbeiten und gegen die politische und soziale Ordnung der Bundesrepublik zu rebellieren.

## 6 Fazit

In unserer qualitativen Untersuchung von AfD-Sympathisant\_innen aus der Zivilgesellschaft treten bei allen interviewten Personen Formen von Ressentiment, Autoritarismus und tiefer Entfremdung von der parlamentarischen Demokratie zusammen auf. Unsere Untersuchung folgt einer rekonstruktiven Perspektive im Sinne von C. Wright Mills, die den Lebensverlauf des Einzelnen im Kontext der Geschichte analysiert. Bei allen Personen in unserer Studie steht die Entfremdung vom politischen System und eine damit verbundene politische Ohnmachtserfahrung im Vordergrund. Für sie trifft zu, wie es Adorno nannte, dass »in der Fremdheit des Volkes zur Demokratie die Selbstentfremdung der Gesellschaft sich widerspiegelt« (Adorno 2003a: 560). Anhand der Rekonstruktion der sozialen Flugbahnen der einzelnen Studienteilnehmer\_innen konnten wir analysieren, in welchem Verhältnis Autoritarismus, Biografie und Vulnerabilität stehen, wie das Kritikregister der Schließung und der exkludierenden Solidarität dominant wurde bzw. unter welchen Umständen die Interviewten begonnen haben, dieses Register offen zu verwenden.

Auf der Basis unserer Untersuchung können wir viele der starken Thesen in der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte um den Aufstieg der AfD nicht bestätigen. Wir halten das Schisma von sozial-ökonomischen vs. sozialkulturellen Erklärungsansätzen für einen mechanistischen und letztlich falschen Gegensatz. In unserer Empirie ist auffällig, wie sich ökonomische und kulturelle Faktoren kreuzen und wechselseitig beeinflussen. Während in der Öffentlichkeit insbesondere über Gender, die Lebensweise der Kosmopolit\_innen, den Linkliberalismus etc. diskutiert wird, messen die Interviewten diesen Themen nur eine relativ geringe Bedeutung bei. Es ist nicht so, dass diese Themen *keine* Bedeutung hätten, allerdings bei weitem nicht in dem Maße, wie es in der öffentlichen Diskussion dargestellt wird. Über die Gründe kann nur spekuliert werden: Vielleicht liegen diese darin, dass die Auseinandersetzung um den Linkliberalismus *innerhalb* der ökonomischen, politischen und kulturellen Eliten auf einen größeren Konflikt um Ressourcen und Hegemonie, um die Vorherrschaft in der gesellschaftlichen Konsensbildung verweist. Dieser Konflikt innerhalb der Eliten wird schließlich auch auf andere Gruppen projiziert, die sich außerhalb der eigenen Kreise befinden.

In unserer Untersuchung nutzen alle Befragten die in der sogenannten Flüchtlingskrise aufkommende nationale Souveränitäts- und soziale Ordnungsfrage als einen öffentlich

legitimierten, medialen Referenzrahmen, um sich subjektiv resouveränisieren zu können. Für die untersuchten Personen ist die soziale und politische Ordnung in mehrfacher Hinsicht erodiert: Durch die Austerität (vgl. hierzu Diermeier 2020), die gewachsene Ungleichheit, die unsichere Position in der Gesellschaft im Rentenalter sowie einen liberalen Staat – und vor allem durch die Migration und die Fluchtbewegung seit 2015. Bei den meisten der von uns interviewten Personen war das Ab- und Rüberrutschen zu offen autoritären Einstellungen indessen ein längerer Prozess, der schon Anfang der 2000er Jahre einsetzte – als die Austeritätspolitik gerade voll im Gange war. Allerdings wirkte die aufgeheizte Atmosphäre der letzten Jahre, die in der Öffentlichkeit und im Internet allgegenwärtig war, wie ein Brandbeschleuniger der Radikalisierung. Das gesamte gesellschaftliche Klima hatte sich in nur wenigen Jahren verändert und damit auch die Denk- und Sagbarkeit von offener Fremdenfeindlichkeit. Wie wichtig dieses Umfeld ist, war bereits Adorno bekannt: »Was die Menschen sagen und in etwa auch, was sie wirklich denken, hängt weitgehend vom geistigen Klima ab, in dem sie leben« (Adorno et al. 1995: 5).

Unser Sample setzt sich aus Menschen zusammen, die in der Vergangenheit in einer politisch eher linken Organisation zivilgesellschaftlich aktiv waren und es teilweise bis heute sind.<sup>26</sup> Aus den biografischen Rekonstruktionen wird deutlich, dass viele von ihnen Zeit ihres Lebens eher einem Register der Integration und Solidarität anhängen. Dies schließt nicht aus, dass sie in diesen Lebensabschnitten bestimmte autoritäre Dispositionen aufweisen. Im Gegenteil, wir halten sogar für wahrscheinlich, dass dies der Fall ist. Vielmehr blieben sie in der Regel latent und wurden erst in den letzten Jahren salient. Indirekt gibt dieser Befund auch Aufschluss über die Integrationsfähigkeit der »alten« bundesrepublikanischen Ordnung. Ein überraschender Befund ist, dass sechs Interviewte den ehemaligen sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt als positive Figur nannten. Möglicherweise ist für die Befragten der ehemalige Kanzler die Verkörperung dessen, was sie heute als Verlust wahrnehmen: der Verbindung von sozialer und politischer Ordnung. Denn Schmidt war eben nicht nur Sozialdemokrat, sondern auch soldatisch, hart, durchgreifend, ordnungsstiftend. Für radikale, linke Ideen hatte er nur wenig übrig.

In unserer Studie können wir bei allen Befragten einen Registerwechsel der Sozialkritik feststellen. Haben sie zuvor eine große Bandbreite solidarischer Werte vertreten, wie sie sowohl von den Gewerkschaften, linken Parteien, sozialen Bewegungen, aber auch von der katholischen Soziallehre geteilt werden, ist nunmehr ihr gemeinsames Merkmal eine starke Form exkludierender Solidarität (vgl. Dörre et al. 2018), sie fordern eine Schließung von Verteilung und sozialer Integration. Die immer wieder vorgetragenen Bezüge zu Rechtsstaat und Demokratie sind ein Merkmal davon, dass diese Normen als »working proposition« (Adorno 2003a: 559) durchaus einen sozialisierenden Einfluss auf die befragten Personen haben: So fordern sie eine wehrhafte Demokratie gegenüber Zuwanderern und Geflüchteten, gegenüber Parallelgesellschaften und Clans. Sie

---

<sup>26</sup> Auch wenn man davon ausgehen darf, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in der Regel eher progressiv eingestellt sind, darf man dies nicht historisch generalisieren. In Südeuropa waren starke Zivilgesellschaften eine Grundlage des Faschismus, vgl. Riley (2019).

kritisieren, dass die gegenüber Migrant\_innen schwache Ordnungskraft der Demokratie zu wenig demokratisch sei, weil sie ihre eigene Redefreiheit einschränke und ihre Interessen nach Begrenzung nicht vertreten würde. Mit anderen Worten, der Rekurs auf die Demokratie hat häufig eine doppelte Bedeutung: Die Begrenzung gegenüber den Nichtetablierten und die Entgrenzung für die Etablierten. Die grenzenlose Demokratie heißt für die Personen in unserer Untersuchung, Normen der Nichtdiskriminierung verletzen zu dürfen.

Die autoritäre Persönlichkeit wurde von den Autor\_innen der *AP* als ein Syndrom verschiedener Merkmale bestimmt: Konventionalismus, Unterwürfigkeit, autoritäre Aggression, Anti-Intrazeption, Aberglaube und Stereotypie, Starrheit des Denkens, Dominanz, Destruktivität, Projektivität, sexuelle Obsessivität und Zynismus (Adorno et al. 1995).<sup>27</sup> Zahlreiche Elemente dieses Syndroms konnten wir bei den autoritären Innovatoren, insbesondere aber bei den regressiven Rebellen feststellen.

Wir können analytisch zwei typische Vertreter\_innen des neuen Autoritarismus unterscheiden, die ihre Entfremdung mit dem politischen System in jeweils typischen Kognitionsmustern und Praxisformen zum Ausdruck bringen: die autoritären Innovatoren und die regressiven Rebellen. Erstere betrachten das demokratische System und seine Institutionen als stark korrekturbedürftig, aber legitim. Letztere sind häufig zu regelrechten Gegner\_innen der liberalen Demokratie geworden. Trotz ihrer ursprünglich unkonventionellen, antiautoritären Dispositionen haben die Erfahrungen des Abstieges und der Anomie sie zu autoritären Dissident\_innen gegenüber den demokratischen Institutionen und Diskursen werden lassen. Einige verstehen sich als geläuterte Kosmopolit\_innen. Besonders die regressiven Rebellen betrachten gesellschaftliche oder staatliche Regeln als auf sie gerichtete autoritäre Freiheitsbeschränkung. Mit großem Pathos verteidigen sie ihre dergestalt interpretierten Freiheitsrechte, sie sehen sich als Opfer einer illiberalen Gesellschaft – und ziehen hieraus die Legitimation, sich besonders autoritär gegenüber Fremden oder Elite gerieren zu dürfen.

Der Mechanismus, der bei den autoritären Innovatoren besonders stark hervortritt, ist die Konstruktion von Etablierten-Außenseiter-Konflikten. Norbert Elias und John L. Scotson (1993) haben dieses autoritäre Gruppenverhalten schon früh aufgezeigt:<sup>28</sup> Wenn sich Etablierte von Außenseitern in ihrer privilegierten Position bedroht fühlen, reagieren sie mit der Stigmatisierung der Fremdgruppe. Angesichts ihrer sozialen Lage können sich die autoritären Innovatoren – anders als die regressiven Rebellen – durchaus zu den Etablierten zählen und auch in ihrem Wahlverhalten sind sie in vielen Fällen von einer hohen Stabilität in ihrer Loyalität gegenüber den etablierten Volksparteien und/oder einem politischen Programm geprägt. Die soziale und politische Ordnung ist für sie subjektiv von zwei Seiten bedroht: den (neuen) Migrant\_innen und den liberalen Eliten. Erstere betrachten sie weniger als Konkurrent\_innen um ökonomi-

---

<sup>27</sup> Wichtige Vorarbeiten wurden von Erich Fromm in der Studie *Autorität und Familie* (1936) mit dem Begriff des »somasochistischen Charakters« geleistet, der die Unterwerfung unter Autoritäten und die Übertragung von Aggressionen auf Schwächere verbindet, vgl. Fromm (2005).

<sup>28</sup> Adorno diskutiert diesen Mechanismus ebenso im Kontext seiner Rezeption von Freud, vgl. Adorno (2003b).

sche Ressourcen, sondern eher als Bedrohung für jene bereits fragile soziale und politische Ordnung, in der sie zunehmend um ihren Rang und ihre Position kämpfen müssen. Letzteren misstrauen sie. Sie fühlen sich hintergangen und in dieser Ordnung immer weiter an den Rand gedrängt. Die autoritären Innovatoren in unserer Studie, obwohl sie in der Ablehnung von Migrant\_innen durchaus radikal sind, verstehen sich als Demokrat\_innen und im Wesentlichen als bürgerlich. Aber auch bei ihnen scheint durch, dass sie die »working proposition« der Demokratie aufgeben könnten.

Anders die regressiven Rebellen: In ihren Berufs- und Lebensverhältnissen häufig von Brüchen, Krisen und Abstiegsverfahren heimgesucht, zählten sie bereits zuvor zu den sozialen und politischen Außenseiter\_innen und wählten nur unregelmäßig die Volksparteien, waren in einigen Fällen Nicht- und Wechselwähler\_innen und neigten dabei zu Flügelparteien. Ihre Unzufriedenheit mit der bestehenden Ordnung und ihren Repräsentant\_innen reicht tiefer als bei den autoritären Innovatoren und trägt häufig Züge von Verachtung und Abscheu. Vereinfacht gesagt, sind sie antiautoritäre Autoritäre, die Zeit ihres Lebens gegen Autoritäten und Konventionen rebellierten, aber erst in der jüngeren Vergangenheit zunehmend destruktiv und fremdenfeindlich wurden. In den Interviews kokettieren sie immer wieder mit dem Unorthodoxen, mit dem Exzess und können sich in Gewaltfantasien ergehen. Sie begreifen sich als Benachteiligte eines korrumpierten Systems, in dem sie in ihren Freiheiten eingeschränkt, von Medien und Politik falsch repräsentiert und durch Fremde ausgetauscht würden. Gerade bei den regressiven Rebellen tauchen zahlreiche offen vorgetragene Elemente des Antisemitismus auf; vor allem in der Gestalt, dass typische antisemitische Stereotype in Form von Verschwörungstheorien ab- und aufgerufen werden. Die autoritäre Aggression richtet sich jedoch zumeist ganz direkt auf muslimische Migrant\_innen. Der Hang zu Schmährede, Vorurteil und verschwörungstheoretischer Praxis ist bei den regressiven Rebellen am besten vor jener erhöhten Anomievulnerabilität und diesem ideologischen Hintergrund zu verstehen und wird von uns als Teil ihrer immerwährenden Rebellion und Benachteiligung – sie fühlen sich als permanent zu kurz kommend – gedeutet.

Bereits Max Horkheimer sprach in seinem Vorwort zur *AP* davon, dass sich eine neue »anthropologische« Spezies« (Horkheimer 1987: 415) herausgebildet habe, die eine Kombination aus autoritärer Aggression und Unterwürfigkeit aufweise. Ein anthropologischer Subtyp findet sich in unserer Untersuchung in besonderer Verdichtung beim Typ der regressiven Rebellen. Ihr Autoritarismus tritt häufig geradezu lustvoll auf, sie haben eine ausgeprägte Angst- und Zerstörungslust. Ihr Autoritarismus hat mitunter etwas Spielerisches. Sie fürchten den gesellschaftlichen Zusammenbruch, sehnen ihn jedoch auch gleichzeitig herbei. Es bereitet ihnen ein zynisches Vergnügen, die Vernunft zu unterlaufen, zu verwirren und die Gesellschaft insgesamt zu destabilisieren. Der emphatische Bezug zur Demokratie, das Freiheitspathos ist – in den Begriffen von Sigmund Freud ausgedrückt – vor allem eine Zurückweisung des Ichs, das das Realitätsprinzip dem Es gegenüberstellt. Sie wollen keinerlei Beschränkung in ihrem Handeln, keinerlei Beschränkung in der Lust des Ressentiments – was mitunter als Kampf um »Meinungsfreiheit« ausgedrückt wird.

Während die autoritären Innovatoren das Ziel verfolgen, die bestehende, alte Ordnung zu verändern – und damit zu erhalten – und dafür institutionell-vermittelte und teilweise unorthodoxe Wege einer autoritären Politik wählen, sind die regressiven Rebellen in einem Maße von dieser Ordnung entfremdet, dass sie diese im Grunde in ihrer Gesamtheit ablehnen. Ihnen geht es darum, die bestehende Ordnung zu stören, während sie ihre eigene *Gegenrealität* selbstreferentiell und innerhalb von Online-Subkulturen bestätigen. Die Neigung der Selbstviktimisierung ist stark ausgeprägt, auf der anderen Seite glauben sie, in einem Akt der autosuggestiven Selbstsouveränisierung, schließlich *alles durchschaut* zu haben. Ihr Wunsch nach Destruktion lässt sie eklektisch zu jedem rhetorischen Mittel, zu jedem Argument, zu jeder Fabulation greifen – Kohärenz ist in der Rationalität der regressiven Rebellen kein anzustrebender eigener Wert. Die für die autoritäre Persönlichkeit durchaus typische immanente Widersprüchlichkeit wird von ihnen deshalb im Wortsinne zweifellos praktiziert: Sie kämpfen gegen die alte bestehende Ordnung, sind aber gleichzeitig für eine wirkliche Ordnung, ja eine Transzendenz dorthin; sie verlangen nach mehr Partizipation, wollen aber auch mehr Obrigkeit; sie kritisieren, dass andere sich nicht an Regeln halten, wollen dies aber selbst ganz explizit nicht müssen. In diesem Zug weisen sie Ähnlichkeiten mit den von Adorno klassifizierten Typen des »Rebellen« (vgl. Adorno 1995: 328 ff.) und des »Spinners« (vgl. ebd.: 331 ff.) auf. Insbesondere letztere analytische Figur hat viele Ähnlichkeiten mit den regressiven Rebellen in unserer Untersuchung. Adorno skizziert sie noch stark aus einer freudianischen Perspektive, aber der Befund, dass sie eine »häufig an Wahn grenzende Scheinwelt aufbauen, die sie emphatisch der Realität entgegensetzen« (ebd.), dass sie »überaus projektiv und mißtrauisch« (ebd.) sind, trifft soziologisch auch auf die Gruppe der regressiven Rebellen zu. Auch seine Bemerkung, dass ihre »Isolierung durch den Ausschluß vom wirtschaftlichen Produktionsprozeß noch verstärkt« werde (ebd.: 332), weist auf einen Zusammenhang hin, dem wir bei den regressiven Rebellen ebenfalls begegnen. Sie gehen entweder prekärer oder einer von Kollegen isolierten Erwerbsarbeit nach bzw. sind als Renter\_innen vom Produktionsprozess getrennt. Sie befinden sich in einem – häufig verschwörungstheoretischen – Tunnel, in dem es keinen Zugang für rationale Argumente mehr gibt. Zwar distanzieren sie sich in den Interviews vom Nationalsozialismus, von Rassismus und bekennen sich zur Demokratie. Im Kontext ihres Gesamtautoritarismus erschienen diese Äußerungen jedoch eher wie eine Distanzierungsformel. Dieses Muster wurde bereits in den Studien zur AP herausgearbeitet: Sie »bedienen sich offiziell traditioneller Ideen und Werte, [geben] ihnen jedoch in Wirklichkeit eine völlig andere, antihumane Bedeutung« (ebd.: 199). Anders verhält es sich mit den autoritären Innovatoren, die noch nicht im sozialpathologischen Tunnel der Verschwörungen gefangen sind, die beispielsweise ein taktisches und instrumentelles Verhältnis zur AfD haben, um aus Protest die anderen Parteien zu korrigieren.

Die regressiven Rebellen (und ein Großteil der autoritären Innovatoren) wären wahrscheinlich auf einer F-Skala hoch eingestuft. Gleichwohl sind sie bislang keine Faschisten, aber sie tragen Merkmale in sich, die sie für solch eine Bewegung anfällig werden lassen. Für Adorno war der Autoritarismus keine direkte Reaktion auf ökonomische Verhältnisse, sondern er war Ausdruck der Entfremdung des Individuums von der

gesellschaftlichen Totalität einer umfassenden Warenwirtschaft (vgl. Adorno 2019: 45 ff.). Diese setzt das Individuum enormen Zwängen aus:

»Je stärker unsere Gesellschaft dazu tendiert, ›integral‹ zu werden, das heißt ein umfassend organisiertes Ganzes, desto stärker wird der Druck, den sie auf das relativ ohnmächtige Individuum ausübt.« (ebd.: 47)

Die heutige Gesellschaft ist stärker vergesellschaftet als jemals zuvor, aber im Zuge gesteigerter sozialer Differenzierung kann auch die Unverbundenheit zur Welt und zur Realität zunehmen. Eine paradoxe Folge moderner individualistischer Gesellschaften ist, dass geradezu ein Zwang zur marktvermittelten Individualisierung besteht, der wiederum ein autoritär individualisiertes Individuum produziert (Nachtwey 2016: 107 ff. und 2017: 220 ff.). Diejenigen Personen und Gruppen, die die Individualitätsanforderungen nicht hinreichend erfüllen, wie es Adorno schon für die Industriegesellschaft vermutete, leiden unter einem ausgeprägt »schwache[n] Ich« und bedürfen »darum als Ersatz der Identifikation mit großen Kollektiven und der Deckung durch diese« (Adorno 2003a: 562). Die moderne Gesellschaft produziert über die umfassenden Wettbewerbsdispositive einen weitverbreiteten Narzissmus: Jeder will und muss besonders sein, so dass aber gerade diese narzisstische Triebregung in der wettbewerblichen Welt immer weniger Befriedigung verspricht – und als Ersatzbefriedigung die Identifikation mit dem Ganzen, den kollektiven Narzissmus findet. In dieser wettbewerblichen Welt gilt die Notwendigkeit der Anpassung an die allgemeinen Erfordernisse der Ökonomie, deshalb »müssen sie eben jene autonome Subjektivität durchstreichen, an welche die Idee der Demokratie appelliert« (ebd.: 567). Die Notwendigkeit der Anpassung schafft ein antidemokratisches, ein totalitäres Potential. Adorno hat diesen Zusammenhang prägnant zusammengefasst:

»Es [das totalitäre Potential] wird verstärkt von der Unzufriedenheit und der Wut, die der Zwang zur Anpassung selber produziert und reproduziert. Weil die Realität jene Autonomie, schließlich jenes mögliche Glück nicht einlöst, das der Begriff der Demokratie eigentlich verspricht, sind sie indifferent gegen diese, sofern sie sie nicht insgeheim hassen. Die politische Organisationsform wird als der gesellschaftlichen und ökonomischen Realität unangemessen erfahren; wie man selber sich anpassen muß, so möchte man, daß auch die Formen des kollektiven Lebens sich anpassen, um so mehr, als man von solcher Anpassung das streamlining des Staatswesens als eines Riesenunternehmens im keineswegs so friedlichen Wettbewerb aller sich erwartet. Die, deren reale Ohnmacht andauert, ertragen das Bessere nicht einmal als Schein; lieber möchten sie die Verpflichtung zu einer Autonomie loswerden, von der sie argwöhnen, daß sie ihr doch nicht nachleben können, und sich in den Schmelztiegel des Kollektiv-Ichs werfen.« (Adorno 2003a: 567)

Aber Adornos Perspektive leidet möglicherweise ein wenig darunter, dass sie zu total ist. Ernst Bloch hat den Faschismus durch die Ungleichzeitigkeit der modernen

Gesellschaft erklärt. Sozialer Fortschritt würde sich zunächst nur auf einige soziale Bereiche und Gruppen beschränken – und damit andere Gruppen in Opposition bringen (Bloch 2016: 104 ff.). Gerade auch weil es soziale und normative Fortschritte bei den Normen gibt, entsteht eine »Entzivilisierung«, da vormalig etablierte Gruppen sich abgewertet sehen (Nachtwey 2017). Gewachsene Ungleichheiten, Umschichtungen in der Sozialstruktur, Austerität, neue Verwundbarkeiten – was wir als Anomievulnerabilitäten bezeichnet haben, könnte ein Weg sein, die in der ursprünglichen Untersuchungsperspektive der *AP* nur angedeutete sozialstrukturelle Perspektive zu ergänzen. Mit Blick auf die gemeinsame Studie zur *AP* hat Adorno festgehalten, dass »die Analyse der objektiven gesellschaftlichen Kräfte, die Vorurteile erzeugen, [...] die dringendste Aufgabe der heutigen Forschung [ist]« (Adorno 2019: 26). Diese Aufgabe ist heute wieder brennend aktuell. Denn die immer wieder aktualisierte Bedrohung des Faschismus lebt so lange nach und fort, solange »die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen fortbestehen, die den Faschismus zeitigten« (Adorno 2003a: 566).

## 7 Literatur

- Adorno, Theodor W. 1995 [1973]: Studien zum autoritären Charakter. Übers. von Milli Weinbrenner. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. 2003a: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: ders.: Eingriffe. Neun kritische Modelle. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 125–146.
- Adorno, Theodor W. 2003b: Anti-Semitism and Fascist Propaganda, in: Gesammelte Schriften, Band 8: Soziologische Schriften I. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 397–408.
- Adorno, Theodor W. 2019 [1947]: Bemerkungen zu »The Authoritarian Personality«. Hg. von Eva-Maria Ziege. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W., Else Fraenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson und R. Nevitt Sanford 1950: The Authoritarian Personality. New York: Harper and Row.
- Adorno, Theodor W., Else Fraenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson und R. Nevitt Sanford 1995 [1950]: Einleitung, in: Theodor W. Adorno: Studien zum autoritären Charakter. Übers. von Milli Weinbrenner. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1–36.
- Bergmann, Knut und Matthias Diermeier 2017: Die AfD: Eine unterschätzte Partei. Soziale Erwünschtheit als Erklärung für fehlerhafte Prognosen. IW-Report 7. Köln.
- Bergmann, Knut, Matthias Diermeier und Judith Niehues 2018: Bundestagswahl 2017: AfD-Ergebnis nicht allein durch abgehängte Regionen erklärbar. IW-Kurzbericht 36. Köln.
- Bloch, Ernst 2016 [1935]: Erbschaft dieser Zeit. Berlin: Suhrkamp.

- Bohle, Hans Hartwig, Wilhelm Heitmeyer, Wolfgang Kühnel und Uwe Sander 1997: Anomie in der modernen Gesellschaft: Bestandsaufnahme und Kritik eines klassischen Ansatzes soziologischer Analyse, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 29–68.
- Brenke, Karl und Alexander S. Kritikos 2017: Wählerstruktur im Wandel, in: DIW-Wochenbericht 29. Köln, 595–607.
- Crouch, Colin 2008: Postdemokratie. Berlin: Suhrkamp.
- Decker, Oliver, Johannes Kiess, Julia Schuler, Barbara Handke und Elmar Brähler 2018: Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen: Psychosozial Verlag, 65–117.
- Decker, Oliver, Julia Schuler und Elmar Brähler 2018: Das autoritäre Syndrom heute, in: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen: Psychosozial Verlag, 117–157.
- Diermeier, Matthias 2020: Ist mehr besser? Politische Implikationen der disparaten Daseinsvorsorge in Deutschland, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 30. 4, 539–568.
- Dörre, Klaus 2018: In der Warteschlange. Rassismus, völkischer Populismus und die Arbeiterfrage, in: Karina Becker, Klaus Dörre und Peter Reif-Spirek (Hg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte. Frankfurt a. M.: Campus, 49–81.
- Dörre, Klaus, Sophie Bose, John Lütten und Jakob Köster 2018: Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte, in: Berliner Journal für Soziologie 28., 55–89.
- Elsässer, Lea 2018: Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Frankfurt a. M.: Campus.
- Elias, Norbert und John L. Scotson 1993 [1965]: Etablierte und Außenseiter. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Farris, Sara 2011: Die politische Ökonomie des Femotionalismus, in: Feministische Studien 2, 321–334.
- Fromm, Erich 1983 [1929/30]: Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. München: DTV.
- Fromm, Erich 2005 [1936]: Sozialpsychologischer Teil, in: Max Horkheimer (Hg.): Studien über Autorität und Familie. Springe: zu Klampen, 77–136.
- Hambauer, Verena und Anja Mays 2018: Wer wählt die AfD? – Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaften 12. 3, 133–154.

- Haußner, Stefan und Arndt Leininger 2018: Die Erfolge der AfD und die Wahlbeteiligung: Gibt es einen Zusammenhang?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49. 1, 69–90.
- Heitmeyer, Wilhelm 2018: Autoritäre Versuchungen. Berlin: Suhrkamp.
- Heumann, Maurits und Oliver Nachtwey 2020: Regressive Rebellen. Konturen eines Sozialtyps des neuen Autoritarismus, in: Karin Henkelmann, Christian Jäckel, Andreas Stahl, Niklas Wunsch und Benedikt Zopes (Hg.): Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters. Berlin: Verbrecher Verlag, 385–403.
- Heumann, Maurits und Oliver Nachtwey 2021: Geläuterter Kosmopolitismus? Über regressive Rebell\_innen und ihr destruktives Potential, in: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung 18. 1, 103–114.
- Hochschild, Arlie R. 2017: Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten. Frankfurt a. M.: Campus.
- Horkheimer, Max 1987: Vorwort [zu »The Authoritarian Personality«], in: Gesammelte Schriften, Band 5: »Dialektik der Aufklärung« und Schriften 1940–1950. Frankfurt a. M.: S. Fischer, 415–420.
- Geiselberger, Heinrich 2017: Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: Suhrkamp.
- Inglehart, Ronald F. und Pippa Norris 2016: Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash. HKS Faculty Research Working Paper Series, No. RWP16-026. Cambridge.
- Kelle Uwe und Susanne Kluge 2010: Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kohli, Martin 1988: Normalbiographie und Individualität: Zur institutionellen Dynamik des gegenwärtigen Lebenslaufregimes, in: Hans-Georg Brose und Bruno Hildenbrand (Hg.): Vom Ende des Individuums zur Individualität ohne Ende. Opladen: Leske + Budrich, 33–53.
- Kohlrausch, Bettina und Linus M. Höcker 2020: Ursachen für rechtspopulistische Einstellungen. Ein Überblick über den Forschungsstand. Working Paper Forschungsförderung 178. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Kohlrausch, Bettina 2018: Abstiegsängste in Deutschland. Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus. Working Paper Forschungsförderung 58. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Koppetsch, Cornelia 2017: Rechtspopulismus, Etablierte und Außenseiter. Emotionale Dynamiken sozialer Deklassierung, in: Dirk Jörke und Oliver Nachtwey (Hg.): Das Volk gegen die (liberale) Demokratie, in: Leviathan Sonderheft 32. Baden-Baden: Nomos, 208–232.

- Köppl-Turyna, Monika und Mara Grunewald 2017: Gründe für die Wahl zugunsten rechtspopulistischer Parteien. IW-Kurzberichte 17. Köln.
- Küpper, Beate und Andreas Zick 2018: Exkurs: Neuer Antisemitismus im alten Gewand – eine Anmerkung zu den Ergebnissen der Mitte-Studie 2018/19, in: Andreas Zick, Beate Küpper und Wilhelm Berghan (Hg.): Verlorene Mitte – feindselige Zustände: rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn: Dietz, 102–111.
- Lengfeld, Holger 2017: Die »Alternative für Deutschland«: Eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 69. 2, 209–232.
- Lengfeld, Holger 2018: Der »Kleine Mann« und die AfD: Was steckt dahinter? Antwort an meine Kritiker, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70. 2, 295–310.
- Lengfeld, Holger und Clara Dilger 2018: Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der »Alternative für Deutschland« mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016, in: Zeitschrift für Soziologie 47. 3, 181–199.
- Lux, Thomas 2018: Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie »Die ›Alternative für Deutschland‹: eine Partei für Modernisierungsverlierer?«, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70. 2, 255–273.
- Manow, Philip 2018: Die Politische Ökonomie des Populismus. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen, Thomas Lux, und Fabian Gülzau 2020: Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. Eine sozialstrukturelle Positionsbestimmung der Einstellungen zu Umverteilung, Migration und sexueller Diversität, in: Berliner Journal für Soziologie 30. 3, 317–346.
- Mayring, Philipp A. E. 2015: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim: Beltz.
- Merkel, Wolfgang 2017: Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: Philipp Harfst, Ina Kubbe und Thomas Poguntke (Hg.): Parties, Governments and Elites: The Comparative Study of Democracy. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 9–23.
- Merton, Robert K. 1995a [1938]: Sozialstruktur und Anomie, in: Volker Meja und Nico Stehr (Hg.): Soziologische Theorie und soziale Struktur. Berlin: de Gruyter, 127–154.
- Merton, Robert K. 1995b: Weiterentwicklung der Theorie der Sozialstruktur und Anomie, in: Volker Meja und Nico Stehr (Hg.): Soziologische Theorie und soziale Struktur. Berlin: de Gruyter, 155–186.
- Mills, C. Wright 2016 [1959]: Soziologische Phantasie. Wiesbaden: Springer VS.

- Mullis, Daniel und Paul Zschocke 2020: Ursachen der Regression: Ökonomische Abstiegsängste oder Cultural Backlash? Die falsche Frage! Überlegungen anhand empirischer Eindrücke aus Frankfurt am Main und Leipzig, in: Carina Book, Nikolai Huke, Norma Tiedemann und Olaf Tietje (Hg.): *Autoritärer Populismus*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 132–150.
- Nachtwey, Oliver 2016: *Die Abstiegs-gesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Nachtwey, Oliver 2019: System ohne Stabilität. Der Niedergang der Volksparteien, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 65. 2, 95–102.
- Nachtwey, Oliver und Maurits Heumann 2019: Regressive Rebellen und autoritäre Innovatoren: Typen des neuen Autoritarismus, in: Klaus Dörre, Hartmut Rosa, Karina Becker, Sophie Bose und Benjamin Seyd (Hg.): *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie. Wiesbaden: Springer VS, 435–455.
- Nachtwey, Oliver, Robert Schäfer und Nadine Frei 2021: Politische Soziologie der Corona-Proteste. <<https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f>>.
- Peukert, Rüdiger 1997: Die Destabilisierung der Familie, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): *Was treibt die Gesellschaft auseinander?* Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 187–328.
- Pickel, Susanne 2019: Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt?, in: Karl-Rudolf Korte und Jan Schoofs (Hg.): *Die Bundestagswahl 2017. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 145–175.
- Reckwitz, Andreas 2019: *Das Ende der Illusionen: Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Rippl, Susanne, und Christian Seipel 2018: Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen?, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70. 2, 237–254.
- Riley, Dylan 2019: *The Civic Foundation of Fascism in Europe*. New York: Verso.
- Rosanvallon, Pierre 2013: *Die Gesellschaft der Gleichen*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Sachweh, Patrick 2020: Social Integration and Right-Wing Populist Voting in Germany, in: *Analyse & Kritik* 42. 2, 369–398.
- Sanford, R. Nevitt, Theodor W. Adorno, Else Fraenkel-Brunswik und Daniel J. Levinson 1995 [1950]: Die Messung antidemokratischer Züge in der Charakterstruktur, in: Theodor W. Adorno: *Studien zum autoritären Charakter*. Übers. von Milli Weinbrenner. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 37–104.
- Sauer, Dieter, Ursula Stöger, Joachim Bischoff, Richard Detje und Bernhard Müller 2018: *Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche*. Hamburg: VSA.

- Schäfer, Armin 2015: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt a. M.: Campus.
- Scheler, Max 2004 [1912]: Das Ressentiment im Aufbau der Moralen. Frankfurt a. M.: Klostermann.
- Schröder, Martin 2018: AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Research 975. Berlin.
- Sthamer, Evelyn 2018: Die AfD-Wahl als Antwort auf Statusängste?, in: Zeitschrift für Sozialreform 64. 4, 563–591.
- Strauss, Anselm L. und Juliet Corbin 1990: Basics of Qualitative Research: Grounded Theory Procedures and Techniques. London: SAGE.
- Strübing, Jörg 2014: Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung eines pragmatistischen Forschungsstils. Wiesbaden: Springer VS.
- Tutic, Andreas und Hagen von Hermanni 2018: Sozioökonomischer Status, Deprivation und die Affinität zur AfD – Eine Forschungsnotiz, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70. 2, 275–294.
- Wagner, Greta 2019: Helfen und Reziprozität. Freiwilliges Engagement für Geflüchtete im ländlichen Raum, in: Zeitschrift für Soziologie 48. 3, 226–241.
- Wieczorek, Thomas 2009: Die verblödete Republik: Wie uns Medien, Wirtschaft und Politik für dumm verkaufen. München: Knauer.
- Zick, Andreas, Beate Küpper und Wilhelm Berghan 2019: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019. Bonn: Dietz.